

# Politik 20 Jahre Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

[www.politikundkultur.net](http://www.politikundkultur.net)**In dieser Ausgabe:**

**Daniel Donskoy**  
**Ahmad Mansour**  
**Yael Kupferberg**  
**Richard C. Schneider**  
**Sabine Verheyen**  
und viele andere

**Nachhaltigkeit**

Mehr Fesseln durch die öffentliche Hand oder Freiheit zur Entfesselung von neuen Ansätzen und Vorhaben?  
**Seite 3**

**AKBP**

Was wollen die Abgeordneten in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik? Wo geht die Reise hin?  
**Seiten 5 bis 7**

**Europa**

Vier Jahre nach der Revision der AVMD-Richtlinie: Was wurde umgesetzt? Woran hakt es noch?  
**Seite 11**

**Medien**

Welche Zukunft hat das Kino? Wie wird es sich gegenüber den Streamingdiensten behaupten?  
**Seite 12**

**Sichtbar**

Der Streit im deutschen PEN ist ein Tiefpunkt im deutschen Kulturverbandswesen. Statt eine deutliche Stimme der Schriftstellerinnen und Schriftsteller zum Krieg in der Ukraine, den Auswirkungen von Corona oder der sich noch einmal dramatisch zuspitzenden Klimakrise zu geben nur kleingeistiges Vereinsgemetzel.

Die Lust des Feuilletons, den Niedergang der Schriftstellervereinigung so kleinteilig wie möglich zu berichten, hat oft mehr an Boulevardjournalismus erinnert als an eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Gründe der Krise. Dieselben Feuilletons, denen das Kulturverbandswesen normalerweise keine Zeile wert ist, haben tagelang über die PEN-Mitgliederversammlung berichtet, als wäre die ohne Zweifel vollständig aus dem Ruder gelaufene Mitgliederversammlung des PENs das wichtigste Ereignis auf unserem Planeten.

Nachdem Deniz Yücel die Brocken hingeschmissen hat und den PEN eine »Bratwurstbude« nannte, kannte die Häme in den Feuilletons und darüber hinaus keine Grenze mehr. Vergessen wird in den Redaktionsstuben, dass ihr Kollege Yücel zum PEN-Präsidenten gewählt wurde, weil die Schriftstellervereinigung ihre Wahrnehmungsschwäche gerade in der öffentlichen Debatte erkannt hatte und durch einen meinungsstarken Vorsitzenden beiseitigen wollte.

Die Schriftstellerinnen und Schriftsteller haben in den letzten Jahrzehnten deutlich an gesellschaftlichem Einfluss verloren. Das hat aber weniger mit ihrer Sprachlosigkeit, als mit der grundsätzlichen Bedeutung von Meinungsäußerungen von Intellektuellen zu tun. Vor einigen Jahren konnte ein Gastbeitrag einer Schriftstellerin oder eines Schriftstellers in der Süddeutschen Zeitung oder der Frankfurter Allgemeinen eine gesellschaftliche Debatte auslösen.

Das ist in Zeiten der weit bedeutenderen »Sozialen Medien« nur noch Vergangenheit. Die Orte des geistigen Diskurses sind teilweise vollständig verschwunden oder haben sich zumindest deutlich verschoben.

Die Krise des Feuilletons hat letztlich die Krise im PEN mit ausgelöst. Schriftstellerinnen und Schriftsteller hadern mit ihrem Wahrnehmungsverlust in der Öffentlichkeit. Nur so ist zu erklären, dass der PEN Deniz Yücel zu seinem Vorsitzenden wählte, obwohl er die Voraussetzungen für einen Vorsitzenden eines Verbandes, nämlich die Mitglieder auf ein gemeinsames neues Ziel zu vereinen, nicht mitbrachte. Man hat ihn gewählt, um endlich wieder einmal sichtbar zu sein. Das ist gelungen, aber der Schaden für den gesamten Kulturverbandsbereich ist groß.

**Olaf Zimmermann**  
ist Herausgeber von  
**Politik & Kultur**



Neue Synagoge, Oranienburgerstraße Berlin

## Jüdischer Alltag in Deutschland

Seiten 15 bis 27

FOTO: OLAF ZIMMERMANN

## Der Krieg und die Kultur

Die Rolle der Künste in dieser Phase des Epochenbruchs

GERHART R. BAUM

**W**as macht der Krieg in der Ukraine mit der Kunst? Oder präziser gefragt: Was macht er mit der Freiheit? Kunst ist »eine Tochter der Freiheit«, wie Friedrich Schiller formulierte. Sie ist Lebenselixier einer freien Gesellschaft, sichert ihr Überlebenskraft – aber sie braucht den Atem einer freien, weltoffenen Gesellschaft. Im Krieg leidet sie besonders. Russland hat jahrzehntelang die Erfahrung einer kommunistischen Gwalt Herrschaft machen müssen. Unter Perestroika und Glasnost um 1990 konnte das Land wieder frei atmen. Es blühte auf – demokratisch und auch kulturell. Nach und nach wurden allerdings Kunst und Freiheit immer stärker unterdrückt. Kunst ist den Despoten eine Gefahr. Sie ist im weitesten Sinne politisch. Sie unterwirft sich nicht. Kunst ist ein gärendes, oft anstößiges Ferment, das die Gesellschaft vor Stillstand bewahrt, ihr die Überlebenskraft sichert, aber auch selbst vor den Versuchungen zur Unfreiheit geschützt werden muss. Sie ist eine empfindliche Pflanze.

Wer für die Freiheit kämpft, der kämpft auch für die Freiheit von Kunst und Kultur. Das tun die Ukrainer mit Mut und Opferbereitschaft. Sie wollen nicht unter das Joch des Putin-Regimes. Sie wollen ihre ukrainische Identität, die sich in Jahrhunderten der wechselvollen Beziehung zu den Russen herausgebildet hat, bewahren. Manche bei uns wollen ihrer Selbstverteidigung, ihrer Notwehr Grenzen setzen. Was ist das für eine bevormundende Arroganz, den Ukrainern jetzt vorschreiben zu wollen, wie viel Leid sie sich noch zumuten wollen und welchen Frieden sie mit welchen Waffen anstreben sollen.

Wir müssen uns absolut darüber im Klaren sein. Das ist keine regionale Auseinandersetzung. Das ist ein Anschlag auf die seit 1945 mit der »Charta der Vereinten Nationen« begründeten Friedensordnung. Nach dem von den Nazis entfesselten Weltenbrand wurden zum ersten Mal Friedenssicherung und Schutz der Menschenrechte in einen untrennbaren Zusammenhang gebracht. Die Menschheit sollte vor »der Geißel des Krieges« künftig bewahrt werden. Das ist im Lauf der Jahrzehnte oft nicht gelungen. Aber der

Überfall auf die Ukraine ist ein Tabubruch bisher nicht gekannter Dimension. Er bringt dieses Wertesystem ins Wanken. Die große Mehrheit der Staaten verurteilt den Krieg, aber eine Minderheit, angeführt von der Weltmacht China, hält sich zurück. Gefahren kommen auch aus dem Inneren Europas. In einigen Ländern, so in Frankreich, und auch in Italien wachsen autoritäre, europafeindliche Tendenzen.

Will man den Aggressor verstehen, so muss man seinen Motiven nachspüren. Das ist natürlich der Machterhalt einer kleinen Clique, die sich Russland zur Beute gemacht hat. Es ist auch das Ziel, den Westen, Europa zu destabilisieren. Europa soll »neu geordnet« werden. Das ist total misslungen. Europa rückt näher zusammen.

Der Beitrittsantrag Finnlands zur NATO beweist es. Aber Putin hat mehr im Sinn. Eine Idee soll verwirklicht werden, eine Mission, ein historisches Konzept. Aus dem Putinismus ist eine Ideologie geworden.

### Kulturoligarchen und mutige Vertreter der Kunstszene

Das historische Russland soll gerettet werden gegen den dekadenten, gottlosen Westen. Es ist eine imperiale Idee, in der die Ukraine keinen Platz hat. Wir alle wissen auch, dass die Behauptung, Putin müsse Russland vor den Nazis schützen wie seinerzeit Stalin Russland vor den deutschen Nazis, eine Lüge ist. Eine perfide Lüge gegenüber einem Volk, das selbst unter den Nazis gelitten hat wie die anderen Osteuropäer und auch die Menschen in Russland. Mit einem, der glaubt, vom Schicksal auserwählt zu sein, das historische Erbe Russlands zu retten, ist eine dauerhafte Friedensperspektive schwer vorstellbar. Er wird sein Ziel nicht aufgeben.

Längst ist die kulturelle Freiheit in Russland unter die Räder gekommen. Mutige Vertreter der Kunstszene äußern sich noch öffentlich – die meisten nur noch anonym. Viele verlassen Russland und Belarus. Beide Länder verlieren Scharen von talentier-

ten Menschen, sie sollten hier unbürokratisch Aufnahme finden. Andere können oder wollen nicht mehr fliehen. Dazu gehört die bewundernswerte Maria Kolesnikowa. Sie studierte in Stuttgart Musik und war dabei, mit dem Mäzen Viktor Barbariko ein Kulturzentrum in Minsk aufzubauen. Jetzt erleiden beide eine langjährige Lagerhaft.

In unserem Lande ist eine merkwürdige Diskussion im Gange. Manche wollen von russischen Künstlern Erklärungen gegen den Krieg zur Bedingung für ihr Auftreten machen. Aber es ist deren Entscheidung. Eine Gesinnungsprüfung, die darf es nicht geben. Eine aktive Unterstützung der russischen Kriegsverbrecher sollte aber nicht hingenommen werden. Ein Extremfall ist der Dirigent Waleri Gergiew. Er ist – auch mit seinen profitablen, vom Regime unterstützten geschäftlichen Projekten – ein »Kulturoligarch«. Putin schmückt sich mit Gergiew.

Und noch etwas läuft falsch. Wer ist denn auf die absurde Idee gekommen, russische Kunst zu boykottieren, beispielsweise Komponisten und ihre Interpreten? Kunst und Kultur gehören zum besten Erbe dieses Landes. Sie verbindet nichts mit den Kriegsverbrechern. Und auch die russischen Kriegsdenkmäler hierzulande gehören respektiert. Millionen russischer Soldaten sind gestorben, um die Nazis niederzuringen.

Russland ist anders. Wir sollten uns an den Russen orientieren, die ihr Land kennen und verlässlich einschätzen. Ich denke an namhafte Schriftsteller. Orientieren wir uns an Wladimir Sorokin, an Wiktor Jerofejew. Ich denke an den Regisseur Serebrennikow und an Freiheitsverteidiger Nawalny. Wenn wir uns ihnen zuwenden, verstehen wir mehr von der »Seele« ihrer Völker. Und alle äußern sich unmissverständlich zum Putin-Regime und zum Krieg. Was veranlasst nicht wenige unserer Landsleute eigentlich, Verständnis für Putins Behauptung zu haben, er fühle sich von der NATO bedroht. Sie bedroht niemanden.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 6/2022  
ISSN 1619-4217  
B 58 662



4 195981 604005

06

## EDITORIAL

**Sichtbar**  
Olaf Zimmermann 01

## LEITARTIKEL

**Die Rolle der Künste in dieser Phase des Epochenbruchs: Der Krieg und die Kultur**  
Gerhart R. Baum 01

## SEITE 2

**Kulturmensch Yvonne Büdenhölzer** 02

## AKTUELLES

**Nachhaltig wirtschaften, ohne den Kunstbetrieb einzuschränken**  
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

## INLAND

**Das Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine**  
Johannes Nathan 04

**Rettung der ukrainischen Kulturgüter**  
Mykola Kuschnir 04

**Einen kalten Krieg der Kultur darf es nicht geben**  
Astrid Irrgang 05

**»Die AKBP muss neu konzipiert werden«**  
Michelle Müntefering im Gespräch mit Theresa Brühem 05

**Was steht an in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik?**  
Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen geben Auskunft 06–07

**Ein Jahr in der Herzkammer der Demokratie**  
Marion Eichmann im Gespräch mit Cornelia Kunkat 08

**Möller meint: Über Nacht ist alles ganz anders**  
Johann Michael Möller 09

**»Medien und Informationen müssen für jeden zugänglich sein«**  
Volker Heller im Gespräch mit Ludwig Greven 10

## INTERNATIONALES

**Mehr Leidenschaft für die deutsche Sprache**  
Kultur global mit Klaus-Dieter Lehmann 11

## EUROPA

**Eine Frage von Effizienz und Aktualität**  
Aus dem Parlament mit Sabine Verheyen 11

## MEDIEN

**Das Kino lebt wieder auf**  
Helmut Hartung 12

## KULTURELLES LEBEN

**Nicht zum Museum im Museum werden**  
Wiebke Ahrndt im Porträt von Andreas Kolb 13

**Claussens Kulturkanzel: Böse**  
Johann Hinrich Claussen 13

**Personen & Rezensionen** 14

## ANTISEMITISMUS

**Einleitung: Der Antisemitismus ist noch längst nicht besiegt**  
Olaf Zimmermann 15

**Geschichte des Antisemitismus**  
Gideon Botsch im Gespräch mit Sven Scherz-Schade 16

**»Alle Lager müssen miteinander reden«**  
Felix Klein im Gespräch mit Ludwig Greven 17

**Importierter Antisemitismus?**  
Ahmad Mansour 18

**»Wir treten diesen Anschuldigungen entgegen«**  
Tom Uhlig 18

**Konstitutives Element: Antisemitismus im Rechtsextremismus**  
Gabriele Schulz 19

**Antisemitismus ist Alltag in der deutschen Gesellschaft**  
Dervis Hizarci im Gespräch mit Sandra Winzer 20

**Zu den Bildern** 20

**Vier Formen des Antisemitismus**  
Richard C. Schneider im Gespräch mit Theresa Brühem 21

**»Es fehlt an Verständnis für lebendige Juden in Deutschland«**  
Daniel Donskoy im Gespräch mit Theresa Brühem 22

**Antisemitismus bei ARD und ZDF?**  
Andrej Reisin 23

**Wir sind alle nur Menschen**  
Drei Fragen an Fanny Kleinmann 23

**documenta fifteen**  
Eugen El 24

**Eine philologisch präzise Lektüre ist gefragt**  
Nike Thurn 24

**Antisemitismus im Museum**  
Liliane Weissberg im Gespräch mit Maïke Karnebogen 25

**Leisten Bilder Antisemitismus Vorschub?**  
Yael Kupferberg im Gespräch mit Sabrina Habel 26

**»Antisemitismus ist das Betriebssystem, auf dem viele Verschwörungserzählungen laufen«**  
Vier Fragen an Tahera Ameer 27

**Einheitliche Erfassung antisemitischer Vorfälle in ganz Deutschland**  
Vier Fragen an Benjamin Steinitz 27

## DAS LETZTE

**Kurz-Schluss**  
Theo Geißler 28

**News aus der P&K-Prawda** 28

**Karikatur** 28

**Impressum** 28

## DER AUSBLICK

**Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Juli 2022.**  
Im Fokus steht das Thema »Rassismus«.

## Fortsetzung von Seite 1

Sie ist ein Bündnis von 30 Staaten, um Frieden und Freiheit zu sichern. Putin fühlt sich nicht von der NATO bedroht, sondern von der Freiheit, von den Freiheitsbewegungen.

Was ist nun unsere Aufgabe, die Aufgabe der künstlerisch Tätigen, der Kulturverbände, der Kulturpolitiker in die-

zu erkunden. Der Kern des Programms sind die Einzelvorhaben unserer Sektionen (Bildende Kunst, Literatur, Medien/Film, Musik, spartenübergreifende Kultur/Soziokultur, Tanz, Theater). Das allem übergeordnete Ziel ist, künstlerische Tätigkeit zu ermöglichen, unter anderem durch Aufnahme in bestehende Strukturen z. B. in Vereine, Chöre, Ensembles, vor allem auch in der Amateurmusik. Kontakte zu den Musikschulen, die bereits sehr aktiv sind. Im Bereich der Darstellenden Künste sind es die Verbindungen zu den Bühnen in allen Bereichen – auch im Tanz. Im Filmbereich bestehen schon erste Ergebnis-

fassenden Aufgabenstellung zahlreiche Möglichkeiten, Hilfe zu leisten. Der bisherige Finanzierungsbedarf aller Programme beträgt rund 600.000 Euro und ist vom Land gedeckt. Es kann und muss je nach Bedarf aufgestockt werden. Ein Patenschaftsprogramm wird vorbereitet. Im bisherigen Programm werden auch Miniprojekte gefördert. Die Landesmusikakademie bereitet Fortbildungen zum sensiblen Umgang mit Traumageschädigten vor. Der WDR begleitet das Vorhaben in seinem Kulturprogramm.

Eine Koordinierung mit Maßnahmen des Bundes ist notwendig. Gut, dass der Deutsche Kulturrat in bewährter Weise Konzepte entwickelt hat und auf deren Durchsetzung drängt. Auch der Schutz der Kulturgüter und der kulturellen Infrastruktur in diesem Vernichtungskrieg ist eine wichtige Aufgabe, zu der auf Bundesseite schon Entscheidungen getroffen wurden.

Die Welt mit ihren geopolitischen Realitäten verändert sich. Unser Land verändert sich. Wir befinden uns in Transformationsprozessen, die nahezu alle Lebensbereiche umfassen. Sie werden auch unsere Lebensweise in Zukunft bestimmen. Ein »weiter so« wird es nicht geben. Die Kunst wird eine wichtige Rolle haben in dieser Phase des Epochenbruchs. Sie unterwirft sich nie, niemals. Wir müssen die Zukunft »neu denken«. Die Kunst wird diese Prozesse kritisch hinterfragen. Was machen sie mit uns, mit unserer Gesellschaft. Die Kunst hat immer die Hand am Puls der Zeit. Das wird sehr spannend werden. Wir haben es in der Hand, diese Herausforderungen zu bestehen. Unsere freie Gesellschaft bietet alle Voraussetzungen dafür.

**Gerhart R. Baum ist Vorsitzender des Kulturrates NRW**



FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

se aus einem Online-Treffen der Filmhäuser und Filmwerkstätten, an denen ukrainische Filmschaffende bereits teilgenommen haben. Wichtige Themen waren dort die Frage nach Arbeitsmöglichkeiten, die Filmvermittlung für ukrainische Kinder, die Verbreitung ukrainischer Filme, die Untertitelung ins Deutsche und anderes mehr. Der Bereich Soziokultur hat gemäß seiner um-

## Kulturmensch Yvonne Büdenhölzer

Zum Berliner Theatertreffen gehörte immer auch die langjährige Leiterin Yvonne Büdenhölzer. Bereits seit 2012 leitet sie das Format und setzt sich seit Beginn ihrer Tätigkeit unter anderem kontinuierlich für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit am Theater ein. Die diesjährige Ausgabe, die vom 6. bis 22. Mai stattfand, war die letzte Ausgabe der gebürtigen Kölnerin, die sich nun neuen Aufgaben widmen wird. Vor allem in den vergangenen zwei Jahren stand das Berliner Theatertreffen und Leiterin Yvonne Büdenhölzer aufgrund der Coronapandemie vor so einigen Herausforderungen. Umso schöner, dass das Festival 2022 endlich wieder als Präsenzveranstaltung stattfinden konnte. Einige Aufführungen und Veranstaltungen wurden dennoch als Livestream oder Mitschnitt in der Mediathek angeboten. Die langjährige Arbeit Büdenhölzers und ihr stetiger Einsatz macht sie zu unserem Kulturmensch.

Yvonne Büdenhölzer studierte Germanistik und Pädagogik in Bonn und arbeitete als Dramaturgin und Kuratorin an verschiedenen Theatern und in der Freien Szene. In der Spielzeit 2009/10 war sie Kuratorin und Festivalmanagerin der Theaterbiennale Neue Stücke aus Europa in Wiesbaden und Mainz. Sie war Lehrbeauftragte an der Freien Universität Berlin und Mitglied im Rat für die Künste. Seit 2021 ist Yvonne Büdenhölzer Präsidentin des Internationalen Theaterinstituts (ITI-Germany).

Von 2005 bis 2011 war Yvonne Büdenhölzer bereits Künstlerische Leiterin des Stückemarkts beim Theater-

treffen. Beim Theatertreffen 2019 initiierte und mitkuratierte sie die zweite Konferenz zu Gender(un)gleichheit »Burning Issues meets Theatertreffen«. 2020 galt beim Berliner Theatertreffen erstmalig eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent. Im selben Jahr erhielt Yvonne Büdenhölzer den Berliner Frauenpreis für ihr Engagement für die Chancengleichheit am Theater.

Ebenso im bundesweiten 1:1-Mentoring-Programm für hochqualifizierte Künstlerinnen und Kreative des Deutschen Kulturrates ist Yvonne Büdenhölzer als Mentorin aktiv und hilft und unterstützt mit ihrer Erfahrung und Expertise auch in der kommenden sechsten Runde Frauen, die eine Führungsposition im Kultur- und Medienbereich anstreben. Im Tandem sollen die Mentees vom Erfahrungsschatz der etablierten Berufskolleginnen und -kollegen profitieren, damit langfristig mehr Frauen an den Schaltstellen von Kultur- und Medienwirtschaft, Politik und Verwaltung vertreten sind bzw. im Kulturgeschehen adäquat repräsentiert sind.

Das Theatertreffen der Berliner Festspiele zählt zu den renommiertesten Bühnenfestivals und versammelt Theaterschaffende, Journalisten und Gäste aus der ganzen Welt in Berlin. Herzstück sind jedes Jahr die zehn bemerkenswertesten Inszenierungen, die von einer unabhängigen Kritikerjury aus rund 400 Aufführungen der Saison ausgewählt werden. 2022 präsentiert das Festival bereits zum 59. Mal alle Sprachformen des Theaters vom Tanz über Puppen-



FOTO: CHRISTOPH NEUMANN

spiel, Musiktheater und theatrale Installationen – im Haus der Berliner Festspiele und weiteren Locations in Berlin. Nicht zuletzt sind auch die Debatten wichtig, die beim Theatertreffen geführt werden: So wurden unter anderem die Themen Gendergerechtigkeit und Nachhaltigkeit – beispielsweise mit einer Diskussion zum Green Deal in der Kultur – weiter aufgegriffen und diskutiert. Das nächste Theatertreffen findet voraussichtlich vom 5. bis 21. Mai 2023 statt. Wer die Nachfolge von Büdenhölzer antreten wird, wurde noch nicht bekanntgegeben.

Für ihre Zukunft und ihre neuen Aufgaben wünscht Politik & Kultur Yvonne Büdenhölzer alles Gute!

# Nachhaltig wirtschaften, ohne den Kunstbetrieb einzuschränken

Umdenken, verändern, entfesseln: zu den Gefahren und Zielen der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Zu ihrem 20. Geburtstag hat die Kulturstiftung des Bundes den Schriftsteller und Dramatiker Lukas Bärfuss Ende Mai als Festredner eingeladen. Bärfuss las den versammelten rund 700 Gästen aus Kultur und Politik fast eine Stunde lang die Leviten. Er forderte die radikale Abkehr vom Götzen »Öl«, er verlangte nach Veränderungen, er hob auf die Klimaveränderung ab und er unterstrich unmissverständlich, dass Transformation wehtut. Transformation ist der schmerzliche Abschied vom Liebgewordenen, von der Verschwendung in der westlichen Welt, von den vermeintlich allseits verfügbaren Gütern und Dienstleistungen, von Gewohnheiten und Bekanntem. Ökologische Transformation ist notwendig, ökologische Transformation ist unumgänglich, ökologische Transformation ist schmerzhaft, so sein Credo.

Die Klarheit von Bärfuss, seine Suda waren unmissverständlich – so recht feierlich war einem danach nicht mehr zumute, hätte nicht das Stegreiforchester so freudvoll und sinnlich nach dem Vortrag gespielt, wäre doch so mancher ein wenig traurig, beschämt und mit einer düsteren Perspektive nach Hause gegangen.

Ein wenig traurig war auch die Perspektive bei der Veranstaltung »Müssen, Können, Wollen – Ein Gespräch zum Green Deal im Theater«, die der Deutsche Kulturrat zusammen mit 3sat und dem Berliner Theatertreffen am 14. Mai 2022 im Rahmen des Klimatags des Berliner Theatertreffens am 14. Mai 2022 durchgeführt hat (hier zum Nachsehen: [bit.ly/3sPmKXS](https://bit.ly/3sPmKXS)).

Vor der Podiumsdiskussion stellten vier der zehn Grünen Botschafter und Botschafterinnen des Theatertreffens ihre Thesen vor. Beim Theatertreffen 2021 wurden von jedem der zehn eingeladenen Theater jeweils ein Grüner Botschafter bzw. Botschafterin benannt. Die Grünen Botschafterinnen und Botschafter tauschten sich über ein Jahr intensiv aus, berichteten von der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen in ihren

## Die Kurzfristigkeit mancher Förderung verhindert Nachhaltigkeit

Theatern, von Problemen und Schwierigkeiten. Zusätzlich konnten sie eine Weiterbildung zum Nachhaltigkeitsmanager absolvieren. Organisiert wurden die Treffen und die Weiterbildung vom »Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit. Betriebsökologie für Klimaneutrale Kultur und Medien«. Die Grünen Botschafterinnen und Botschafter arbeiten in unterschiedlichen Bereichen in den Theatern wie der Öffentlichkeitsarbeit, den Werkstätten, der Dramaturgie, der Kaufmännischen Direktion usw.

Als wesentliche These stellten die Grünen Botschafterinnen und Botschafter bei der oben genannten Veranstaltung am 14. Mai die Forderung auf, dass in den Zuwendungsbescheiden für Theater Nachhaltigkeitsziele verpflichtend aufgenommen und im Nachgang deren Erfüllung kontrolliert werden sollte. Nur so, so der einheitliche Tenor, ist die Umsetzung tatsächlich möglich, nur so können Veränderungen auch umgesetzt werden. Der Bühnenzauber komme dabei schon nicht zu kurz.



V.l.n.r. Natalie Müller-Elmau, Lutz Nitsche, Olaf Zimmermann, Erhard Grundl, Wiebke Leithner, Cecile Schortmann

Uns hat diese Forderung nach weiteren Fesseln für den Kunstbereich nachdenklich gemacht. Ist die ökologische Veränderung in Kulturbetrieben tatsächlich nur durch noch mehr Fesseln durch die öffentliche Hand umsetzbar, sind die Verantwortlichen in den Betrieben tatsächlich so taub oder so veränderungsfaul, sind die erforderlichen Ziele so unerreichbar, dass lieber die Flügel gestreckt werden, bevor abgehoben wird?

Keine Frage, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen kann anstrengend sein. Sie ist vor allem dann schwer, wenn das Vergaberecht oder das Haushaltsrecht auf Nachhaltigkeit treffen. Das Problem wird potenziert, wenn Projekte nur für ein Jahr laufen. Dann ist so gut wie jede Anschaffung, die zwar langlebig, weiter verwendbar, nachhaltig produziert ist, unwirtschaftlich, gerade weil sie länger als ein Jahr haltbar ist. Die Kurzfristigkeit mancher Förderung verhindert Nachhaltigkeit. In der Logik von kurzfristigen Projekten ist es durchaus nachvollziehbar, etwas nicht zu finanzieren, was noch lange nach Projektende nutzbar ist. Warum auch, das Projekt ist doch vorbei. Doch gerade diese Förderpolitik ist nicht nachhaltig! Es muss doch vielmehr darum gehen, Anschaffungen so tätigen zu können, dass angeschaffte Geräte oder Materialien auch in anderen Zusammenhängen, in anderen Vorhaben weitergenutzt werden können. Hier sind Weiterentwicklungen in der Projektförderung dringend von Nöten. Ebenfalls sollten bei Vergabeverfahren ökologische Kriterien eine wichtige Rolle spielen, so manche auf den ersten Blick teurere Anschaffung könnte so in einem anderen Lichte dastehen und eher zum Zuge kommen.

Im Rahmen des Programms NEU-START KULTUR wurden in den letzten beiden Jahren pandemiebedingte Investitionen in Kultureinrichtungen gefördert, die nicht hauptsächlich öffentlich gefördert sind. Neben Lüftungsanlagen und Plexiglasscheiben waren weitere Baumaßnahmen möglich, die die Einrichtungen für den Betrieb unter Pandemiebedingungen fit machen sollten. Dabei zeigte sich der immense Investitionsstau aus den letzten Jahrzehnten. Investitionen in die Nachhaltigkeit von Gebäuden sind daher dringend erforderlich, um den Anforderungen des Klimawandels gerecht zu werden und um ökologischer zu arbeiten.

Entscheidend ist allerdings, dass die Leitungen von Kultureinrichtungen und Kulturinstitutionen, die Kulturverwaltung sowie Kulturpolitikerin-

nen und Kulturpolitiker Nachhaltigkeit nicht als Zusatz begreifen, sondern als ein übergreifendes Ziel. Investitionen in Bau- oder Umbaumaßnahmen, in Wärmedämmung und anderes mehr sollten ein Qualitätskriterium öffentlicher Kulturförderung sein. Kaum etwas ist in der Kulturpolitik so verpönt, wie die Investition »in Steine«. Baumaßnahmen werden oft teurer als geplant, die Lorbeeren werden später geerntet, wenn diejenigen, die die Maßnahmen auf den Weg bringen, nicht mehr ver-

antwortlich sind und schöne Projekte mit Künstlerinnen und Künstlern oder auch in der Kulturvermittlung sind viel pressetauglicher und lassen sich besser vermitteln. Hier ist ein Umdenken gefragt. Ökologische Investitionen, Investitionen in nachhaltiges Wirtschaften sollten »sexy« und ein Ausweis besonderer Vorausschau in Politik und Verwaltung sein. Auch dies wäre ein Teil der Transformation.

Ein Zwang zur Nachhaltigkeit per Zuwendungsbescheid schafft eher

neue Probleme. Bei der Veranstaltung zur Nachhaltigkeit beim Berliner Theatertreffen, mussten die Verbotsapologeten daran erinnert werden, auf welchen gefährlichen Pfad sie sich begeben. Gerade das Theatertreffen ist kein Vorbild der Nachhaltigkeit, wenn jedes Jahr zehn Inszenierungen mit Bühnenbild und Schauspielerinnen und Schauspielern für wenige Aufführungen nach Berlin geschafft werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist das Theatertreffen aus der Zeit gefallen. Die Abschaffung des Theatertreffens wäre sicher die nachhaltigste denkbare Maßnahme, um die Nachhaltigkeitsziele für das Theatertreffen selbst zu erreichen, aber wollen wir wirklich auf dieses Kulturereignis verzichten?

Es muss doch viel mehr darum gehen, Veränderungen im Kunstbereich zu belohnen, ressourcenschonendes Wirtschaften im Kunstbereich anzustreben, ohne den Kunstbetrieb einzuschränken.

Statt einer weiteren Fessel wäre die Entfesselung für die notwendige Veränderung verantwortlich. Mut nicht Deut sind gefragt, Veränderungswille statt Veränderungszwang. Erfreulich ist, wie viele Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen sich auf diesem Veränderungsweg bereits befinden. Dies sollte beflügeln.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

## Theos Kurzschluss – die Fortsetzung



In 40 weiteren, ursprünglich 2017 bis 2022 in »Politik & Kultur« erschienenen Glossen erweist sich Theo Geißler einmal mehr nicht nur als feinsinniger Beobachter und Wortschöpfer, sondern auch als Visionär.

Die Umbrüche, die durch die Digitalisierung in der Gesellschaft entstehen, die Veränderungen in Kunst, Kultur und Medien, aber auch in der Gesellschaft insgesamt, besonders in Zeiten der Pandemie, ziehen sich als roter Faden durch die Artikel.

Theo Geißler legt den Finger in Wunden, immer auf der Suche nach dem, was faul ist im Staate.

Theo Geißler  
**Theos Kurzschluss 2.0**  
 40 weitere Streitschriften zu Politik und Kultur  
 Hrsg. von Olaf Zimmermann  
 Redaktion: Petra Pfaffenheuser  
 Mit Fotos von Martin Hufner  
 Paperback, 200 Seiten  
 ISBN 978-3-949425-01-1, CB 1301  
 € 12,80



[www.conbrio.de](http://www.conbrio.de)

# Das Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine

Hilfslieferungen im direkten Kontakt mit der Ukraine

JOHANNES NATHAN

Seit der ersten Stunde bedroht der russische Krieg in der Ukraine zahllose Kulturgüter, Museen und Denkmäler. Zur Sicherung derselben fehlen dem heimtückisch überfallenen Land oft die notwendigen Hilfsmittel, sei es Verpackungsmaterial, Brandschutz- und Bekämpfungsmittel oder Materialien für die restauratorische Ertüchtigung fragiler Objekte vor dem Transport ins sichere Depot. Rasch formierte sich daher im Verband Deutscher Kunsthistoriker die Überzeugung, dass diese bestürzende Situation nicht nur Rat, sondern vor allem Tat erfordert.

So entstand in Windeseile ein Netzwerk, das zunächst mithilfe eines Mainzer Busunternehmens, welches Flüchtlinge in den Westen holt, dringend benötigte Materialien für den Kulturgutschutz in die Ukraine schickte. Der Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz stellte rasch Materialien für die Brandbekämpfung und den Brandschutz zur Verfügung, es fanden sich Spender von Verpackungsmaterial, eine Mainzer Ballettschule fungierte als behelfsmäßige Sammelstelle für die Sachspenden. Gleichzeitig bildete sich aus einem vom Verband Deutscher Kunsthistoriker organisierten Online-Treffen Anfang März ein erstes Netzwerk für den Empfang und die Verteilung der dringend benötigten Sachspenden auf ukrainischer Seite.

Gleichgesinnte Organisationen verfolgten in den ersten Kriegswochen einen ähnlichen Ansatz. Die in Berlin ansässige Dachorganisation World Heritage Watch brachte mit zahlreichen Spenden aus Museen namhafte Hilfslieferungen auf den Weg. Die Berliner Museen, die Akademie der Künste, das Kunstforum der Berliner Volksbank, das Deutsche Historische Museum beteiligten sich. Gleichzei-

tig engagierten sich auch Exponenten des Kunsthandels und der Kunsttransportfirmen. Alle genannten haben sich seither zu einem lockeren Verbund, dem Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine, zusammengetan. Ihnen und vielen weiteren, die sich spontan einsetzten, stellte die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft eine Plattform zur Verfügung, so dass über diese gemeinnützige Organisation nun auch Geldspenden eingeworben und mit einer Spendenbescheinigung quittiert werden können.

Doch je mehr Schwung die Initiative erhielt, desto mehr kamen die Beteiligten, die sich alle neben einem ausgefüllten Berufsleben ehrenamtlich engagieren, an die Grenzen ihrer zeitlichen Verfügbarkeit. Da erwies sich die Ernst von Siemens Kunststif-

## Koordinierungsstelle kann ihre Arbeit aufnehmen

tung und die Hasso Plattner Foundation als Retter in der Not: Sie sicherten die Finanzierung einer Koordinierungsstelle zu, sofern dafür eine geeignete Person gefunden würde. Erneut liefen die Drähte heiß – und dann erwies sich die ukrainisch-stämmige Kunsthistorikerin Olena Balun als der Glücksgriff, der die Dynamik der Initiative zu sichern vermochte. Seit April versieht sie unter größtem Einsatz die dringend benötigte Koordinierungsarbeit, organisiert LKW- und Bahntransporte, spricht mit Spendern, übersetzt, stellt Zolllisten zusammen, beruhigt die Fahrer und nimmt sich im Dialog mit den Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine auch der Verteilung auf der Empfängerseite an.

Mit diesem Ansatz verfolgt das Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine eine andere Strategie als diejenigen Initiativen für den Kulturgutschutz, welche auf anonyme Spenden setzen, die in der Ukraine durch die Regierung verteilt werden. Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass Hilfslieferungen, die im direkten Kontakt mit der Ukraine entstehen und gezielt verschickt werden, nicht nur viel schneller eintreffen, sondern auch besser auf die Bedürfnisse abgestimmt sind. Dies beweist auch die immer längere Liste an Hilfslieferungen, die wir auf unsere Webseite dug-ww.org/artaid publizieren; dort finden sich auch Informationen für alle, die uns mit Spenden unterstützen möchten.

Es bestärkt uns der Zuspruch, den wir glücklicherweise erfahren, denn unser Netzwerk durfte in den letzten Wochen viele weitere Sachspenden, etwa Feuerlöscher von der Firma Johnson Controls, entgegennehmen. Ebenso dankbar sind wir für namhafte Geldspenden, etwa von der ZEIT-Verlagsgruppe oder von Weng Fine Art. Nunmehr hoffen wir, dass Zuwendungen des Bundes uns ein längerfristiges Agieren ermöglichen werden, denn auch nach dem Krieg – der hoffentlich bald enden wird! – bleibt ein immenser Bedarf an Unterstützung bei der weiteren Sicherung und Wiederherstellung von gefährdetem und beschädigtem Kulturgut. So möchten wir dazu beitragen, dass das überaus reiche kulturelle Erbe der Ukraine, ein Hauptpfeiler ihrer Identität, die furchtbare Aggression dieses verbrecherischen Krieges trotz allem so unbeschadet wie möglich überstehen wird.

Johannes Nathan ist Kunsthändler und Kunsthistoriker sowie Vorsitzender der Max-Liebermann-Gesellschaft. Er ist im Steuerungsausschuss des Netzwerks Kulturgutschutz Ukraine



Das Netzwerk Kulturgutschutz koordiniert Hilfsmaßnahmen

FOTO: NETZWERK KULTURGUTSCHUTZ UKRAINE

## Rettung der ukrainischen Kulturgüter

Ukrainisches Kulturerbe kann nur mithilfe der europäischen Partner gerettet werden

MYKOLA KUSCHNIR

Als die Russische Föderation am 24. Februar dieses Jahres ihre Invasion gegen das Nachbarland startete, wurden in der Ukraine viele kalt erwischt, darunter auch Kulturinstitutionen wie Archive, Bibliotheken, Galerien, Museen. In den Städten des Nordostens, Ostens und Südostens, aber auch in der Hauptstadt Kiew, die sofort zum Ziel russischer Bombardements wurden, konnten die Sammlungen auf die Schnelle weder evakuiert noch durch ordentlich durchgeführte Schutzmaßnahmen vor Ort gesichert werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten vor allem um ihr eigenes Leben fürchten. Daher blieben sie entweder im Versteck oder retteten sich bei erster Gelegenheit durch Flucht in die noch sicheren Ortschaften im Hinterland oder gar über die EU-Grenze – darunter viele nach Deutschland. Sehr oft kamen Stromausfälle und der Ausfall von Heizungen hinzu.

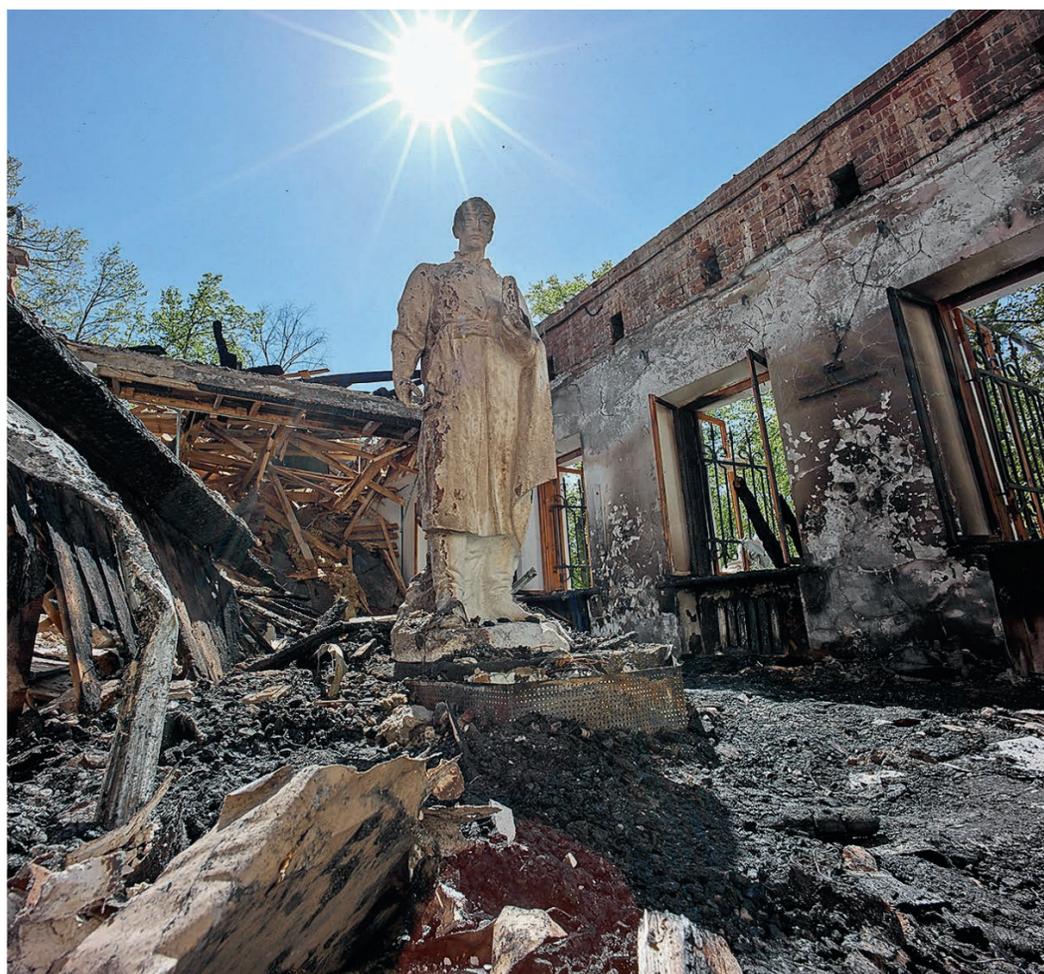
In dieser schwierigen und unübersichtlichen Situation gingen sehr viele meiner verbliebenen Kolleginnen und Kollegen – vor allem in Tschernihiw, Sumy, Charkiw, Kiew, Odessa – ihrer Pflicht mutig nach und vollbrachten bei der Sicherung bzw. Rettung von Kunstwerken und Exponaten wahrhaftige Heldentaten. Denn sie wussten nur zu gut, dass sonst den ukrainischen Kulturgütern das traurige Los zuteilwerden könnte, vernichtet oder geraubt zu werden. Dass dieses Schreckenszenario absolut realistisch war – und für viele Museen in den Regionen Donbass, Saporischschja und Cherson leider immer noch ist – beweisen die inzwischen von den russischen Bar-

baren vernichteten bzw. ausgeraubten Museen in Tschernihiw, Mariupol oder Melitopol.

Auch die Museen in den westukrainischen Städten wie z. B. Lwiw/Lemberg, Luzk oder Tscherniwzi/Czernowitz sahen mit dem Ausbruch des Krieges ihrer Zukunft mit Angst und Verzweiflung entgegen, nicht nur weil sie sich ebenfalls in Reichweite russischer Raketen und Marschflugkörper befanden, sondern auch, weil sie angesichts mangelnder Unterstützung und Koordination seitens des Kulturministeriums oder lokaler Behörden gleichermaßen nur auf sich selbst gestellt waren.

Ein weiteres Problem, das sich der überwiegenden Mehrheit von Museen, Archiven und Bibliotheken der Ukraine in dieser Notsituation stellte, war der völlige Mangel an Verpackungsmaterial, Feuerlöschgeräten, feuersicheren Kisten, Schränken usw. – Dinge, die schon zu Friedenszeiten in der Ukraine häufig fehlten und die sich nur wenige Museen leisten können. Genau wie die ukrainische Armee, die auf Waffen- und Munitionslieferungen der ausländischen Partner angewiesen ist, benötigen die Kulturinstitutionen der Ukraine bei der Rettung ihrer Kulturgüter die Hilfe von ausländischen Partnern. Die großangelegten Hilfsinitiativen, welche in mehreren EU-Ländern inzwischen in Gang gekommen sind, bestärken uns in der Hoffnung, dass das ukrainische Kulturerbe, welches zweifellos zum gesamteuropäischen Kulturerbe gehört, im Wesentlichen gerettet werden kann.

Mykola Kuschnir ist Direktor des Museums für Jüdische Geschichte und Kultur der Bukowina in Czernowitz



Die Ruine des Skworoda-Museums in der Region Charkiw

FOTO: PICTURE ALLIANCE/EPAIN/SERGEY KOZLOV

# Einen kalten Krieg der Kultur darf es nicht geben

Kulturaustausch als Friedenseinsatz

ASTRID IRRGANG

Vom Sicherheitstraining für Konfliktgebiete über die Entsendung von zivilen Expertinnen und Experten bis zu Analysen für den Bundestag: Das Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF; zif-berlin.org) bietet Leistungen und Expertise rund um das Thema Friedenseinsätze »aus einer Hand«. Seit 20 Jahren ist es das deutsche, international bestens vernetzte Kompetenzzentrum für dieses Thema. Bundesregierung und Deutscher Bundestag haben das ZIF im Jahr 2002 gegründet, um zivile Kapazitäten zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung zu stärken. Es war die visionäre Antwort der damaligen Bundesregierung und des Bundestages auf die Schrecken der Balkankriege, eine Materialisierung des deutschen Anspruches »Nie wieder« zur Transformation von Krieg und Gewalt im multilateralen Bündnis mit ziviler Expertise. Der integrierte Ansatz des ZIF, der Training, Human Resources, International Capacity Development und Analyse unter einem Dach vereint, ist international als führendes Modell anerkannt.

Aktuell sind fast 200 Fachkräfte in über 40 Friedenseinsätzen weltweit

über das ZIF tätig. Die Vereinten Nationen (UN), die Europäische Union (EU), das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind für Deutschland die zentralen Akteure für multilaterale Friedenseinsätze. Der fachliche Hintergrund des Personals im Einsatz ist so vielfältig wie die Aufgaben vor Ort: Das ZIF sucht Staatsanwältinnen, IT-Spezialisten, Klimaexpertinnen oder politische Analysten genauso wie Human Resources Manager oder Mediatorinnen. Ihren Arbeitsvertrag haben die Fachkräfte mit dem ZIF – ihre Arbeitskraft gehört der jeweiligen internationalen Organisation. Dieses Personal ist ein lebendiger Ausdruck der deutschen Außenpolitik. Nicht umsonst ist das Auswärtige Amt Gesellschafterin des ZIF, das als gemeinnützige GmbH organisiert ist.

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine seit 24. Februar 2022 hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der dort seit 2014/2015 operierenden Friedenseinsätze der EU und der OSZE. Und damit auch auf das Personal des ZIF. Beide Missionen hatten – mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Arbeitsweisen – den Auftrag, einen möglichst wirksamen Beitrag zur nachhaltigen Befriedung zu leisten.

Insbesondere das Gastgeberland Ukraine wünschte nach der Krim-Annexion am 18. März 2014 die Präsenz der

internationalen Gemeinschaft, um die »Augen und Ohren« der Welt zur Zeugenschaft vor Ort zu wissen. Die Beobachterinnen und Beobachter der OSZE-Mission wurden an der sogenannten Kontaktlinie eingesetzt und dokumentierten die Einhaltung oder die Verletzung des Waffenstillstandsabkommens

## Die Arbeit der OSZE-Mission in der Ukraine ist Vergangenheit

von Minsk. Diese Zeugenschaft ist nun nicht mehr möglich: In der OSZE ist die Russische Föderation Teilnahmestaat – und hat von ihrem Vetorecht gegenüber der OSZE-Mission Gebrauch gemacht. Die Arbeit der OSZE-Mission in der Ukraine ist damit Vergangenheit; derzeit finden nur noch verabredete Abwicklungsarbeiten statt, etwa das Zurückholen von Material wie Fahrzeuge, das bei der zum Teil dramatischen Evakuierung der internationalen Mitarbeitenden zurückgelassen wurde.

Die Arbeit der EU im Rahmen der European Monitoring Mission in Ukraine wird dagegen nach der Evakuierung im Februar fortgesetzt und wurde um die Unterstützung bei der Ermittlung zu Kriegsverbrechen erweitert. Allerdings arbeitet die Mission aktuell nicht auf

dem Territorium der Ukraine. Irgendwann sollen diese Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Anklage kommen; auch hierfür soll über das ZIF ein personeller, deutscher Beitrag gelingen.

Den Krieg in der Ukraine beenden zu helfen, ist das Versprechen, das die Bundesregierung im westlichen Bündnis gegenüber der Ukraine gemacht hat. Hierfür werden in hohem Tempo Entscheidungen von erheblicher Tragweite beschlossen, die die militärische Wehrhaftigkeit der Ukraine stärken und die wirtschaftliche Kraft der Russischen Föderation schwächen sollen. Auf dem Weg zur Transformation des Konfliktes dürfte es ein Zeitfenster geben, in dem ein Waffenstillstand auszuhandeln und dann auch zu beobachten ist. Dies sind klassische Aufgaben für internationale Friedensmissionen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die EU Monitoring Mission in Georgien, die mit unbewaffneten Beobachterinnen und Beobachtern vor allem in den Grenzen zu den abtrünnigen Provinzen patrouilliert, Kanäle des Dialogs zwischen den Konfliktparteien moderiert, die Menschenrechtssituation und Lebensumstände der lokalen Bevölkerung beobachtet und der internationalen Gemeinschaft darüber berichtet. Auch humanitäre Organisationen liefern wertvolle Beiträge in der Ukraine und auch in den benachbarten Staaten wie Polen, Rumänien und Moldau, um das Leid der ukrainischen Geflüchteten abzumildern.

Auch ein militärisch-technisches Thema wie Minensuche und Minenräumung gehören in das Fachrepertoire von Friedenseinsätzen, um Landschaften und Orte wieder bewohnbar zu ma-

chen. Hier haben die Vereinten Nationen eine besondere Expertise, etwa aufgrund ihrer Erfahrungen im Südsudan oder Zypern. Auch Dialog- und Versöhnungsprozesse sind Teil dieses Instrumentenkastens der zivilen Expertise, der dann eingesetzt werden sollte.

Auf diese Aufgaben müssen Deutschland und unsere Partner vorbereitet sein, um schnell mit einer Struktur vor Ort zu antworten. Wer Frieden will, muss mit seinem Feind im Gespräch sein: Diese Erkenntnis sollte unser Handeln bestimmen. Gelebt, nicht abreißende Verbindungen zu den Menschen in der Russischen Föderation, etwa im Bereich der Kultur, sind ein wichtiger Beitrag für die Zeit »danach«. Diesen Zielpunkt dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, auf ihn sollten wir innerlich ausgerichtet bleiben, nicht auf den Ausnahmezustand Krieg. Es dürfte für mindestens eine Generation – wenn nicht erheblich länger – gemeinsam viel zu betrauern und Verlorenes aufzubauen sein. Hierbei kann Kulturaustausch ganz wesentlich unterstützen. Kultur hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen in Deutschland und in der ehemaligen Sowjetunion einander wieder begegnen und auch traumatische Erfahrungen versprachlichen konnten. Einen »Kalten Krieg« der Kultur darf es nicht geben, auch wenn die Sanktionspakete diese aktuell mit betreffen. Hierbei ist Fingerspitzengefühl und Brückenbau ins derzeit noch Ungewisse auf allen Seiten gefragt.

Astrid Irrgang ist stellvertretende Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

# »Die AKBP muss neu konzipiert werden«

Michelle Müntefering im Gespräch

Die Vorsitzende des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag, Michelle Müntefering, spricht mit Theresa Brühm über die Themen und Schwerpunkte dieser Legislaturperiode, zunehmende globale Herausforderungen und den Krieg in der Ukraine.

**Theresa Brühm: Frau Müntefering, Sie sind Vorsitzende des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag. Welche Themen möchten Sie in dieser Legislatur anstoßen? Welche Schwerpunkte gilt es zu setzen?**

Michelle Müntefering: Ja. Eine schöne und wichtige Aufgabe. Kreative Köpfe werden gebraucht und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) stellt als dritte Säule deutscher Außenpolitik die Beziehungen der Menschen – der Gesellschaften – zueinander her und in den Mittelpunkt. Wir spüren alle, diese Dimension der Außenpolitik darf nicht weniger, sondern muss mehr werden. Aber Austausch und Diskurs brauchen eine Offenheit, die schützenswert – und leider noch immer nicht selbstverständlich ist. Kultur ist der Raum, in dem wir einander begegnen. In dem wir auch ganz konkret an gemeinsamen Perspektiven auf diese Welt arbeiten.

Das wird angesichts der Zeitenwende noch mal an Bedeutung gewinnen. Der globale Systemwettbewerb zwischen Autokratien und Demokratien hat an Schärfe gewonnen. Es ist Krieg in Europa. Der Angriffs-

krieg Russlands gegen die Ukraine als Tiefpunkt europäischer Nachkriegsgeschichte zeigt auf dramatische Weise auch, dass die Lesart dieses eklatanten Bruchs des Völkerrechts nicht überall auf der Welt gleich ist.

Afrika und Asien wachsen außerdem immens, und gleichzeitig zielt die russische Propaganda vor allem in diese Teile der Welt.

Auch in Demokratien sehen wir tiefe Spaltungen in der Gesellschaft – das alles hat die AKBP verändert und verändert sie weiter. In den letzten Jahren haben wir Hilfsprogramme für Künstlerinnen, Wissenschaftler und Aktivistinnen ausgebaut, eine Entwicklung, die angesichts zunehmender Einschränkungen von Kunst- und Meinungsfreiheit nötig und richtig war. Jetzt muss die Strategische Kommunikation gestärkt werden. Es gilt auch, Demokratie und die ihr zugrunde liegenden Werte wie Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, die sich alle auch in einer vibrierenden Kultur widerspiegeln, zu verteidigen und auf dem globalen Marktplatz der Ideen offensiv zu vertreten – und zwar durch Aufklärung statt Propaganda.

Also: Die AKBP muss neu konzipiert werden – dieser Prozess hat in der letzten Legislatur im Auswärtigen Amt bereits begonnen – diesen Ball wollen wir im Parlament aufnehmen. Es braucht neue Schwerpunkte, etwa geografisch, neue Instrumente, um mehr ländliche Räume zu erreichen, und es braucht auch neue Strukturen – das stärkere Zusammenwirken von Innen und Außen.

**Zunehmende globale Herausforderungen wie Migration, Klimawandel und weltweite Krisen und Kriege wie derzeit in der Ukraine machen es notwendig, dass Innenkulturpolitik und Außenkulturpolitik konsequent aufeinander bezogen werden. Wie kann die zunehmende Verschränkung von Innen und Außen gewinnbringend gestaltet werden?**

Sie sagen es! Wir erleben tatsächlich das immer stärkere Ineinandergreifen von Innen- und Außenpolitik. In der Globalisierung werden die internationalen Zusammenhänge wichtiger, und ebenso das Konkrete, das Erleben vor Ort. Das gilt nahezu für alle Politikbereiche. Deswegen haben wir diese Spur auch im Koalitionsvertrag aufgenommen. Klar ist: Das Wissen aus der Welt wird auch in Deutschland gebraucht. Nehmen Sie etwa die Goethe-Institute oder die Lehrerinnen und Lehrer der Auslandsschulen. Ich wünsche mir, dass wir dieses Wissen und Können noch besser einsetzen – in einem Einwanderungsland, einem, das zudem auf Fachkräfte angewiesen ist, ist das auch eine sehr praktische und pragmatische Frage.

**Der Krieg in der Ukraine macht es deutlich: Sowohl die Osteuropaforschung als auch der Diskurs mit unseren Nachbarn im Osten wurde in den letzten Jahrzehnten nur sehr stiefmütterlich behandelt. Was gilt es zu tun, um dies wieder zu ändern?**

Vorsicht. Diese Formulierung kann auch den Eindruck erwecken, als wer-



Michelle Müntefering

de das Problem verschoben. Klar ist: Putin hat die Ukraine angegriffen – ihm sind Menschenleben egal, er ist einer der größten Kriegsverbrecher unserer Zeit.

Was den Dialog mit Osteuropa betrifft: Der Krieg in der Ukraine führt uns in Europa und der ganzen Welt gerade vor Augen, dass es in unserer Nachbarschaft eine junge Generation gibt, die in Freiheit, Frieden und Demokratie leben und sich nicht unterdrücken lassen will.

Den Dialog mit unseren Nachbarn in Osteuropa, den brauchen wir dringend, keine Frage. Deswegen haben wir mit großer Unterstützung des Bundestages das Programm Östliche Partnerschaft ausgebaut. Und: Die Osteuropaforschung wurde bereits seit 2014 gestärkt, indem wir das Zentrum für Osteuropastudien (ZOIS) gegründet haben. Das war eine direkte Reaktion auf die russische Annexi-

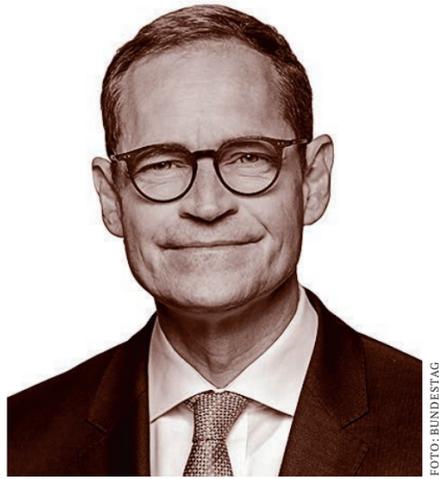
on der Krim und den Einmarsch in der Ostukraine. Aber wir werden den direkten Austausch mit unseren osteuropäischen Partnern und Verbündeten jetzt noch weiter intensivieren – das schlägt sich auch im Haushalt nieder, da haben wir als Parlament mit unseren Haushältern kräftig mitgeholfen: Alleine im Bereich des Auswärtigen Amtes sind es nun 1,1 Milliarden Euro, die wir in der nächsten Haushaltswoche beschließen.

**Vielen Dank.**

Michelle Müntefering ist Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretende außenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Theresa Brühm ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

# Was steht an in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik?

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen geben Auskunft



Michael Müller

## SPD

MICHAEL MÜLLER

In unruhigen außenpolitischen Zeiten ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) wichtiger denn je. Der russische Angriffskrieg hat einen grundlegenden Paradigmenwechsel der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingeleitet. Dabei darf die Wichtigkeit der AKBP als integraler Bestandteil deutscher Außenpolitik nicht in den Hintergrund geraten. Im Gegenteil: Internationale Kulturpolitik ist Friedenspolitik und muss daher gestärkt werden. Gerade in politisch schwierigen Zeiten ist es von großer Bedeutung, die kulturellen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern zu vertiefen. Wir müssen Verständnis schaffen, Vertrauen aufbauen und Kooperationen initiieren – nur so entstehen echte Austausch- und Verständigungsprozesse, die es zulassen, Frieden nachhaltig zu gestalten. Dabei bauen wir auf ein weltweites Netzwerk von Mittler- und Partnerorganisationen, das weiterhin gestärkt werden muss.

Wir befinden uns in einem zunehmenden Wettbewerb um konkurrierende Werte, Gesellschaftsmodelle und Narrative. In vielen Ländern werden die Freiräume für Kunst, Kultur und Wissenschaft zunehmend eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, dass wir den Zugang zu Kultur und Bildung weltweit ausbauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Forschung fördern. Wir wollen Brücken bauen und Freiheit stärken. Gleichzeitig gilt es, Menschen zu schützen, die in Kunst, Kultur, Medien, Wissenschaft oder auch als Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten bedroht sind. Wir arbeiten daher an Initiativen und Programmen, um diese Menschen zu unterstützen.

Nicht nur physische Freiräume sind für Austausch und Dialog essenziell, sondern auch die digitalen Freiräume. Kommunikation wird zunehmend ins Internet und in die sozialen Netzwerke verlagert. Diese globale Entwicklung schafft neue Möglichkeiten und Orte für Begegnungen, Bildung und Kulturaustausch. Auch wenn die Coronapandemie den Kulturbereich besonders hart getroffen hat, wurden genau hier auch viele Ideen für digitale Kulturangebote freigesetzt. Daher müssen wir die Digitalisierung der Kultur fördern.

Mit der Digitalisierung der Kommunikation wächst jedoch auch die Verbreitung von Propaganda und Desinformationen. Mit unserer internationalen Kulturpolitik setzen wir bewusst auf Bildung und Information und bauen unsere Strategische Kommunikation aus. Damit verhindern wir die Einflussnahme mittels Falschinformationen und vermitteln unsere demokratischen Werte.

Kommunen spielen zunehmend eine wichtige Rolle in der internationalen Kulturpolitik. Sie pflegen internationale Kulturbeziehungen mit anderen Kommunen und tragen zum Austausch und zur Verständigung bei. Ein zentrales Format bilden die Städtepartnerschaften. Die direkten Beziehungen zu Städten und Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen vielfältige Aktivitäten, Projekte und Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen wie Kultur, Jugend, Wissenschaft, Klimaschutz und Wirtschaft. Die Pandemie hat die Städtepartnerschaften enorm erschwert. Daher ist es wichtig, dass wir die engen Verbindungen zwischen den Städten wieder stärken und »urban diplomacy« weiter ausbauen.

Michael Müller ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obmann der SPD-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie Vorsitzender der Deutsch-Japanischen Parlamentariergruppe



Monika Grütters

## CDU/CSU

MONIKA GRÜTTERS

Zu Beginn der Legislaturperiode sind Ideen zur AKBP noch abstrakt. Gleichwohl liegen Herausforderungen auf der Hand: 1. Als Kulturstaatsministerin (BKM) war mir für den Regierungsentwurf eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die Kultur im Inland für 2022 um 10 Prozent gelungen, während der Etat für die AKBP im Gegensatz dazu in weit größerer Höhe gekürzt wurde. Ganz konkret folgt daraus, dass wir gleich zum Auftakt dieser Legislaturperiode für eine auskömmliche Finanzierung der Mittlerorganisationen kämpfen müssen. 2. Das aktuelle Kriegsgeschehen stellt viele gewachsene Verbindungen in Frage; gleichzeitig sehen wir uns einem Ansturm geflüchteter Menschen, auch vieler Künstlerinnen, Journalisten, Intellektuellen gegenüber. Das verlangt entschlossenes Handeln. Wir brauchen Stipendien und Lebenshilfen hier bei uns und vor Ort. Zum Glück können wir dabei auf ein dichtes Netz kultureller Beziehungen und Institutionen zurückgreifen. 3. Eine kluge Verzahnung der Innen- und Außenkulturpolitik bleibt eine Herausforderung. Die Diskussionen um die Rückgabe der Benin-Bronzen hat gezeigt, wie Auswärtiges Amt (AA) und BKM zusammenwirken können. Die in meiner Zeit als Staatsministerin entwickelte Nationale Strategie zur Rückgabe hat die verstreuten Akteure in Deutschland zusammengebracht.

Allerdings gehört neuerdings zum guten Ton, Grenzen und Nationalstaaten mit Blick auf Globalisierung und Migration für obsolet zu erklären. Den »kulturnationalen Ansatz« hält man für einen Anachronismus; man müsse ihn überwinden – woraus sich dann auch gleich die Zuständigkeit des Außenministeriums für die Kulturpolitik ableiten lässt.

Das sehe ich anders. Denn Grenzen und Nationalstaaten definieren Rechtsräume und Zugehörigkeiten, die Voraussetzung für interkulturelle Verständigung sind. Die Forderung nach einer »Überwindung des Nationalen« in der Kulturpolitik ist kein Ausweis von Weltoffenheit, sondern von politischer Kurzsichtigkeit, die die Sehnsucht nach Zugehörigkeit, das Bedürfnis nach Zusammenhalt, Sicherheit, Verbindlichkeit und geistigen und kulturellen Wurzeln übersieht.

Diese Bedürfnisse stehen nicht im Widerspruch zu Weltoffenheit und Toleranz – jedenfalls dann nicht, wenn wir immer wieder willens sind, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Kulturpolitik muss Bindung und Weltoffenheit gleichermaßen fördern: das Bewusstsein der eigenen Identität – Klarheit darüber, was uns ausmacht als Europäer, aber auch als Deutsche. Denn nur wer das Eigene kennt und wertschätzt, kann auch dem Fremden Raum geben, ohne sich dadurch bedroht zu fühlen, und nur, wer sich begründet abgrenzen kann, ist imstande, die eigenen (demokratischen) Werte zu verteidigen.

Überall dort, wo wir den Kulturaustausch systematisch praktizieren, hat das nachhaltige, positive Auswirkungen auf das jeweilige bilaterale Verhältnis. Der lebendige Dialog stärkt und vertieft die Beziehungen zu anderen Gesellschaften, Staaten und Menschen.

Mit einem dynamischen Kulturaustausch stellen wir nicht nur unser Land einem anderen vor, sondern im Gegenüber mit dem Anderen setzen wir uns auch immer wieder aufs Neue mit unserer eigenen Identität auseinander. Die Akzente unserer AKBP werden so auch zu einem wichtigen Bestandteil heimischer Integrationspolitik, die ja nicht zuletzt auch von Intellektuellen, von Künstlern und Schriftstellern geleistet wird.

Monika Grütters ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und ehemalige Kulturstaatsministerin



Erhard Grundl

## B. 90/Die Grünen

ERHARD GRUNDL

Mein Russland ist im Gefängnis«, sagt Maria Aljochina. Die Lead-Sängerin der Punkband Pussy Riot ist wie viele andere russische Künstlerinnen, Künstler und Medienschafter jetzt im Exil. Sie selbst sagt, dass sie on tour ist, denn sie will zurück. Sie weiß, wie wichtig es ist, Widerstand zu leisten auch gegen Putins Propagandakrieg gegen Kunst- und Pressefreiheit und eine kritische Zivilgesellschaft.

Jetzt geht es darum, diesen Stimmen weiter Gehör zu verschaffen. Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat eine Taskforce Ukraine eingerichtet. Mehr als 20 Millionen Euro sind derzeit zusätzlich im Haushalt eingestellt für Stipendien, Residenz-Programme und temporäre Arbeitsmöglichkeiten für Kultur- und Medienschafter aus Russland und der Ukraine. So wird der JX Fonds von Reporter ohne Grenzen und anderen unterstützt. Ein Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine ist entstanden, zur Sicherung von Kulturgut in Orten wie Kiew, Lwiw und Odessa. Schließlich richtet sich dieser Krieg gegen die körperliche und seelische Unversehrtheit der ukrainischen Bevölkerung, aber auch gegen ihre Kultur.

Die im Kriegsfall benötigte schnelle Hilfe baut dabei auf den Netzwerken der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) auf. Dazu gehören generell Schutzprogramme für Künstlerinnen, Künstler, Journalistinnen und Journalisten im Exil, ebenso wie der Schutz von Kulturoorten und -gütern in kriegerischen Auseinandersetzungen sowie vor den Folgen des Klimawandels. Und das nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Die AKBP gilt als dritte Säule der Außenpolitik. Tatsächlich sind es die oft unterschätzten Soft Skills – die Gesprächskultur, der kulturelle Austausch, das gemeinsame Lernen, der Spracherwerb, der Zugang zu Information – die Annäherung und Verständnis schaffen. Dazu gehören Städtepartnerschaften, wobei gerade Länder und Kommunen viele Verbindungen ins Ausland über den regionalen Sport- und Kulturaustausch haben. Diese Verbindungen sollen enger verzahnt werden im »Plenum der Kulturen«, so Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Dazu gehören auch die Deutschen Auslandsschulen, die weltweit 158 Goethe-Institute, der akademische Austauschdienst DAAD, ebenso wie das Netzwerk von Partnerschulen (PASCH). Viele Kulturinstitutionen haben derzeit ihre Arbeit in Russland und der Ukraine eingestellt. Das Goethe-Institut ist weiter vor Ort, auch wenn die Arbeit immer schwieriger wird.

Insgesamt finden sich die großen Themen unserer Zeit auch in der auswärtigen Kulturpolitik wieder. Zu gehören auch Gender- und Diversitätsfragen. Wenn Außenministerin Baerbock die feministische Außenpolitik als zentrales Ziel bezeichnet, dann gilt dies auch für die auswärtige Kulturpolitik, insbesondere für das Recht auf Gleichberechtigung und Ausbildungschancen. Ein wichtiges Ziel für die AKBP ist die Erinnerungskultur, insbesondere der Umgang mit Sammlungen aus kolonialem Kontext sowie der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsgesellschaften.

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat vieles zerstört, das lange als selbstverständlich galt. Umso wichtiger ist die AKBP heute für die Resilienz demokratischer Gesellschaften und ihre Gemeinschaft. Sie stärkt diejenigen, die für Demokratie und Freiheit eintreten. In dieser Zeit brauchen sie dafür alle Kraft, allen Mut und sie verdienen alle Unterstützung, die sie bekommen können.

Erhard Grundl ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Sprecher für Kulturpolitik und Medien der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



FOTO: JANNIK IURK

Thomas Hacker

## FDP

### THOMAS HACKER

Vielleicht kennen Sie die Comedyserie »Das Institut«? In der fiktiven Hauptstadt Kallalabad versuchen sich sechs Mitarbeiter eines (ebenfalls fiktiven) deutschen Sprach- und Kulturinstituts an der Kulturdiplomatie der Bundesrepublik Deutschland. Zum Tag der Deutschen Einheit lädt man mit Halal-Naschwerk und Hüpfburg, diskutiert über den literarischen Wert von Brigitte Reimann und Thomas Bernhard oder erklärt den Einheimischen natürlich die Verwendung unregelmäßiger Verben. Ständig konfrontiert mit Schließung des Standorts. Diese Persiflage auf das Goethe-Institut muss man nicht mögen, sehenswert ist sie aber auf jeden Fall. Denn sie macht deutlich, dass Auswärtige Kulturpolitik ihren Stellenwert als »dritte Säule« deutscher Außenpolitik permanent neu behaupten muss.

»Es genügt nicht mehr, auf das eigene kulturelle Leitbild zu verweisen, gewachsene Strukturen einer ausufernden Vielfalt von Zuwendungsempfängern und föderalen Koordinationsinstanzen werden den Herausforderungen nicht gerecht«, beschreibt Günther Maihold, Vize-Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, die zentralen Herausforderungen Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) im 21. Jahrhundert. Dies kann ich nur bejahen: In einer digital-globalisierten Welt muss sich die kultur-geleitete Vermittlung von Werten und Normen an neuen Realitäten orientieren und bewährte Mechanismen auch in digitale Räume überführen.

In der gemeinsamen Regierungskoalition von FDP, SPD und Grünen wollen wir auch in der internationalen Kulturpolitik mehr Fortschritt wagen. Ihr klarer Status als dritte Säule unserer Außenpolitik bestimmt die Notwendigkeiten unseres Angebotes für eine europäische und weltweite Werte- und Verantwortungsgemeinschaft. Als Ampel wollen wir die Auswärtige Kulturpolitik daher stärken, durch umfassende Nachhaltigkeits-, Diversitäts- und Digitalstrategien ergänzen und zugleich flexibilisieren. Immer auf europäischer Ebene eng abgestimmt. Dabei wollen wir selbstverständlich keinen Kulturimperialismus betreiben, aber selbstbewusst für unsere europäischen Werte werben.

Nicht allein die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine zeigen, dass die geschätzte Arbeit der Mittlerorganisationen, vor allem des Goethe-Instituts, des DAAD, der Humboldt-Stiftung, des Deutschen Archäologischen Instituts und des Instituts für Auslandsbeziehungen, einen verlässlichen politischen Partner an ihrer Seite braucht. Sie verfügen über das notwendige Know-how, in der kulturellen Bildung auch hierzulande neue Präsenzformate zu ermöglichen und den Aufbau einer digitalen europäischen Kulturplattform zu realisieren.

Um die globalen Transformationsprozesse mitzugestalten und Deutschland als verlässlichen Partner zu positionieren, werden wir selbstverständlich genauso an der Seite bedrohter Medienvertreterinnen und Medienvertreter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kunstschaffender, Anwältinnen und Anwälte sowie Studierender stehen wie wissenschaftliche Exzellenz durch Vernetzung, Kooperationen und Förderung unterstützen.

Thomas Hacker ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Obmann der FDP-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags



FOTO: MATTHIAS MOOSDORF

Matthias Moosdorf

## AfD

### MATTHIAS MOOSDORF

Deutschland investiert sehr viel Geld in eine neue, überarbeitete Sicht auf sich selbst. Dabei sind unsere Geschichte, unsere Werte und Errungenschaften einzigartig, oft Vorbild für andere Kulturen und Gesellschaften weltweit. Die Zahl der deutschen Welterbestätten übersteigt die aller anderen Länder beträchtlich. Auch das Modell unseres Zusammenlebens, Recht, Demokratie, soziale Solidarität, war oft beispielgebend. Was wir jedoch kommunizieren, hat paradoxerweise mehr mit Schuld und Selbstverleugnung zu tun – bis hin zur Aufgabe der eigenen Verfasstheit zugunsten eines fragwürdigen Europamodells.

Dabei ist doch gerade unser bewegter und gewachsener Kontinent ein Beispiel für Vielfalt und Streben. Heimat und Kultur sind natürlich nationale Herzensangelegenheiten. Keine Zukunft ohne Herkunft. Aus meiner Erfahrung in über 65 Ländern ist das eine weltweite Maxime. Lasst uns aufhören mit der Belehrung der Welt: Sind unsere Werte gut, werden sie sich durchsetzen. Im Moment schwindet dieser Zuspruch.

Alle gesellschaftlichen Großprojekte, von der Energiewende bis zur Transformation zur Elektromobilität, von der multikulturellen Welt bis zur Eurorettung, von der Willkommenskultur bis zur Klimarettung aus deutscher Kraft und Gründlichkeit, sind fast ohne Bezug zu Machbarkeit und Realität geplant. Schon unsere unmittelbaren Nachbarn folgen uns nicht, von der Welt gar nicht zu reden. Eine wertebasierte Außenpolitik fliegt uns gerade in unserer unmittelbaren Nachbarschaft um die Ohren. Die »selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft« ist ein Menetekel unserer verzerrten Wahrnehmung.

Neue deutsche Sonderwege aber brauchen wir nicht – hier hat Skepsis nichts mit Spaltung zu tun, sondern mit gesundem Menschenverstand. Hier sind inszenierte »Macher« oft nur ideologiegetriebene Aktionisten. Wohin derlei Experimente führen, haben wir im letzten Jahrhundert leidvoll erfahren müssen.

Im weltweiten Ranking der besten Universitäten hingegen tauchen wir unter den ersten 50 nicht mehr auf. Die Bildung, Basis unseres Ansehens in der Welt, schwindet. Statt Investitionen in Zukunft und Visionen stecken wir in der Suche nach Geschlechteridentitäten fest. Von einem Land, welches über Jahrhunderte Geschichte geschrieben hat, rutschen wir in die Beobachterrolle. Wer wenn nicht wir sollte das Wissen um die wechselseitige Bedingtheit von Freiheit und Verantwortung in die Welt tragen. Denken und Meinungen brauchen Offenheit – keine Schablonen von Gefolgschaft.

Bei der – völlig sinnvollen – Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes dürfen wir nicht verkennen, dass viele zivilisatorischen Marksteine noch heute Orientierung bieten. Kooperationen sind viel nachhaltiger als einmalige Symbolakte von gesinnungsethischer Wiedergutmachung.

Wir müssen zu einer normalen Politik zurückfinden. Pragmatisch, respektvoll auch gegenüber anderen Lebensmodellen als dem westlichen. Heimat ist dort, wo man sich nicht erklären muss. Daraus erwächst unsere Kraft. Diese Welt wollen wir bewahren.

Matthias Moosdorf ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obmann der AfD-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestags



FOTO: SEVIM DAĞDELEN

Sevim Dağdelen

## Die Linke

### SEVIM DAĞDELEN

Im Angesicht von Krieg, Blockdenken und wachsenden geopolitischen Spannungen läuft die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) Gefahr, zunehmend ins Hintertreffen zu geraten.

Dabei müsste deren Aufgabe insbesondere in diesen Zeiten darin bestehen, als Mittel der Friedenspolitik einen Beitrag zu Völkerverständigung, Versöhnung und Friedenssicherung zu leisten. Die Kürzung der finanziellen Mittel für die AKBP sowie die Stagnation bei humanitärer Hilfe und Krisenprävention im Haushalt für das Jahr 2022 bei gleichzeitiger Verabschiedung der 100-Milliarden-Hochrüstung gehen daher in die völlig falsche Richtung.

Vieles deutet zudem darauf hin, dass die Ampel-Koalition den Kurs der Vorgängerregierungen im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik fortsetzen wird. Als »dritte Säule« deutscher Außenpolitik stand diese in den letzten Jahren zunehmend im Zeichen von »Soft Power«, also der nicht-militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen. Schon allein deshalb sind die scharfen Attacken auf die Konfuzius-Institute in Deutschland nie frei von Doppelmoral. Anstatt internationalen Kulturaustausch als Instrument im »Wettbewerb der Systeme« zu missbrauchen, setzt sich die Fraktion Die Linke für Austausch auf Augenhöhe ein. Hierfür bedarf es zuvorderst einer kritischen Reflexion und Entkolonisierung der öffentlichen Erinnerungskultur in Deutschland.

Wie sehr deutsche Außenpolitik nach wie vor von kolonialen Denkmustern geprägt ist, hat der Umgang der vorherigen schwarz-roten Bundesregierung mit Namibia im Rahmen der Verhandlungen um ein »Versöhnungsabkommen« eindrücklich gezeigt. In diesem verweigert die Bundesregierung auch nach über 100 Jahren Völkermord an Herero, Nama, Damara und San eine uneingeschränkte Anerkennung der Verbrechen als Völkermord. Währenddessen verkauft sie ihre Fortsetzung der – nicht ganz uneigennützig – »Entwicklungshilfe« durch das im Kolonialstil diktierte Abkommen als großzügige »Entschädigung«. Dass die über 30 Jahre gestreckten Zahlungen gerade einmal das 1,5-Fache der Kosten des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlösses der Hohenzollern betragen – also der Dynastie, die mit Wilhelm II. den letzten deutschen Kaiser stellte, in dessen Namen der Völkermord verübt wurde, ist dabei eine bittere Ironie der Geschichte.

Die Aussöhnung mit Namibia muss ein Startpunkt sein für die Aufarbeitung weiterer deutscher Kolonial- und Kriegsverbrechen, wie etwa der Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstands in der Kolonie Deutsch-Ostafrika, des Widerstands der Sokehs auf den Karolinen-Inseln, der Maka in Kamerun, den Massenvergewaltigungen in Togo, Zwangsarbeit und Prügelstrafen auf Samoa oder dem Kolonialkrieg gegen China. Aus dieser historischen Verantwortung gilt es, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und die deutsche Außenpolitik auf allen Ebenen zu entkolonisieren.

Sevim Dağdelen ist Mitglied des Deutschen Bundestags, Obfrau der Fraktion Die Linke im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie Sprecherin für Internationale Beziehungen und Abrüstung

# Ein Jahr in der Herzkammer der Demokratie

Marion Eichmann im Gespräch

Ein Jahr lang arbeitete Marion Eichmann im Auftrag des Kunstbeirats in den Häusern des Parlaments. Entstanden sind dabei mehr als 100 Papierschnitte, Collagen und Zeichnungen, die das Parlament aus ungewohnten Blickwinkeln zeigen. Im Gespräch mit Cornelia Kunkat berichtet sie über ihre Arbeiten und die Ausstellung »Sight. Seeing. Ein Jahr in der Herzkammer der Demokratie«.

weil der Kunstbeirat insbesondere meine objekthaften Arbeiten so schätze. Ich habe unmittelbar zugesagt. Mit Arbeitsbeginn bekam ich aber auch wieder sehr großen Respekt vor dem Auftrag, bin kilometerlange Strecken durch die Gebäude gelaufen und wusste gar nicht, wo ich anfangen soll. Es war ja alles möglich. Aber ich habe das Haus in diesem Jahr so gut kennengelernt, dass ich zum Schluss

Orten stehen, wie jetzt auch wieder, und ich sehe das plötzlich mit ganz anderen Augen.« Ich denke, das spiegelt sich auch in meinen Arbeiten wider – sie zeigen einen Blick hinter die Kulissen, sie zeigen Gegenstände, die man nicht unbedingt erwartet, wenn man an das Reichstagsgebäude denkt. Ich habe versucht, auch untypische Dinge rauszufiltern, wie einen Hubwagen, die Sporthalle, Bewachungs-

**Der Bundestag war für mich wieder ein absolut fremder Ort, dem ich versuchte, neutral und bewusst nicht politisch zu begegnen, um keine Wertung vorzunehmen und einen freien Blick auf die Räume zu bekommen**

**Wo werden die Bilder im Bundestag zu sehen sein?**

Sie werden bis Mitte September im Reichstagsgebäude gezeigt, und zwar in der Abgeordnetenlobby. Ein kleiner Teil wird parallel in der Galerie Tammen gezeigt, danach gehen viele Arbeiten weiter nach Brüssel.

**Und wird es weitere Ankäufe geben vom Deutschen Bundestag?**

Ja, das ist eine schöne Frage. Und ich muss lachen, weil ich ursprünglich gefragt wurde, ob ich vor Ort arbeiten kann, damit der Bundestag noch einmal eine große Arbeit ankaufen kann und vielleicht zwei, drei kleine. So fing es an. Dafür gab es einen Vertrag. Als aber dann nach Wochen der Kunstbeirat sah, was da alles passiert, hieß es ganz schnell: »Oh, das Projekt müsste verlängert werden.« Nun wird es wohl so kommen, dass der Bundestag mehr Arbeiten ankaufen wird, die dann auch im öffentlichen Raum hängen.

**Vorhin hatten Sie erwähnt, dass Ihre hier entstandenen Bilder keine politische Arbeit sind und Sie bewusst versuchten, allem Inhaltlichen gegenüber neutral zu bleiben. Wenn Sie jetzt in der Zeitung über Entscheidungen der Parlamentarier lesen, laufen bei Ihnen dann andere Filme ab als früher?**

Ja, natürlich. Wenn ich die Nachrichten sehe, kann ich das alles räumlich genau zuordnen. Die Aufmerksamkeit für dieses Gebäude werde ich sicher lange in mir tragen. Und es freut mich auch, dass die Ausstellung in der Abgeordnetenlobby stattfindet, weil dort wirklich jeden Tag auch die Abgeordneten wählen, in den dortigen Wahlkabinen.

**Haben Künstlerkolleginnen oder -kollegen von Ihnen auf das Projekt irgendwie besonders reagiert?**

Ich muss sagen, dass ich schon seit vielen Jahren gar nicht so was Großes daraus mache. Ich bin nach außen eigentlich sehr still und ziehe mich eher zurück, um die Arbeit auch gut machen zu können – denn darum geht es ja, sich mit einer Sache intensiv zu beschäftigen.

**Zum Stichwort »Abgrenzung« – haben Sie künstlerische Vorbilder, hat sich das im Laufe der Zeit verändert oder verflüchtigt?**

Eigentlich eher nein, ich habe keine Vorbilder im eigentlichen Sinne. Natürlich habe ich immer mal Dinge gesehen, die ich toll fand, es gibt auch viele Künstler, die ich sehr, sehr schätze, aber ich hole mir meine Inspiration tatsächlich eher von Flohmärkten oder Schrottplätzen.

**Also mehr vom Objekt.**

Vom Objekt, ja. Ich mache mir keine Gedanken über mögliche Vorbilder. Ich muss jetzt auch nicht ins Museum gehen, um Inspirationen zu bekommen. Ich habe da einen ganz festen Standpunkt, weil ich weiß: Man muss sich alles selber erarbeiten. Deshalb ist es für mich persönlich sehr wichtig, dass man das Zeichnen erlernt. Dieses Schauen ist wichtig, dieses wirklich Sehen lernen. Und dann entstehen durch das Arbeiten immer mehr Ideen, und durch die Ideen kommt man ins Machen und so läuft das immer weiter. Und das jetzt seit über 20 Jahren.

**Vielen Dank.**

Marion Eichmann studierte an der Universität der Künste Berlin und der Kunsthochschule Berlin Weißensee. Längere Arbeitsaufenthalte führten sie nach Tokio, New York und Istanbul. Besondere Aufmerksamkeit erhielt 2017 ihre Rauminstallation *Laundromat auf der art KARLSRUHE* und im Haus am Lützowplatz/IG Metall-Haus, Berlin. 2019 wurde ihr der Kunstpreis Münsterland überreicht. Cornelia Kunkat ist Referentin für Frauen in Kultur und Medien beim Deutschen Kulturrat

Am 1. Juni startet die Ausstellung in der Abgeordnetenlobby des Reichstagsgebäudes.



Marion Eichmann »Bundestag« 2021, 85,5 x 220 x 4, Papier auf Papier, Ölpastell, Graphit, Buntstift

**Cornelia Kunkat: Frau Eichmann, am 1. Juni eröffnet Bundestagspräsidentin Bärbel Bas Ihre Ausstellung »Sight. Seeing. Ein Jahr in der Herzkammer der Demokratie«. Sie haben über 100 Papierarbeiten angefertigt und dafür das vergangene Jahr im Deutschen Bundestag verbracht. Wie gehen Sie bei Ihren Arbeiten vor? Wie kommt es von der Beobachtung zur dreidimensionalen Papierarbeit?**  
Marion Eichmann: Ich bin grundsätzlich nicht auf der Suche nach einer Sache, sondern ich gehe los, lege dann Stopps ein, weil ich denke, das könnte jetzt spannend aussehen. Habe ich mein Skizzenbuch dabei, fange ich gleich an zu zeichnen. Egal, wo. Es kann alles sein. Ich messe auch manchmal Dinge mit den Füßen ab, um die Maßstäblichkeit zu erfassen. Im Berliner Atelier fange ich dann an und entscheide, ob ich in die Zeichnung, ins Malerische oder ins Objekthafte gehen möchte.

**Als Bundesbürgerin und langjährige Berlinerinnen hatten Sie sich sicherlich bereits ein Bild vom Deutschen Bundestag gemacht. Wie war es dann für Sie, ein gesamtes Jahr in den diversen Innen- und Außenräumen zu arbeiten? Hat sich Ihre Vorstellung vom Deutschen Bundestag gewandelt?**

Ja, das ist eine gute Frage. Zunächst gab es bis zum Arbeitsbeginn viele Zwischenstationen. 2015 hat der Bundestag zwei meiner Arbeiten erworben. 2020 wurde ich von der Kuratorin Kristina Volke eingeladen, und bin mit ihr durch das Paul-Löbe-, Marie-Lüders- und Jakob-Kaiser-Haus gegangen. Am Ende stellte sie mir die Frage, ob ich mir vorstellen könne, hier einmal zu arbeiten,

ob ich jetzt da oder in meinem Atelier arbeite, das spielt gar keine Rolle mehr.

**Wegen der Coronapandemie waren natürlich weniger Parlamentarier vor Ort. Wie haben sie auf Ihre Arbeiten reagiert?**

Dadurch, dass ich keine Porträts machen sollte, sondern objekt- und raumbezogen gearbeitet habe, war der Umgang unkompliziert. Ich habe die Neugier der Abgeordneten und auch des Sicherheitspersonals bemerkt, aber es ist schon ein Unterschied zu meinen anderen Projekten, die städtebezogen sind. Da bin ich eher umringt von Menschen, die mir bei der Arbeit zuschauen. Dort war alles sehr zurückgehalten, wobei ich auch vermeiden habe, während der Sitzungswochen vor Ort zu sein.

**Ich habe im Katalog gelesen, dass der Bundestag ganz bewusst ein Ort für zeitgenössische Kunst sein soll, um damit Inspiration, Nachdenken und Perspektivwechsel in das Haus zu bringen. So gab es auch eine offizielle Einladung an die Parlamentarier, Ihnen bei der Arbeit zuzuschauen und ins Gespräch zu kommen. Hatten Sie das Gefühl, dass Ihr Arbeiten dort und Kunst im Allgemeinen die Parlamentarier bewegt?**

Ja, ich glaube schon. Einige Leute haben die Zeit genutzt, und ich kam in Gespräche, auch mit Claudia Roth. Eine andere interessante Begebenheit gab es gleich zu Beginn: Anfangs bin ich immer mit Begleitung durchs Haus gelaufen, einem Juristen. Nach zwei Stunden sagte er zu mir: »Frau Eichmann, ich habe noch nie so viel wahrgenommen. Sie bleiben an so vielen

kameras oder beklebte Straßenschilder, und nicht nur eine schöne Ansicht von dem Außengebäude.

**Bei Ihren früheren Arbeiten fällt mir auf, dass die Orte, an denen Sie gearbeitet haben, Tokio, Istanbul oder New York, Ihren Strich, Ihre Kolorierung und Dreidimensionalität beeinflusst haben. Es entstanden unterschiedliche Atmosphären und Objektstile. Hat Ihr Jahr im Bundestag ebensolche Einflüsse auf Sie gehabt?**  
Also ich glaube, verändert hat sich meine Arbeit nicht, aber es ist etwas dazugekommen. Denn alles, was vorher war, nehme ich ja quasi mit. Aber der Bundestag war für mich wieder ein absolut fremder Ort, dem ich versuchte, neutral und bewusst nicht politisch zu begegnen, um keine Wertung vorzunehmen und einen freien Blick auf die Räume zu bekommen.

Anfangs ist es immer so, dass ich die Hauptmerkmale rausfiltere. Auffällig waren für mich die Ruhe und die räumlichen Dimensionen. Von der Farbigkeit ist ja alles sehr, sehr dezent oder in Grau gehalten. Dafür spielt das Licht immer eine entscheidende Rolle. Insofern hat mich die Architektur des Gebäudes überwältigt. Und daher habe ich mich intensiv mit der Zeichnung, mit der Perspektive, mit der Architektur auseinandergesetzt. Ich habe versucht, in der Linienführung mit dick, dunkel oder leichten Linien, etwas rauszukitzeln. Insofern kann ich schon sagen, dass diese Auseinandersetzung mit Architektur eine absolute Erweiterung darstellt und mich sehr bereichert hat. Und ich glaube, dass jetzt auch ein guter Zeitpunkt dafür war, weil ich wahrscheinlich vor fünf Jahren so weit noch nicht gewesen wäre, in solchen Dimensionen zu arbeiten.

# Über Nacht ist alles ganz anders

Zur Geschichte des Goethe-Instituts

JOHANN MICHAEL MÖLLER

In diesen beunruhigenden Zeiten reden wir viel über Waffen und geostrategische Fragen, aber erstaunlich wenig über Kultur, die unter Schönwetterbedingungen gerne als die dritte Säule der außenpolitischen Beziehungen unseres Landes gehandelt wird. Was hört man von den großen Kulturinstitutionen, die in ihrer Arbeit von der Situation im Osten Europas unmittelbar betroffen sind? Dem Goethe-Institut etwa, das sich ja nie als ein Instrument nationaler Repräsentationskultur verstanden hat und seit sieben Jahrzehnten seine sensiblen Führer in die Welt hinausstreckt.

Unlängst hat sich Kathinka Dittrich von Weringh noch einmal zu Wort gemeldet, eine der großen Kulturbotschafterinnen unseres Landes in den 1980er, 1990er Jahren. Sie hat davor gewarnt, jetzt alle Verbindungen nach Russland abreißen zu lassen und das Land, seine Menschen, seine Kultur der brutalen Aggressionspolitik Putins zu überlassen. Sein Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg gegen den Wandel im eigenen Land. Kathinka Dittrich hatte bald nach dem Mauerfall das erste Moskauer Goethe-Institut gegründet, und wer ihre vor wenigen Jahren im Dittrich Verlag erschienenen Lebenserinnerung liest, spürt noch immer jenen Geist der Freiheit und des Aufbruchs, der damals den

Osten durchzog. Man darf dem Trugschluss eben doch nicht erliegen, dass das schreckliche Ende aller Illusionen, das wir heute erleben, schon damals seinen unvermeidlichen Ausgang nahm. »Wann vergeht Vergangenheit?« hat sie in ihren Lebenserinnerungen gefragt. Man kann ihr heute die bittere Gewissheit geben: offenbar nie.

Es war eine noble Geste der neuen Präsidentin des Goethe-Instituts, Carola Lentz, zum 70-jährigen Jubiläum des Hauses im vergangenen Jahr, noch einmal einige jener prägenden Gestalten zu Wort kommen zu lassen, auf denen das Ansehen des Instituts bis heute beruht. An die Gründergeneration nach dem Krieg wird man sich kaum noch erinnern können, aber sie haben die nie unumstrittene Distanz zur offiziellen Politik schon damals begründet. Das ist die besondere Handschrift geblieben.

Die unvermeidlichen Kämpfe darum kann man im Buch von Carola Lentz und ihrer Co-Autorin Marie-Christin Gabriel über die Geschichte des Goethe-Instituts nachlesen (Klett-Cotta Verlag), das mehr sein will als nur eine Festschrift aus gegebenem Anlass. Man kann darin auch das ernsthafte Bestreben der neuen Präsidentin sehen, sich eine Vorgeschichte zu eigen zu machen, mit der sie als Hochschulprofessorin und Afrikanistin nicht von Haus aus vertraut war. Feldforschung im eigenen Betrieb ist keine ganz unheikle Sache und man spürt, dass sie Vertrautheit herstellen will, wo es diese vielleicht noch nicht gibt. Denn es war

schon ein kulturpolitisch unüberhörbares Statement, eine Ethnologin zu beauftragen, die mit den Emanzipationsprozessen im globalen Süden vertrauter war als mit dem eingespielten Kulturbetrieb im arrivierten Norden.

Auf den verliebten Schwanengesang der Generation 68 hätte man allerdings gerne verzichten können. Manche Kontroversen von damals wirken inzwischen verpöht. Und der zahllos gewordene konservative Wolf frisst längst keine politischen Rotkäppchen mehr. Natürlich waren die Goethe-Institute – und man muss das im Plural sagen – immer auch ein getreuliches Abbild ihrer Verhältnisse. Aber die alte Glaubensfrage, in welche Richtung man sich überhaupt einmischen dürfe, ist im Zeitalter transkultureller Durchdringungen und



diverser Projekte längst schon entschieden. Die frühen Zweifel an der Legitimität kultureller Repräsentation – lange vor den heutigen Postkolonialismusbatteln – zählen allerdings zum intellektuellen »Tafelsilber« dieser Institution. Dass man sich dabei zugleich auch als Rückwirkungsagentur auf das eigene Land verstand, gehört zum Selbstverständnis des Goethe-Instituts bis heute.

Umso erstaunlicher ist der andere rote Faden, der sich durch die Geschichte des Hauses zieht, seine Finanzlage, die häufig prekär war. Man will es einfach nicht glauben, dass eine reiche Kulturturnation wie die unsere, ihre mitunter wichtigsten kulturellen Botschafter so an der finanziell kurzen Leine hielt. Die

Distanz zur Politik war mitunter teuer erkauft, und mit der eigenwilligen kulturellen Außenvertretung machte man sich nicht nur Freunde. Immer wieder stößt man in der 70-jährigen Geschichte des Goethe-Instituts daher auf den Zwang, abwägen zu müssen, in welcher Weltgegend man sich mehr engagiert und wo nicht. Man kann diese merkwürdige deutsche Weltblindheit, gegen die das Goethe-Institut immer stand, gerade wieder an der Universität Halle sehen, wo nicht nur die klassische Indologie zur Disposition gestellt wird, sondern eine moderne Südasienskunde, in deren Zuständigkeit eine der stärksten Wachstumsregionen der Welt gehört.

Die Quittung für solche eingeschränkten Sichtweisen bekommt Europa und gerade Deutschland doch mit der dramatischen Entwicklung in der Ukraine. An warnenden Stimmen fehlte es nicht. Dass die im Osten Europas wiedererwachte Geschichte in den letzten Jahrzehnten so gänzlich anders verlaufen ist, als wir hofften, ist eine bittere Tatsache. Aber von einer überraschenden Zeitenwende zu sprechen, zeigt nur wie wenig wir zuvor wahrnehmen wollten. Dass solche Entwicklungen über manche Bücher hinwegschwappen, noch bevor man sie richtig zur Kenntnis nimmt, ist ein Schicksal, das auch diese jüngste Geschichte des Goethe-Instituts nicht verschont. Über Nacht ist eben alles ganz anders. Was gestern noch zukünftig schien, bestimmt heute die Vorkriegsdebatten. Der Blick in den globalen Süden; die Diskurse um koloniales Erbe und postkoloniale Verantwortung; die Kämpfe um eine sich immer diverser verstehende Gesellschaft; das alles wird überrascht von einem Geschehen, das in keine unserer heutigen Vorstellungswelten passt. Nicht Putins Angriff und der Umstand, dass er ihn

riskierte, ist das wirklich Unerhörte an diesem Krieg, sondern der unerwartete Widerstand der Ukraine, in dem sich vor unser aller Augen die Selbstfindung einer jungen Nation vollzieht. Für fast nichts, was wir dort sehen, hatten wir im postmodernen Gesellschaftsdiskurs die zureichenden Begriffe parat: für das Heldentum nicht, mit dem sich die jungen Ukrainer wehren, für ihre Heimatliebe, ihren Nationalstolz, ihren Freiheitswillen und das Beharren auf einer eigenen, demokratischen Zukunft. Man könnte fast ketzerisch sagen: Was die deutschen Kritiker um Alice Schwarzer wohl am meisten irritiert, ist nicht der Krieg Putins, sondern dass sich die Ukrainer gegen ihn wehren.

Wenn man in den Fußnoten des Buchs von Carola Lentz über das Goethe-Institut blättert, dort auf die üblichen Perspektiven einer postnationalstaatlichen oder eigentlich postnationalen Kulturpolitik trifft und Forderungen, wie der nach einer »Entheimatisierung« von Heimat, dann ahnt man etwas von der Verständnislosigkeit, die unser Verhältnis zur Ukraine bestimmt. Wenn jedoch die Fähigkeit, sich dem historischen Wandel gegenüber zu öffnen, tatsächlich zum Grundbestand des Goethe-Instituts gehört, dann wird man den aktuellen Überzeugungskanon dort baldmöglichst einer kritischen Überprüfung unterziehen müssen. Carola Lentz hat am Schluss ihres Buches die dringlichsten Handlungsfelder benannt. Sie wird sie um die neuen Erkenntnisse aus dem Krieg gegen die Ukraine erweitern müssen, wenn ihr Institut nicht in jenem transnationalen Meinungsstrom weiterschwimmen will, den es so gar nicht mehr gibt.

Johann Michael Möller ist freier Publizist



Zeitraum 17.03. – 07.06.2022

Prämierung im Oktober 2022

Preise

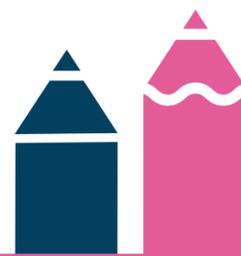
1. Preis: 5.000 €
2. Preis: 3.000 €
3. Preis: 1.000 €
4. bis 10. Preis: je 500 €

[schreibwettbewerb-lchaim.de](https://schreibwettbewerb-lchaim.de)  
#jüdischerAlltag

Schreibwettbewerb

## L'Chaim: Schreib zum jüdischen Leben in Deutschland!

Jetzt mitmachen!



# »Medien und Informationen müssen für jeden zugänglich sein«

Öffentliche Bibliotheken in einer zunehmend digitalisierten Welt: Volker Heller im Gespräch

Der neue Vorsitzende des Bibliotheksverbands, Volker Heller, spricht mit Ludwig Greven über die Bedeutung der Bibliotheken für die kulturelle Teilhabe, ihre Rolle als öffentlicher Ort und über den Streit mit den Verlagen um die Ausleihe von E-Books.

**Ludwig Greven: Wie wird man vom Musiker und Kulturmanager zum Vorsitzenden des Deutschen Bibliotheksverbands?**

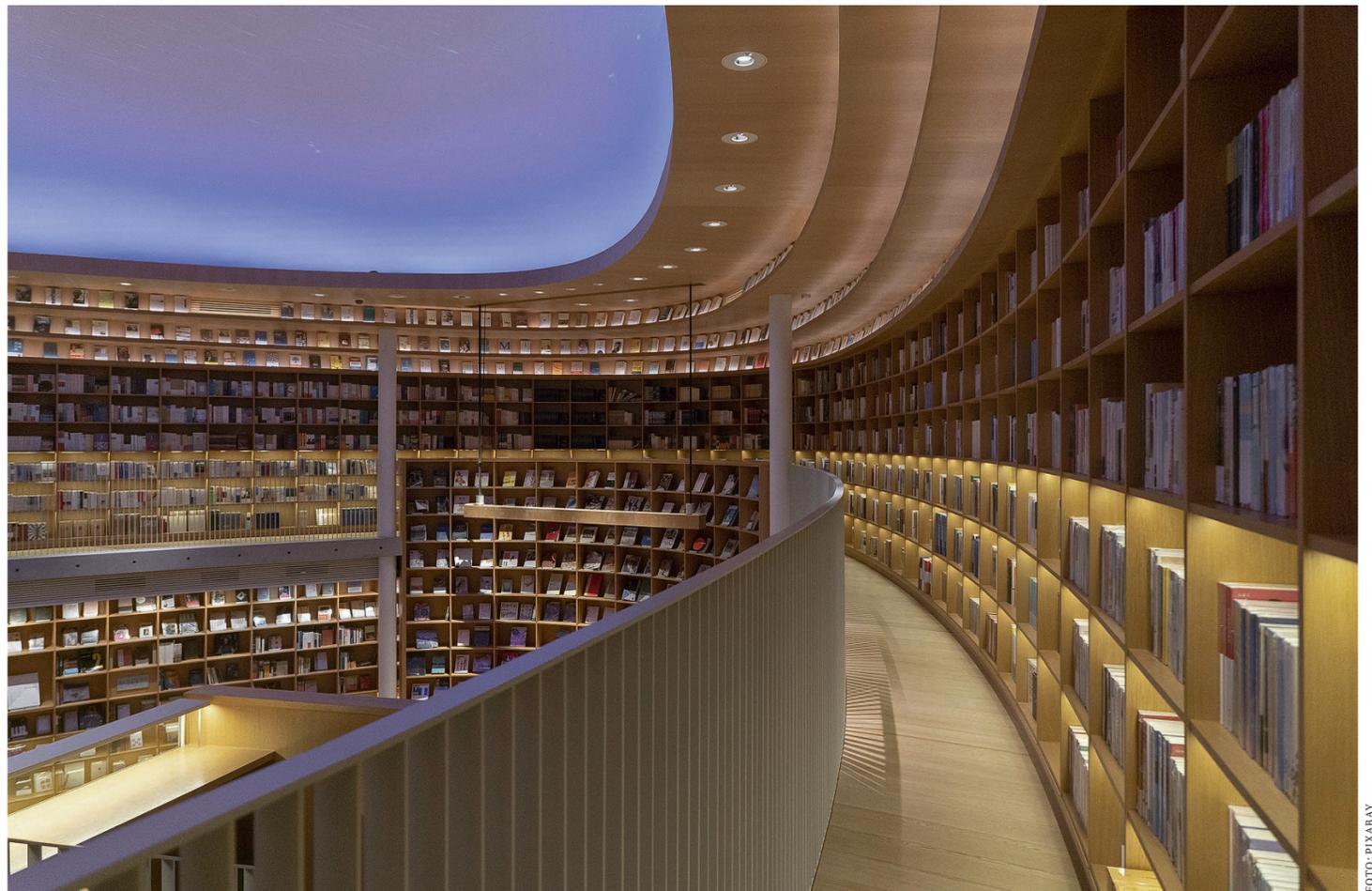
Volker Heller: Die Leitung einer Band, was ich früher gemacht habe, ist Kulturmanagement, und Bibliotheken sind Kultureinrichtungen. Das ist verwandt. Wenn wir über Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik reden, sind wir schnell bei Bibliotheken, denn sie sind ein demokratischer Kulturort wie kaum eine anderer. Hier findet gesellschaftliche Begegnung auf vielen Ebenen statt. Sie stehen für Vielfalt und Inklusion und sind essenziell für das kulturelle Leben in vielen Kommunen. Die Wahrnehmung unserer Erfolge und Potenziale ist allerdings ausbaubar. Daran möchte ich arbeiten.

**Lange Zeit wurden öffentliche Büchereien aus Kostengründen teilweise geschlossen. Vielen gelten sie als überflüssig und Auslaufmodell. Welche Bedeutung haben sie noch im Digitalzeitalter, wo Informationen im Netz im Prinzip für jeden verfügbar sind, oft sogar kostenlos?**

Die Bedeutung sieht man schon an den Zahlen der Besucherinnen und Besucher. Sie steigen seit Jahren deutlich. Zwölf Millionen Menschen haben einen Bibliotheksausweis. Bundesweit haben wir einschließlich der wissenschaftlichen Bibliotheken mehr als 220 Millionen Besuche pro Jahr. Das ist mehr als bei der Bundesliga und einzigartig. Und Bibliotheken sind ja weit mehr als Bücherregale. Die Nutzer gewinnen hier souveräne Lese-, Schreib- und Informationskompetenz, im Analogen wie im Digitalen. Im Digitalbereich haben sich die Bibliotheken enorm weiterentwickelt. Wir haben einen eigenen Film-Streaming-Kanal entwickelt. Wir bieten Workshops zu Fake-News-Recherche an. Und wir verleihen E-Book-Reader und Notebooks. Bibliotheken haben nach wie vor einen hohen Wert in der Leseförderung und Wissensaneignung, auch bei der digitalen Teilhabe. 25 Prozent der Menschen in Deutschland sind nicht in der Lage, eigenständig digitale Transaktionen durchzuführen. Um die müssen wir uns kümmern, sonst hängen wir sie ab. Bibliotheken sind der perfekte Ort dafür.

**Weshalb?**

Sie sind ein öffentlicher Raum. Jeder kann sie kostenfrei betreten und benutzen, sehr niederschwellig. Wir bieten auch Arbeitsplätze und Begegnungsflächen, die sind ein Riesenrenner, in öffentlichen genauso wie in wissenschaftlichen Bibliotheken. Wenn ich in meiner Bibliothek eine Regalreihe rausnehme und stattdessen Arbeitsplätze reinstelle, sind die binnen einer Woche alle belegt. Die Menschen lieben es, einen Ort zu haben, wo sie verweilen können zum Lesen, Arbeiten oder um andere Menschen zu treffen. Wir bieten unsere Räume auch verstärkt Gruppen und Initiativen an für Informationsveranstaltungen und um in Diskurs miteinander zu gehen. Wissen befindet sich



Die Besucherzahlen öffentlicher Büchereien steigen seit Jahren deutlich

nicht nur zwischen zwei Buchdeckeln, sondern auch in den Köpfen unseres Publikums. Das zu aktivieren, ist eine wichtige Funktion für Bibliotheken. Unsere Gesellschaft braucht milieuübergreifende Begegnung im öffentlichen Raum, wo unterschiedliche Ideen aufeinandertreffen, sich Meinungen bilden und Lösungen erarbeitet werden. Das alles stützt unser demokratisches Gemeinwesen.

**Ursprünglich sollten öffentliche Büchereien vor allem ärmeren, bildungsfernen Schichten den Zugang zu Literatur und Wissen ermöglichen. Gilt das bis heute?**

Auch. Unsere Besucherinnen und Besucher sind ein ziemlicher Spiegel unserer Gesellschaft, vielleicht ein wenig gebildeter als im Durchschnitt. Letzteres ist nicht überraschend, da das Nutzen von Bibliotheken eine gewisse Bildungsaffinität voraussetzt. Aber ich kenne keine andere Kultureinrichtung, die ein so breites Publikum erreicht. Für die kulturelle Teilhabe spielt dabei immer noch eine große Rolle, dass Menschen, die es sich sonst nicht leisten können, Informationen und Medien kostenlos nutzen können. Das gilt auch für unser Raumangebot. Wenn ich sonntags in Berlin in die Amerika-Gedenkbibliothek gehe, sind die Tische voll besetzt mit Jugendlichen, die dort gemeinsam lernen. Wenn man mitbekommt, aus welchen Wohngebieten die kommen, ahnt man, dass die Bedingungen zuhause nicht so sind, dass sie sich in Ruhe auf die nächste Klassen- oder Hausarbeit vorbereiten können.

**Es wird immer wieder geklagt, dass weniger Bücher gelesen werden. Stellen sie das auch fest?**

Wir haben sehr stabile Ausleihzahlen. Im Buchmarkt insgesamt gibt es Untersuchungen, dass weniger Menschen Bücher kaufen, aber

dafür lesen sie mehr. In bestimmten Bereichen geht der Trend zu den E-Medien. Aber insgesamt sind E-Books noch ein Randmarkt mit etwa sechs Prozent. Ähnlich ist das bei uns. Print läuft auch in der Ausleihe immer noch sehr stark. Es gab vor 10, 15 Jahren eine häufig anzutreffende Fehleinschätzung in der Politik, man brauche Bibliotheken wegen der digitalen Entwicklung nicht mehr. Das hat sich überhaupt nicht bestätigt.

**Dennoch fordert der deutsche Bibliotheksverband Leseförderung. Wo ist das notwendig?**

Leseförderung ist eine Grundaufgabe der Bibliotheken und wichtig für die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. Wer nicht lesen und schreiben kann, kann auch mit seiner Krankenkasse schwer kommunizieren. Die Fördernotwendigkeit ergibt sich zum einen daraus, dass wir eine starke Einwanderungsgesellschaft sind. Da kommen Menschen, die sich mehr oder weniger gut die deutsche Sprache aneignen. Das setzt sich oft über Generationen fort. Da muss man gezielt unterstützen. Zum anderen haben wir in Deutschland einen Anteil von mindestens 15 Prozent funktionalen Analphabeten. Darüber wird wenig geredet. Diese Menschen haben es sehr schwer, Zugang zu Wissen und Bildung zu finden. Die Schulen können das oft nicht auffangen. Auch da sind Bibliotheken eine wichtige Anlaufstelle, um Hilfen anzubieten. Zugleich gehört zu einer zeitgemäßen Leseförderung der Erwerb digitaler Kompetenzen zum souveränen Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien.

**Es gibt Streit mit den Verlagen über die E-Books, vor allem über die Frage, ab welchem Zeitpunkt nach dem Erscheinen Bibliotheken**

**sie verleihen dürfen. Zeichnet sich da eine Lösung ab?**

Das ist ein schwieriger Konflikt zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Verlage und Autoren und unserem Auftrag, Informationen, Wissen und Literatur schnell frei zugänglich zu machen. Seit Jahrzehnten hatten wir da eine friedliche Koexistenz auf Basis klarer Regeln gelebt. Niemand wird behaupten, dass Verlage pleite gegangen sind, weil Bibliotheken Bücher verleihen. Der Verleih von E-Books ist dem Verleih von physischen Büchern nachgebildet. So kann ein E-Book pro Lizenz und festgelegtem Zeitraum nur von jeweils einer registrierten Person ausgeliehen werden. Das läuft genauso wie beim gedruckten Buch. Vorteile der »Nicht-Abnutzung« und des bequemen Remote-Zugriffs von E-Books gegenüber gedruckten Büchern gleichen die Bibliotheken mit einem 1,5-fachen Preis sowie zeitlicher Begrenzung der Nutzungsdauer aus. Nach Ablauf der Lizenz muss das E-Book erneut erworben werden. All diese Maßnahmen dienen dem Schutz des Buchmarktes. Wenn E-Books durch die leichtere Zugänglichkeit häufiger ausgeliehen werden und das wirtschaftliche Nachteile für Verlage und Autoren bringt, muss man das ausgleichen. Für solche Gespräche sind wir offen. Allerdings auf der Basis gemeinsam geprüfter valider Zahlen. Die Verlage arbeiten mit unseriösen Zahlen. Sie kommen dadurch zu absurd hohen Schadenssummen, die ihnen angeblich durch die E-Book-Ausleihe entstehen, obwohl die ja nur einen geringen Anteil an unseren gesamten Ausleihen ausmachen. Das schreckt auch Autorenverbände auf. Ich werbe dafür, dass wir vernünftig darüber reden.

**Was fordern die Autoren?**

Zum anderthalbfachen Ladenpreis kommt die Bibliothekstantieme der

Länder, die jeder Autor und Verlag beim Verleih eines Buches erhält, bislang allerdings nicht für E-Books. Das ist ein Skandal. Der dbv fordert seit Jahren, dass die Tantieme erhöht und auf den Verleih von E-Books ausgeweitet wird. Hier ist die Kultusministerkonferenz gefragt. Eine rote Linie ist für uns, dass Verlage uns die Rechte zum Ausleihen von E-Books erst nach sechs oder zwölf Monaten geben wollen. Einige machen das mit einzelnen Titeln, andere bei ihren gesamten Neuerscheinungen. Das macht uns völlig abhängig von der Willkür der Verlage und bedeutet eine Einschränkung des Grundrechts auf freien Informationszugang. Das können wir nicht akzeptieren. Die Vorstellung, jede Ausleihe sei ein entgangener Buchverkauf, ist ohnehin illusorisch. Im Gegenteil: Unsere Nutzerinnen und Nutzer kaufen überdurchschnittlich viele Bücher, auch E-Books. Die Verlage tun sich mit dem Streit deshalb nichts Gutes, es sei denn, sie sind der Ansicht, Bibliotheken bräuchten keine aktuellen Bücher. Dann allerdings hätten wir ein sehr grundlegendes Grundrechtsproblem. Bibliotheken sind Treuhänder der gesellschaftlichen Vereinbarung, dass Medien und Informationen für jeden zugänglich sein müssen, auch wenn man sich bei gefragten Titeln auf eine Warteliste setzen lassen muss. Dieses Prinzip darf nicht infrage gestellt werden.

**Vielen Dank.**

**Volker Heller ist seit Anfang Mai Bundesvorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbands. Seit 2012 führt er die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB). Ludwig Greven ist freier Autor**

Mit diesem Interview wird die Debatte zum E-Lending in Politik & Kultur weitergeführt.

# Mehr Leidenschaft für die deutsche Sprache

Plädoyer gegen die Tendenz zur Einsprachlichkeit unserer Welt

**KLAUS-DIETER LEHMANN**

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erlebt die deutsche Sprache derzeit eine neue Aufmerksamkeit in Deutschland. Die Kultusminister rechnen mit bis zu 400.000 geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen an deutschen Schulen. Dabei setzen die Schulen vor allem auf sogenannte Willkommensklassen mit einem sprachlichen Intensivunterricht. Sie wurden teilweise schon 2015 eingerichtet. Deutsch ist neben Englisch die bevorzugte Fremdsprache an den ukrainischen Schulen, teilweise auch als erste Fremdsprache. Überlegt wird auch ein Unterrichtsmodell, bei dem ukrainische Schülerinnen und Schüler einen gemischten Unterrichtsplan aus ukrainischen und deutschen Inhalten haben und bei denen digitale Unterrichtsformen eingesetzt werden. Ein wichtiges Thema ist auch, wie geflüchtete Lehrkräfte aus der Ukraine an deutschen Schulen integriert werden. Neben einem erheblichen finanziellen Bedarf müssen kreative Lösungen gefunden werden, um eine schnelle Integration zu ermöglichen.

Auch wenn durch die hohe Zahl der Geflüchteten aktuell ein deutlicher Zuwachs an Deutschlernern besteht, so ist das Interesse an der deutschen Sprache in den mittel- und osteuropäischen Ländern traditionell hoch. Allein in Polen lernen rund 2,3 Millionen Personen Deutsch. Im wesentlich größeren Frankreich sind es nur eine Millionen Deutschlerner. Interessant sind die globa-

len Zahlen. 100 Millionen Menschen sprechen Deutsch als Muttersprache und noch einmal so viele als Fremdsprache. Aktuell lernen derzeit etwa 16 Millionen Deutsch. Zuwächse gibt es vor allem in China, Indien, Brasilien und in afrikanischen Ländern. Damit gehört Deutsch zu den häufigsten Fremdsprachen – nach Englisch, Französisch und Spanisch. Die Ursachen sind unterschiedlich. Wenn der fachliche und berufliche Nutzen der Sprache erkennbar ist oder wenn sich kulturelles Interesse auf bestimmte Entwicklungen fokussieren lässt, wirkt sich das aus. Auch die Glaubwürdigkeit unserer Gesellschaftsform, ihre Offenheit und Meinungs-



**KULTUR GLOBAL MIT LEHMANN**

vielfalt spielen eine Rolle. Deutschland als attraktiver Wirtschafts-, Wissenschafts- und Studienstandort findet ein steigendes Interesse für die Lebens- und Berufsplanung. Aber auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, die verstärkte Zuwanderung innerhalb der EU und die Integrationspolitik für Asylsuchende, verstärkt durch die massive Flüchtlingswelle, tun ein Übriges. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration.

Im Ausland hat das Werben für die deutsche Sprache eine neue Intensität erreicht. Dies ist auch dringend

erforderlich, denn die deutsche Sprache ist kein Selbstläufer. In ihre Verbreitung muss investiert werden. Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, der DAAD und das Goethe-Institut sind die wichtigsten Wegbereiter für die Förderung. Neben den deutschen Auslandsschulen besteht seit 2008 mit dem Programm »Schulen: Partner der Zukunft« ein weltweites Erfolgsmodell mit inzwischen mehr als 2.000 Schulen, in denen deutsche Sprachabteilungen aufgebaut werden, Lehrer fortgebildet und die Schulen mit Lehr- und Lernmaterial ausgestattet werden. Eine Studienbrücke und der Aufbau eines digitalen Studienkollegs bereiten gezielt auf ein Studium in Deutschland vor. Das ist eine aktive Sprachpolitik. Ausgebremst werden diese Aktivitäten derzeit durch den Mangel an genügend Lehrkräften. Die Kampagnen für die Lehrerfortbildung müssen deutlich ausgeweitet werden.

Einen Eindruck von der hohen Lernmotivation vermittelt der weltgrößte Deutschwettbewerb für Jugendliche aus über 50 Ländern, die Internationale Deutscholympiade, die im Sommer in Hamburg stattfindet. Rund 13 Millionen Schülerinnen und Schüler sind alle zwei Jahre weltweit eingeladen, sich zu beteiligen. Zunächst geht es darum, sich in der eigenen Schule zu behaupten, dann auf der Regionalebene. In der dritten und entscheidenden Runde werden schließlich die besten Schüler eines Landes ausgewählt, die dann im Wettbewerbsfinale in Deutschland von einer internationalen Jury in ihren

Sprachkenntnissen, ihrer interkulturellen Kompetenz und Teamfähigkeit bewertet werden.

Die deutsche Sprache ist nicht »die« Weltsprache, aber ohne Zweifel eine der bedeutendsten Kultursprachen in der Welt. Das Englische als internationale Verkehrssprache ist unverzichtbar. Aber eine Beschränkung auf eine lingua franca ist eine kulturelle Verarmung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Bedeutung des Deutschen noch überragend, besonders in den Wissenschaften. Inzwischen hat sich das Bild gewandelt. Heute ist sie eher zu einer Wirtschaftssprache für bilaterale Kontakte geworden. Rund 90 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen entfallen auf die englische Sprache. Mit dem Englischen wird nicht nur ein größeres Publikum erreicht, auch Wechselwirkungen wie das häufige Zitiertwerden ist zu einer wichtigen Währung geworden. Die Nachweis-Datenbanken sind englisch. So fallen Texte in anderen Sprachen durch das Raster, sie zählen nicht mehr. Es entsteht ein objektiver Sog, auf Englisch zu publizieren. Dass immer mehr deutsche Universitäten Studiengänge internationalisieren und auf Englisch setzen, könnte zu einer weiter abnehmenden Bedeutung als Wissenschaftssprache führen. Einsprachigkeit in den Wissenschaften ist in jedem Fall ein Verlust, denn Sprache hat nicht nur eine kommunikative sondern auch eine kognitive Funktion.

Die deutsche Sprache ist so umfassend und differenziert wie kaum eine

andere Sprache. Eine Untersuchung hat kürzlich gezeigt, dass in dem zugrunde liegenden Korpus der deutschen Gegenwartssprache mehr als fünf Millionen Wörter vorkommen. Das ist fast ein Drittel mehr als in einem vergleichbaren Korpus von vor 100 Jahren. Es zeigt, wie dynamisch die deutsche Sprache ist.

Sprache ist mehr als ein Werkzeug zur Verständigung. Sie ist eingebettet in den jeweiligen kulturellen Kontext. Deshalb sollte das Bildungssystem die Mehrsprachigkeit viel stärker als Potenzial anerkennen, nutzen und systematisch fördern. Die EU hat 2019 in einem umfassenden Konzept vorgeschlagen, jeder Bürger der EU soll sich neben seiner Muttersprache in zwei europäischen Fremdsprachen verständigen können. Leider besteht dieses Fremdsprachenkonzept nur auf dem Papier. Es gibt keine Verbindlichkeit in den Schulsystemen. Dies ist aber die entscheidende Voraussetzung für einen gesicherten Erfolg. Nur eine vielfältig genutzte Sprache ist auch eine attraktive Sprache, für die Muttersprachler, aber auch für diejenigen, die eine Wahl einer Fremdsprache zu treffen haben. Verantwortung für die eigene Sprache ernst nehmen und eine Sprachpolitik zur Stärkung der Mehrsprachigkeit unterstützen, das sollte das Modell sein.

**Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek**

## Eine Frage von Effizienz und Aktualität

Aus dem Parlament: Die Implementierung der AVMD-Richtlinie

**SABINE VERHEYEN**

Bereits 2018 trat die Revision der Audiovisuellen Mediendiensterichtlinie (AVMD-Richtlinie) in Kraft. Diese soll einen fairen Binnenmarkt für Rundfunkdienste gewährleisten, der mit den technologischen Entwicklungen Schritt hält, um einen für das digitale Zeitalter geeigneten Rechtsrahmen zu schaffen und dadurch die audiovisuelle Landschaft sicherer, gerechter und vielfältiger zu machen. Sie dient der Koordinierung der EU-weiten Rechtsvorschriften für alle audiovisuellen Medien, zu denen sowohl herkömmliche Fernsehsender als auch Videodienste auf Abruf gehören, und enthält grundlegende Schutzvorkehrungen in Bezug auf Inhalte, die auf Videoplattformen geteilt werden.

Obwohl die Umsetzungsfrist in nationales Recht bereits im September 2020 abgelaufen ist, geht diese in einigen Mitgliedstaaten nur schleppend voran. Vor allem Irland, Sitz der meisten großen in Europa aktiven Plattformen, tut sich mit der Implementierung der Richtlinie schwer. Die technische Entwicklung im Bereich der Online-Plattformen ist dagegen rasant, und neue Inhalte, Formate und Übertragungswege kommen auf den Markt. Eine späte Umsetzung gefährdet die Effizienz der in der Richtlinie enthaltenen Verbraucherschutzstandards und wirft die Frage der Aktualität der Regeln für Online-Plattformen auf.

Medien werden heute anders konsumiert als vor zehn oder zwanzig Jahren. Während für die Generation 45+ der traditionelle Rundfunk nach wie vor ein sehr mächtiges Kommunika-

tionsinstrument darstellt, hat sich die jüngere Generation fast vollständig in der digitalen Welt eingerichtet. Da jedes Smartphone sowohl die Produktion als auch den Konsum von Videos ermöglicht, vollzieht sich ein Wandel vom typischen Konsumenten von Medieninhalten hin zur aktiven Beteiligung durch die Eigenproduktion von nutzergenerierten Videos und die Veröffentlichung und Weitergabe dieser Inhalte auf Video-Sharing-Plattformen. Hybrid-Angebote auf Plattformen wie YouTube oder Twitch lassen die Grenzen zwischen traditionellen Rundfunkangeboten und nutzergenerierten Videos weiter verschwimmen: So wurde das TV-Duell zwischen Frankreichs Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron und Marine Le Pen auf verschiedenen Kanälen von Twitch-Streamern gezeigt, die das Duell live kommentierten und den Zuschauern eine Diskussions- und Interaktionsplattform boten.

Mit der letzten Revision und der Erweiterung des sachlichen Geltungsbereichs hat die Audiovisuelle Mediendiensterichtlinie dieser Entwicklung regulatorisch Rechnung getragen und hat weitere Dienste wie Video-Sharing Plattformen in ihren Rechtsrahmen aufgenommen. Unterschiede in den Übertragungstechnologien sollten keine Rolle mehr spielen: Die Technologieneutralität ist eines der Grundprinzipien der Richtlinie. Der Regulierungsgrund ist viel eher abgeleitet aus dem Narrativ der Massenmedien: Das Potenzial des Mediums, eine deutliche Wirkung auf einen wesentlichen Teil der Allgemeinheit entfalten zu können. Dies gilt für Rundfunk ebenso wie für internetbasierte Dienste.

Leider ist die Richtlinie, wie gesagt, zwei Jahre nach Ablauf der Implementierungsfrist in vielen Mitgliedstaaten noch nicht vollständig umgesetzt. Irland steht hier im Fokus: Das Herkunftslandprinzip der AVMD-Richtlinie führt dazu, dass die meisten oder zumindest die größten in der EU tätigen Video-Sharing Plattformen unter irische Gerichtsbarkeit fallen: YouTube, Facebook, Instagram, Dailymotion und Twitter haben ihren EU-Hauptsitz in

### Fairen Binnenmarkt für Rundfunkdienste ermöglichen

Irland. Irland hat zwar ein Implementierungsgesetz bei der Europäischen Kommission notifiziert. Allerdings sollen viele Details erst im Sekundärrecht geregelt werden, ausgegeben von der neu eingerichteten Medienkommission, die aber, Stand heute, noch nicht operativ ist. Eine vollständige Implementierung ist dementsprechend noch in ferner Zukunft.

Probleme ergeben sich auch hierzulande, jedoch aus anderen Gründen; nämlich aus der Tatsache, dass die Implementierung der neuen Vorschriften aus der AVMD-Richtlinie zwar erfolgt ist, jedoch die Liberalisierungen aus der Richtlinie nicht vollständig übernommen wurden. Das massenmediale Narrativ, das nach wie vor die Grundlage der AVMD-Richtlinie bildet, entspringt einer traditionellen Rundfunkmentalität. Jedoch ist die letzte Revision der AVMD-Richtlinie deutlich vom Kriterium der Fernsehähnlichkeit abgewi-

chen. Viele nationale Umsetzungsvorschriften wie die deutschen oder österreichischen sind allerdings nach wie vor von der Vorstellung geprägt, dass Form und Inhalt eines Programms mit Form und Inhalt von Fernsehsendungen vergleichbar sein müssen. Dies führt leider dazu, dass internetbasierte Dienste oft nach Normen reguliert werden, die ihre spezifischen Merkmale und die Spezifikationen der Online-Umgebung nicht berücksichtigen. Ein Beispiel ist der Streit um Rundfunklizenzen von Streamern auf Twitch.

Eine bessere Einhaltung der Umsetzungsfristen durch die Mitgliedstaaten würde das Gesamtniveau der Kohärenz in der Union erhöhen, weil mögliche Probleme früher erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Die Kommission muss früher handeln und Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Bei einer vollständigen Umsetzung der Vorschriften sollten alle Aktualisierungen des überarbeiteten Europäischen Rechts berücksichtigt werden, auch die Liberalisierungen und Änderungen der Definitionen. Insbesondere die deutschen Rechtsvorschriften stützen sich immer noch auf das rundfunkähnliche Kriterium, das vom europäischen Gesetzgeber abgeschafft wurde, um sicherzustellen, dass die Anwendung des sachlichen Geltungsbereichs tatsächlich dynamischer und flexibler ist. Wenn solche Änderungen jedoch nicht ausreichend umgesetzt werden, kann die Absicht des europäischen Gesetzgebers, mehr Flexibilität zu ermöglichen, nicht in vollem Umfang zum Tragen kommen.

Seit der Revision der Richtlinie 2018 sind bereits vier Jahre ins Land gezogen. Seitdem haben sich wieder neue

Formen und Formate audiovisueller Medien entwickelt. Der Medienmarkt ist sehr dynamisch, und die Entwicklung lässt sich nicht zuverlässig vorhersagen – insbesondere im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Entwicklungen auf Video-Sharing-Plattformen. Neue horizontale Instrumente zur Regulierung von Plattformen sind verabschiedet worden, noch bevor die Implementierung der AVMD-Regeln in vielen Mitgliedsstaaten abgeschlossen wurde, wie erst kürzlich der Digital Services Act (DSA). Klar ist: Die Mitgliedstaaten müssen dringend angehalten werden, Richtlinien fristgerecht umzusetzen, um die Effizienz der Vorschriften überhaupt möglich zu machen. Sonst werden die medien-spezifischen regulatorischen Instrumente von horizontalen, unspezifischen Vorschriften überholt, bevor sie überhaupt an den Start gehen konnten.

**Sabine Verheyen, MdEP ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments**

### INFOKASTEN

Mit dieser Ausgabe startet erneut die Reihe von Politik & Kultur »Aus dem Parlament«. Abwechselnd stellen Sabine Verheyen, MdEP als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments und Katrin Budde, MdB als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags Themen vor, mit denen sich die Ausschüsse jeweils befassen.

# Das Kino lebt wieder auf

Kinobetreiber fordern die Fortsetzung staatlicher Unterstützung

HELMUT HARTUNG

Tom Cruise soll mit seinem neuen Blockbuster »Top Gun 2« nicht nur die Welt retten, sondern auch die Kinos. Am 26. Mai feiert der Film in Deutschland Premiere und die Kinobetreiber hoffen, dass er sie aus der pandemiebedingten Krise führt. Auch wenn die Lichtspielhäuser seit einigen Wochen wieder ohne Platzbeschränkungen und Masken ihr Publikum unterhalten können, ist die aktuelle Situation von der »Normalität« vor 2020 noch weit entfernt. 2021 hatten die Kinos einen Umsatzrückgang von 80 Prozent und auch jetzt im Mai beträgt der Umsatzrückgang 40 Prozent. Dennoch belegen Statistiken aus der Filmförderungsanstalt (FFA), dass kaum ein Filmtheater schließen musste.

Im 1. Quartal 2022 haben die deutschen Kinos laut Comscore-Bericht – ein Unternehmen, das plattformübergreifend die Mediennutzung, auch in Kinos, analysiert – mit einem ungenügenden Besucherergebnis abgeschlossen. Es lag um fast 50 Prozent unter dem des Jahresauftakts 2019, als knapp 27,4 Millionen Besucher und gut 234 Millionen Euro Boxoffice gezählt worden sind. Insgesamt gingen im 1. Quartal nur etwa 14,5 Millionen Besucher in die Kinos, was einen Ticketumsatz von knapp 133 Millionen Euro bedeutet. Damit zeichnen sich bereits für das dritte Jahr rückläufige Ergebnisse ab. Zwar konnte der deutsche Kinomarkt einen Teil des Rückgangs wieder gut machen, den er Ende 2021 mit erneut verschärften Regularien, teilweisen Schließungen und einer weit verbreiteten Reserviertheit gegenüber größeren Veranstaltungen erlebt hatte. Dennoch war das Geschäft deutlich vom Erholungsniveau des Sommers 2021 entfernt. »Nach zwei Jahren Pandemie sind viele unabhängige Kinos und Verleiher finanziell ausgezehrt«, erläutert Christian Bräuer, Vorstandsvorsitzender der AG Kino, in einem medienpolitik.net-Interview die aktuelle Situation bei den Arthouse-Kinos.

## Mit mehr Komfort und attraktiveren deutschen Filmen auf Publikumsgang

»Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 zeigen sich vergleichbare Entwicklungen wie im Gesamtmarkt – wobei die Zahlen standortbezogen extrem unterschiedlich sind. Gerade bei Kinos mit nur einer oder zwei Leinwänden ist dies stark von der Filmbelieferung abhängig. Zudem waren die Auflagen regional bekanntlich sehr unterschiedlich. Generell lässt sich sagen: Nach einem starken 3. Quartal, in dem Filme wie »Nomadland« oder »Der Rausch« an ein Vorkrisenniveau anknüpften, kam der Erholungskurs mit der Deltawelle jäh zum Einbruch. Gerade das ältere Publikum blieb weg. Und die zeitweise wöchentlich wechselnden Coronaaufgaben hatten nicht nur die Kinos jedes Mal aufs Neue herausgefordert, sondern das Publikum immer wieder verwirrt und den Kinobesuch für viele unattraktiv gemacht. In der Folge wurden Filmstarts verschoben – darunter gerade viele Arthousefilme.«

Doch die Pandemie führt auch zu Veränderungen, wie z. B. zu dem Trend, mit wenigen Top-Titeln einen Großteil der Besucher auf sich zu vereinen. Davon profitieren besonders die Multiplexe. Zugleich funktionieren aber auch Events als Besuchermagnet. Doch viele unabhängige Produktionen ohne große Herausbringungsbudgets blieben meist weit unter ihrem Potenzial, so Bräuer. Die Branche benötige neue Ideen, wie

diesen Filmen im Kontext der Flut audiovisueller Inhalte sowie der auf Hypes und Likes fokussierten Funktionsweise der sozialen Medien zu mehr Aufmerksamkeit verholfen werden können. Neben einem ganzheitlichen Ansatz zähle ein klarer Fokus auf die Publikumsentwicklung dazu. Mit ihrer Verwurzelung in der Nachbarschaft hätten die Programmkinos dazu eine gute Basis.

Neben den Coronaaufgaben bereitet auch die veränderte Mediennutzung den Kinos Sorgen. Seit Corona verbrin-

nur die US-Studios zeigten sich in den vergangenen Monaten beim Start der großen Blockbuster noch etwas verhalten. Auch der deutsche Film wurde mit Einbruch der Omikron-Welle gebremst – und diverse Hochkaräter auf spätere Starttermine verschoben. Das lag auch darin begründet, dass es der Politik nicht gelang, für den Verleih eine ähnliche Risikoabsicherung zu schaffen wie für die Produktions- und Kinowirtschaft. Die Folgen lassen sich am deutschen Marktanteil im ersten



Der Film »Der Rausch« konnte mit den Besucherzahlen an ein Vorkrisenniveau anknüpfen

gen die Menschen mehr Zeit vor dem Bildschirm. So betrug die durchschnittliche Bildschirmzeit Anfang des Jahres zehn Stunden pro Tag, 70 Stunden in der Woche. Dieser Wert ist seit Beginn der Pandemie vor zwei Jahren um zwei Stunden pro Tag gewachsen. Knapp ein Viertel der zusätzlichen Bildschirmzeit, im Durchschnitt 24 Minuten pro Tag zusätzlich, werden Videos, Filme oder Serien gestreamt – insgesamt fast eine Stunde am Tag (57 Minuten).

Wie man das Publikum wieder zurückgewinnen könne, das in den vergangenen Monaten sehr stark VoD-Plattformen genutzt hatte, war auch eines der Hauptthemen auf dem Kinokongress in Baden-Baden Mitte Mai. Attraktive Filme, technische Innovationen und spannende Konzepte sollen die Besucher »mit viel Herzblut« jeden Tag aufs Neue begeistern und vom Geschäftsmodell Kino überzeugen. »Wir sind wieder da und packen die Herausforderungen gemeinsam an«, sagte HDF-Kino-Vorstand Christine Berg auf dem Kongress.

Zuschauer, die von ihrem Fernseher nur noch schwer wegkommen, will man mit Luxus-Liegesesseln locken. Diese exquisiten Varianten von Kinosaal finden sich in immer mehr Filmtheatern, inzwischen gibt es hier sogar schon Loungemöbel, damit es der Besucher noch bequemer hat. Vibrierende Sitze, die Action richtig miterleben lassen, sollen für ein realistischeres Fiktionserlebnis sorgen. Zudem wird die Projektionstechnik weiter perfektioniert und 200 Quadratmeter-Leinwände sollen beste Bildqualität gestochen scharf zeigen.

## Marktanteil deutscher Kinofilme soll auf über 20 Prozent steigen

Dass es für die Kinos bisher nicht für ein besseres Ergebnis reichte, ist auch der Filmversorgung geschuldet. Nicht

Quartal ablesen. Der deutsche Besuchermillionär »Wunderschön« zählte zwar auf Platz 3 der Quartals-Hitliste zu den großen Gewinnern der letzten Monate, doch mehr als ungenügende 16 Prozent Besucheranteil erreichten deutsche Produktionen insgesamt nicht. »Wunderschön« sorgte laut Comscore alleine für 60 Prozent der gut 2,37 Millionen für deutsche Filme gelösten Tickets. Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten 2022 rund ein Drittel (42 gegenüber 61) weniger deutsche Filme gestartet als im Vergleichszeitraum 2019.

»Wir glauben, dass der deutsche Film mehr Potenzial hat als nur einen Marktanteil von 20 Prozent«, sagte dazu die Chef von HDF Kino, dem Hauptverband Deutscher Filmtheater. Das Ziel müsse laut Berg darin bestehen, 35 Millionen Tickets für deutsche Filme zu verkaufen. Mit neuen Filmkomödien wie Fatih Akins »Rheingold« oder der Komödie »Liebesdings« mit Elyas M'Barek (»Fuck you Goethe«) soll das auch in diesem Jahr noch gelingen. Allerdings fordern die Kinobetreiber, wie in Baden-Baden zu hören war, dass sich die Erzählweise deutscher Filme ändern müsse, sie müssten schneller und actionreicher erzählt werden. So, wie es die Zuschauer aus vielen TV-Serien und auch TV-Krimis gewöhnt seien.

Auf der jüngsten CinemaCon in Las Vegas war häufig von kundiger Seite zu hören, dass der Abspielort Kino auch in Zukunft eine Leuchtturmfunktion haben werde. Eine Position, die vielen Kinobetreibern Mut machen wird. Sehr klar hat Martin Moszkowicz, Vorsitzender des Vorstandes der Constantin Film AG, bei dieser Gelegenheit auf die Wichtigkeit des deutschen Kinofilms für die deutschen Filmtheater hingewiesen. Um den wirtschaftlichen Erfolg der deutschen Kinos langfristig zu sichern, müsse es einen größeren Marktanteil an erfolgreichen deutschen Pro-

duktionen geben. Dies sei auch eine der wichtigsten Forderungen in der aktuellen Stellungnahme zur Novellierung des FFG, so Berg. »Die Zeit des Experimentierens scheint dem Ende entgegenzugehen. Das Kino ist immer noch der Goldstandard.«

Kritik an der Qualität vieler deutscher Kinofilme kommt auch von Christian Bräuer: »Die Frage ist«, so der Vorstandsvorsitzender der AG Kino, »warum wir überhaupt so viele Filme mit Kinomitteln produzieren und dann murren, dass sie ins Kino »gezwungen« werden müssen. Dass manche Filme nicht so gut werden wie gedacht – das passiert. Aber dass nun wie am Fließband gescheitert wird, dass Teile der Branche fordern, Filme einfacher

zwischen der zuständigen Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, sowie den Fachverbänden der Filmwirtschaft die Abstimmung über die Novellierung des Filmförderungsgesetzes, die für 2024 geplant ist. Dabei geht es den Kinoverbänden vor allem um zwei wesentliche Änderungen: Zum einen soll durch eine zielgerichtete, kritischere und teilweise anders strukturierte Förderung die Gesamtanzahl deutscher Kinofilme verringert, der Anteil, der massenattraktiv ist, jedoch ausgebaut werden. Dazu müsste unter anderem auch die Förderung einzelner Filme erhöht werden. Zum anderen soll das sogenannte Auswertungsfenster verändert und so auch die Exklusivität von Filmen für das Kino, neu geregelt werden. »Sind es noch sechs Monate, wie im FFG verankert oder muss es nicht einen flexibleren Umgang mit den Sperrfristen für deutsche Filme geben?« Das sei z. B. die Auffassung des HDF Kino. Flexibler bedeute, dass die Sperrfrist generell verkürzt werden könnte, wenn es eine Branchenvereinbarung gäbe, die alle in Deutschland gestarteten Filme behandle. Diese könnte auch berücksichtigen, dass Filme, die in den ersten Wochen im Kino beim Publikum nicht ankommen, ihren Weg früher in eine andere Auswertungsform finden, sagt Christine Berg.

Bei der Filmförderung sollte man dem Beispiel anderer europäischer Länder folgen und Leitziele sowie Maßstäbe für Erfolg definieren, damit eine Vielfalt von Filmen auch eine Vielfalt im Publikum findet, merkt dazu Christian Bräuer an. »In Anbetracht der rasanten Marktveränderungen in den letzten Jahren müssen bei der Novellierung Erhalt und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kinos die leitenden Handlungsparameter sein. Dazu zählen faire Wettbewerbsbedingungen mit einem Kinofenster für alle dort startenden Filme, die auf Basis einer Branchenvereinbarung für alle Marktbeteiligten gelten. Dazu bedarf es einer Strukturreform der Bundesfilmförderung, die die unterschiedlichen Förderinstrumente zu einer Filmförderung aus einem Guss verwebt. Erforderlich ist dafür ein ganzheitlicher Ansatz, der die kreativen und distributiven Gewerke im Film besser verzahnt. Anstelle einer einseitigen Produktionszentrierung, die allein auf Finanzierung, Studioauslastung und Territorialeffekte als Erfolgsparameter setzt, sollte ein ganzheitlicher Förderfokus von der Ideenentwicklung bis zum Start im Kino nach dem Prinzip »Klasse statt Masse« treten. Das Ziel muss nicht nur die dauerhafte Existenzsicherung möglichst vieler Marktakteure sein, sondern den Kinofilm in all seiner Vielfalt langfristig zu stärken und weitere Publikumsgruppen für die Kunstform zu begeistern.«

Bei allen Zukunftshoffnungen und strukturellen Überlegungen benötigen die Kinos aktuell weitere finanzielle Unterstützung, um die Krise zu meistern, von den Filmförderern und der Staatsministerin Claudia Roth. Auch wenn man jetzt vor allem nach vorne schaue, müsse man sich natürlich weiterhin mit den wirtschaftlichen Folgen der letzten zwei Jahre auseinandersetzen, so Christine Berg auf dem Kongress Kino 2022. Es sei kein Geheimnis, dass der Neustart ohne weitere Unterstützung seitens der Politik nicht zu stemmen sei. Der Kostendruck und Investitionsstau seien hoch. Der Vorstand des HDF Kino fordert deshalb »eine verlässliche Kinoförderung«, die alle Kinos unterstütze. Das Zukunftsprogramm Kino müsse nicht nur aufgestockt, sondern ausgeweitet werden. Die Nachbesserung und Fortführung des Zukunftsprogramms Kino werde entscheidend für den Fortbestand vieler Kinos sein, stellt dazu Christian Bräuer fest.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

## Filmförderung soll Leitziele sowie Maßstäbe für Erfolg definieren

Die Weiterentwicklung der Filmförderung ist eines der zentralen Themen der Filmwirtschaft. Gegenwärtig erfolgt

# Nicht zum Museum im Museum werden

Wiebke Ahrndt, Direktorin des Übersee-Museums Bremen, im Porträt

Im Mai 2022 wurde die Direktorin des Bremer Übersee-Museums, Wiebke Ahrndt, zur Präsidentin des Deutschen Museumsbundes gewählt. In diesem Jahr kann sie zudem auf 20 Jahre als Leiterin des Übersee-Museums zurückblicken. Für die PuK-Redaktion willkommene Anlässe, die Ethnologin und Direktorin aktuell mit einem Porträt zu würdigen.

Das Geheimnis seiner Faszination trägt das Übersee-Museum schon im Namen. Bereits vor 100 Jahren präsentierte das Museum mit seiner in Europa einzigartigen Sammlungskombination aus Handel, Kultur und Natur gewissermaßen »Die Welt unter einem Dach«. Seit zwei Jahrzehnten bestimmt Wiebke Ahrndt die Geschicke dieser Welt hinter dem Horizont der Nordsee und ihr Konzept dafür hört sich einfach an, ist aber schwer zu machen: »Immer am Puls der Zeit bleiben, immer On the Move sein. Ein Museum darf nie zum Museum im Museum werden. Wir haben sehr alte Sammlungsbestände, aber die Ausstellungen – und das war im Übersee-Museum schon immer so – beschäftigen sich mit der Gegenwart. Deshalb ist es mir extrem wichtig, dass es möglich bleibt, die Ausstellungen kontinuierlich zu erneuern.«

Zwei Jahrzehnte sind eine lange Zeit, in der sich die Welt weitergedreht hat. Sind die klassischen Aufgaben der Museen – Sammeln, Bewahren, Forschen, Vermitteln – heute noch gültig? Wozu braucht man die Originale, wozu Naturkunde und Ethnologie? Ist dem Museum der aktiven Anschauung im World Wide Web nicht längst eine übermächtige Konkurrenz erwachsen? Ist die Bildungsinstitution aus dem 19. Jahrhundert noch relevant für junge Leute? Als Ahrndt in Bremen anfang, da war das Internet tatsächlich ein sehr großes Thema. Heute kann sie dazu entspannt

der Rückschau sagen: »Die Angst vor dem Internet ist verschwunden. Ich kann nicht verzeichnen, dass Museen einen Publikumsschwund erlebt hätten, weil es das Internet gibt. Mir sagte einmal jemand, das Übersee-Museum sei wie National Geographic in 3D. Das finde ich eigentlich keine schlechte Beschreibung, weil es tatsächlich so ist, dass wir durch unsere Ausstellungen Interpretationen zu bestimmten Fragestellungen geben.«

Wiebke Ahrndt leitete bei der Ausarbeitung des »Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« des Deutschen Museumsbundes die Arbeitsgruppe »Kolonialismus«. Hat die Restitutionsdebatte auch das

## Wunsch nach digitaler Zugänglichkeit zu den Sammlungen und Archivalien

Übersee-Museum erreicht? Die Aura des Originals ist etwas, was die Besucher des Übersee-Museums nach wie vor schätzen. Da liegt es nahe zu fragen, darf denn das alles hier bleiben? Im Moment arbeiten Ahrndt und ihre Kuratorinnen und Kuratoren an der Pazifik-Ausstellung, die mit Bundesfinanzierung und in engster Kooperation mit der National University of Samoa komplett neu auf neue Beine gestellt wird.

»Wir haben tatsächlich auch schon Rückgaben getätigt in Bezug auf menschliche Überreste aus dem pazifischen Raum. Ansonsten haben wir im Moment keinen dezidierten Rückgabewunsch aus Samoa. Dagegen gibt es den Wunsch nach digitaler Zugänglichkeit zu den Sammlungen und Archivalien. Das stellen wir her, die digitalisierte Sammlung geht komplett nach Samoa.

Mit unserem samoanischen Co-Kurator zusammen haben wir eine eigene Facebook-Seite ins Leben gerufen, auf der er die Sammlungsbestände aus unserem Haus mit Menschen aus Samoa teilt und diskutiert. Das sind neue Formen bei der Erschließung von Sammlungsbeständen.«

Geboren in der ehemaligen Hansestadt Braunschweig führte Wiebke Ahrndts Weg sie ohne große Umwege zur Ethnologie und danach ins Übersee-Museum, denn seit früher Jugend begeisterte sie sich für die Kulturen anderer Länder und für deren Artefakte. Etwa 30 durchgearbeitete Bände von Karl Mays Reiseberichten bestärkten den Teenie in seinem Interesse an der außereuropäischen Welt. »Im Erdkundeunterricht hatten wir einen jungen Erdkundelehrer, der tatsächlich bestimmte Themen aus der Ethnologie in seinen Lehrplan aufgenommen hatte. Es war natürlich erst mal ein Schock, feststellen zu müssen, dass das, was Karl May erzählt, einem Realitäts-Check nicht standhält.«

Nach dem Abitur ging es von Braunschweig ins nur eine Stunde entfernte Göttingen, wo Wiebke Ahrndt an der Georg-August-Universität Ethnologie mit dem Schwerpunkt Altamerikanistik studierte. Ein Studienaufenthalt an der US-amerikanischen University of California Los Angeles schloss sich an. Danach folgte das Examen und 1995 die Promotion in Altamerikanistik an der Universität Bonn. Nach einem Volontariat am Museum für Völkerkunde in Hamburg (heute: MARKK) und wissenschaftlichen und kuratorischen Tätigkeiten in Mexiko und Basel wechselte sie 2002 nach Bremen an das Übersee-Museum. »Die Welt unter einem Dach« war für Ahrndt auch zu einer persönlichen Devise geworden: »Ein gewisses grundsätzliches Verständnis für die un-



Lebenselixier Museumsarbeit: Wiebke Ahrndt, Direktorin des Übersee-Museums und Präsidentin des Deutschen Museumsbundes

terschiedlichen Fachdisziplinen ist nötig, um ein Mehrspartenhaus zu leiten. Hier im Haus nenne ich nur mal die Ethnologie, Biologie und Geschichte, aber auch Öffentlichkeitsarbeit, Restaurierung oder Museumspädagogik. Das hilft auch bei der Arbeit im Deutschen Museumsbund mit seinen zahlreichen Fach- und Arbeitskreisen.«

In Zeiten von Interkontinentalflügen steht die Aufgabe der ethnologischen Museen nochmals neu im Fokus. »Heute ist das Museum eine Institution, die versucht, Dinge einzuordnen, zu vermitteln und zu kontextualisieren. In unserer kommenden Ausstellung werden wir Verbindungen herstellen zwischen Identität, Migration, Klimawandel, Kolonialismus und nachhaltiger Ressourcennutzung im Pazifischen Raum. Diese Dinge tatsächlich einordnen zu können und zu fragen, was haben heutige Fragen der Ressourcennutzung eigentlich mit der deutschen Ko-

lonialzeit zu tun, das eröffnet neue Perspektiven auf die Welt. Und damit auch ein neues Verständnis füreinander, das eine touristische Reiseerfahrung nicht leisten kann.«

Wenn man 20 Jahre in einem Museum mitgestaltet, dann muss es doch auch »Lieblinge« geben? »Ein Museumsdirektoren-Posten ist ein Managementjob und man denkt sehr viel nach über Geld, das man nicht hat, und man muss sehr viele Projektanträge schreiben. Was für mich immer ein ganz großer Schatz in meinem Arbeitsleben ist, das ist es, Ausstellungskonzeptionen zu machen. Mit den Kuratorinnen und Kuratoren der verschiedenen Fachdisziplinen ein Ping-Pong der Ideen zu spielen, der Kreativität Raum lassen, das ist das Lebenselixier meines Berufslebens.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

# Böse

Eine unverzichtbare Kategorie

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Es ist immer wieder interessant zu erleben, was passiert, wenn in einer gepflegten Unterhaltung ein ungehöriges Wort gesagt wird. Etwas gerät ins Rutschen, man fühlt sich peinlich berührt, aber es wird auch etwas sichtbar. So erlebte ich es kürzlich bei einer Debatte über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Im »Kultur.Forum St. Matthäus« diskutierten wir darüber, was diese »Zeitenwende« für Kirche und Kultur bedeutet, und wir versuchten dabei, einen nachdenklichen Ton anzuschlagen. Wir wollten ja keinen dieser offenen Briefe schreiben. Dann sagte eine von uns dieses ungehörige Wort. Nachher erzählte sie, es sei ihr rausgerutscht, wie ein

te Besonnenheit war dahin, das höfliche Differenzieren machte eine Pause, Emotionen wurden benannt, wir redeten über unseren Schock, unsere Ängste, existenzielle und religiöse Fragen brachen sich Bahn. Es waren nicht nur die Theologen von uns, die auf dieses Wort ansprangen. Es war ja auch von einer Sicherheitsexpertin aufgebracht worden.

»Böse« – tatsächlich, ohne dieses Wort kommt man nicht aus, wenn man über die russische Aggression nachdenkt. Böse ist der freche Bruch des Völkerrechts. Böse ist die hemmungslose Gewalt. Böse sind die Morde, Vergewaltigungen und Plünderungen. Böse ist die Ermordung ganzer Städte. Böse ist die Flut von Propagandalügen. Böse ist es, das eigene (russische) Volk in Geiselschaft zu nehmen. Man wird der Abgründigkeit des Geschehens und der eigenen Reaktion darauf nicht gerecht, wenn man auf dieses Adjektiv verzichtet.

Trotzdem wirkte es ungehörig, als es laut wurde. Darf man so sprechen? Klingt das nicht unprofessionell, antiintellektuell, einfach nur aufgeregt, moralistisch-überdreht? In politischen und militärischen Fachdebatten verzichtet man aus guten Gründen darauf, spricht von »Invasion«, »Aggression« oder »Rechtsbruch«, äußert dabei auch klare ethische Urteile, meidet aber die Qualifikation des russischen Handelns als »böse«. Denn gerade mitten in einem Krieg sollte man einen kühlen Kopf behalten, um Mittel und Ziele präzise bestimmen zu können. Da scha-

det es nur, wenn die Feindschaft ins Absolute gesteigert wird. Wer gegen »das Böse« kämpft, kann keine realistische und damit begrenzte Strategie formulieren, sondern muss alles daransetzen, es auszulöschen.

Aber wohin sollte das führen? Außerdem besteht die Gefahr, dass man dem Feind durch dessen Dämonisierung eine übergroße Macht zuspricht. Es gibt ja eine gefährliche Faszination des Bösen, diese befremdliche Ekel-Lust, die z. B. dort am Werke ist, wo Journalisten »Putinologie« betreiben. Schließlich kann die absolute Verdammung des Feindes dazu führen, dass keine Aussicht auf irgendeinen Frieden – wie unbefriedigend und schmutzig er auch sein mag – mehr möglich ist.

Für mich als Theologen aber ist »böse« eine unverzichtbare Kategorie. Es gibt das Böse in der Welt, weshalb das Vaterunser darum bittet, dass wir von ihm erlöst werden. Warum das Böse solche Macht über uns Menschen hat, ist eines der Grundrätsel, um das die christliche Religion kreist. Sie vertieft das Rätsel dadurch, dass sie das Böse nicht nur bei anderen, sondern immer auch bei sich entdeckt. Das ist das tiefe, humane Recht des so verstörend anmutenden christlichen Sündengedankens. Er nötigt dazu, die eigenen bösen Anteile zu bedenken. Deshalb entspricht es einem christlichen Impuls, jetzt nicht nur den Verteidigungskampf der Ukraine gegen Russland zu unterstützen, sondern parallel die eigene Verantwortung für diese Krise zu analysieren und

das eigene Handeln entsprechend zu verändern. Doch das sollte nicht zu einer Verunklarung der gegenwärtigen Situation führen. Es gibt Feindschaft. Es gibt Böses. Ihm müssen wir entgegen treten, wenn Gutes überleben soll. Deshalb war ich erst überrascht und dann froh, dass unserer Gesprächspartnerin das heikle Wörtlein »böse« herausgerutscht war.

Unser Gespräch über »Kultur und Kirche in Zeiten des Krieges – Die große Zäsur« im »Kultur.Forum St. Mat-

thäus«, an dem neben mir Astrid Irrgang, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Christian Stäblein, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Olaf Zimmermann, Sprecher der Initiative kulturelle Integration, teilnahmen, kann man übrigens in der Mediathek von Deutschlandradio Kultur nachhören ([bit.ly/3NqfB80](https://bit.ly/3NqfB80)).

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der EKD



CLAUSSENS KULTURKANZEL

freudscher Versprecher. Aber da war es längst hinaus: »böse«. Plötzlich nahm unser Gespräch Fahrt auf, die bemüh-



auch als eBook

Helmut Kronthaler (Hg.)  
**Im Zeichen der Wende**  
Die deutsche Independent-Szene seit den 1990er Jahren  
Juni 2022, etwa 120 Seiten  
ca. € 14,-  
ISBN 978-3-96707-651-6

Die Wende brachte nicht nur politischen Wandel, sondern förderte auch junge Künstlertalente aus dem Osten zutage: ATAK, BECK, Nadia Budde, Anke Feuchtenberger, Holger Fickelscherer, Kat Menschik, Thomas M. Müller und Henning Wagenbreth.

etk  
edition text+kritik · 81673 München · [www.etk-muenchen.de](http://www.etk-muenchen.de)

## ZUR PERSON ...

**Wiebke Ahrndt zur neuen Präsidentin des Deutschen Museumsbundes gewählt**

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Deutschen Museumsbundes im Mai 2022 wurde Wiebke Ahrndt, Direktorin des Übersee-Museums Bremen, zur Präsidentin des Verbands gewählt. Sie löst Eckart Köhne, Direktor des Badischen Landesmuseums, nach achtjähriger Amtszeit ab. Ahrndt erklärte, dass sie zukunftsrelevante Themen wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung weiter vorantreiben möchte. Für die Gestaltung einer besseren Zukunft lege ihr auch die Aufarbeitung der Kolonialzeit und der ethisch korrekte Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten besonders am Herzen, so die neue Präsidentin. Als Vizepräsidentin des Deutschen Museumsbundes wurde Christina Haak, Stellvertretende Generaldirektorin der Staatlichen Museen zu Berlin, wiedergewählt.

**Volker Heller ist neuer Bundesvorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbandes**

Der Generaldirektor der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Volker Heller, ist zum neuen Bundesvorsitzenden des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) gewählt worden. Wahlberechtigt waren Vertreterinnen und Vertreter von über 2.000 Mitgliedsbibliotheken des dbv. Heller trat bereits am 3. Mai 2022 die Nachfolge von Andreas Degkwitz, Direktor der Universitätsbibliothek der Humboldt Universität zu Berlin an, der den Verband von 2019 bis 2022 geführt hat. In den dbv-Bundesvorstand wurden außerdem Reinhard Altenhöner, Petra Büning, Sabine Gehrlein, Marion Mattek, Frauke Untiedt und Robert Zepf gewählt.

**Elisabeth Sobotka wird neue Intendantin der Staatsoper Unter den Linden**

Ab September 2024 wird die aktuelle Leiterin der Bregenzer Festspiele, Elisabeth Sobotka, neue Intendantin der Staatsoper Unter den Linden. Der Stiftungsrat der Stiftung Oper in Berlin hat in seiner Sitzung dem entsprechenden Vertrag zugestimmt, wie die Kulturverwaltung mitteilte. Die in Wien geborene Sobotka wird damit Nachfolgerin des bisherigen Intendanten Matthias Schulz, der 2025 an das Opernhaus Zürich wechselt. Die Staatsoper ist für Sobotka kein neues Arbeitsfeld. Von 2002 bis 2007 war sie bereits Operndirektorin des Hauses. Von 2009 bis 2014 war sie Intendantin der Oper in Graz. Für Sobotka ist die Staatsoper ein »großartiges und traditionsreiches Haus« und Berlin sei die Stadt, »in der ich leben und Oper machen möchte«.

**Ivo van Hove übernimmt kommende Intendanz der Ruhrtriennale**

Der künstlerische Leiter des Internationalen Theater Amsterdam, Ivo van Hove, tritt am 1. November 2023 turnusgemäß die Nachfolge der amtierenden Intendantin der Ruhrtriennale, Barbara Frey, an. Der belgische Theaterregisseur übernimmt für drei Jahre – Spielzeiten 2024 bis 2026 – die Intendanz des größten Kulturfestivals in Nordrhein-Westfalen. Der Aufsichtsrat der Kultur Ruhr GmbH hat unter Vorsitz von Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen van Hove als künftigen Intendanten einstimmig ernannt. Die Ruhrtriennale ist ein seit dem Jahr 2002 stattfindendes internationales Festival für Musiktheater, Schauspiel, Tanz, Performance, Musik und Bildende Kunst im Ruhrgebiet. Es findet jährlich im August und September statt und lädt Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt ein.

## Bildung in Indien

**Ein Schlüssel zur Freiheit**

Ein kurzer Augenblick und das Leben kann plötzlich völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Dieser Moment ist bei Léna ein Amoklauf an der Schule, an der sie unterrichtet. Bei diesem tragischen Vorfall verliert Léna ihren geliebten Mann. Völlig aus der Bahn geworfen, kündigt sie ihre Anstellung als Lehrerin in Frankreich und flieht ins weit entfernte Indien. Im Nordosten des Landes, in der Region Bengalen, möchte sie einfach nur all das Erlebte vergessen. Doch Léna vergisst nicht, sie fängt wieder an zu lehren. Zusammen mit Preeti, die einer Selbstverteidigungsgruppe für junge Frauen leitet, baut sie eine Schule nur für Mädchen auf, denn »Wissen ist Macht. Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit«.

Der neue Roman »Das Mädchen mit dem Drachen« der französischen Schauspielerin und Autorin Laetitia Colombani entführt den Lesenden in eine Welt der Gegensätze. Neben modernen Hochhäusern und Luxus liegen Armut und das vermeintlich abgeschaffte Kastensystem so nah. Rund 26 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten mit geringer bis eigentlich keiner Möglichkeit auf Schulbildung. Dies betrifft vor allem die weibliche Bevölkerung des Landes. Im Durchschnitt gehen junge Frauen und Mädchen bis sie zwölf Jahre alt sind zur Schule. Anschließend müssen sie ihre Eltern im Haushalt oder bei der Arbeit unterstützen oder werden in ihrem jungen Alter zwanghaft verheiratet.

Familiäre Grenzen und die Nichtakzeptanz von Bildung in großen Teilen der indischen Bevölkerung sind Hürden, denen sich Léna wacker und energisch stellen muss.

Erneut beschreibt Laetitia Colombani in diesem Buch starke Frauen, die aus Grenzen ausbrechen, um ihr eigenes Leben und die Welt zu verbessern. Das Mädchen Lalita aus dem vorherigen Roman von Colombani »Der Zopf« bekommt in diesem Buch eine ergreifende Geschichte. »Das Mädchen mit dem Drachen« fesselt den Lesenden ab dem ersten Zeile. Auf eine Fortsetzung ist unbedingt zu hoffen!

Katharina Bruck

Laetitia Colombani. *Das Mädchen mit dem Drachen*. Berlin 2022



## Frankreich im Zweiten Weltkrieg

**Zwischen Kollaboration und Widerstand**

Frankreich – das Land der Revolutionen – galt bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts als klassisches Asyl. Mit der Machtergreifung Hitlers flohen unzählige Menschen nach Frankreich ins Exil. Wenige Jahre später beginnt die spanische Armee unter General Francisco Franco die demokratisch geführte Regierung des Landes unter Druck zu setzen.

Trotz der Bitte Spaniens um Frankreichs Unterstützung beschloss die französische Regierung, sich nicht einzumischen. Die spanischen Putschisten hingegen erhielten militärische Unterstützung durch Hitler und Mussolini. Die Konsequenz: Im Sommer 1936 kamen die ersten Flüchtlingsströme an der Südgrenze Frankreichs an. Während das regierende linke Parteienbündnis für eine Willkommens-

kultur plädierte, warnte die Opposition vor einer zur großen »Invasion von Flüchtlingen«. Welche Auswirkungen hatte das auf Frankreich und die Bevölkerung? Und welchen Einfluss hatte dies auf die Rolle Frankreichs im Zweiten Weltkrieg?

Im Juni 1940 kam es in Bordeaux, wirtschaftliches und politisches Zentrum der Aquitaine, zu starken Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern eines Waffenstillstands. Letztendlich kam es zur Kapitulation, der Waffenstillstandsvertrag teilte Frankreich auf: Der Süden blieb zunächst eine Freie Zone, der Norden sowie die bedeutsame Atlantikküste wurden besetzt.

In dem Buch »Bordeaux und die Aquitaine im Zweiten Weltkrieg« schildert der Journalist und ehemalige Politiker Gerhard Bökel die Auswirkungen der Besetzung durch die Nationalsozialisten. Dabei geht er unter anderem auf die unterschiedlichen französischen Widerstandsbewegungen ein, auf die Lagersysteme als Repressionsinstrument, aber auch auf die Nachkriegs-Werdegänge der deutschen Befehlshaber in Bordeaux und vieles mehr.

Ein äußerst detailliertes Buch, welches unter anderem aufgrund des Zeitzeugengesprächs mit der Widerstandskämpferin Renée Lacoude sehr lesenswert ist.

Kristin Braband

Gerhard Bökel. *Bordeaux und die Aquitaine im Zweiten Weltkrieg. Nazi-Besatzung und Kollaboration, Widerstand der Résistance und bundesdeutsche Nachkriegskarrieren*. Frankfurt a. M. 2022

## documenta: Eine Erfolgsgeschichte

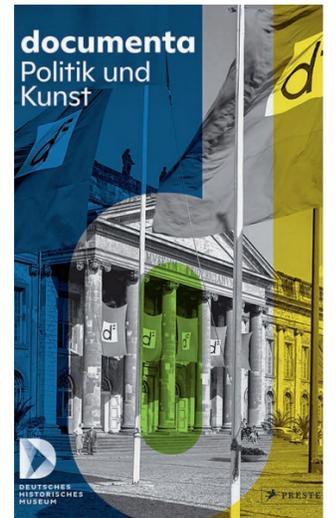
**Von der Bundesgartenschau zur Weltausstellung**

Die Herausgeber, alle Kuratoren, Historiker, Kunsthistoriker und Literaturwissenschaftler unter der Federführung von Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, binden die wohl weltweit wichtigste Kunstausstellung – die erste Ausgabe 1955 – ein in die gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung unseres Landes.

Dabei wird auch der verhängnisvolle Nationalsozialismus angemessen, offen und ungeschönt diskutiert, so etwa die unrühmliche Bedeutung des so einflussreichen Kunsthistorikers Werner Haftmann.

Zahlreiche Interviews, etwa mit Bazon Brock, Catherine David, Gerhard Richter, Manfred Schneckenburger oder Rudolf Zwirner und die Kontextualisierung durch Plakate, Biografien, Fotografien, Schriftdokumente und Presseartikel lassen die Geschichte der documenta höchst lebendig werden.

Die umfangreich bebilderte Publikation, weit mehr als ein Ausstellungskatalog, zeigt auf, dass diese einmalige und prägende Institution ohne den Zeitgeist aus Politik und Kultur nicht zu deuten ist. Überraschend sind etwa viele Parallelen zwischen der documenta-Geschichte und



der Geschichte der Bundesrepublik, erhellend etwa die Bezüge zum Ost-West-Konflikt der 1960er Jahre.

Der umfangreiche Band sei jedem ans Herz gelegt, der sich mit der documenta beschäftigen möchte! Vorkenntnisse nicht erforderlich!

Thomas Schulte im Walde

Raphael Gross, Lars Bang Larsen, Doris Blume, Alexia Pooth, Julia Voss und Dorothee Wierling (Hrsg.). *documenta. Politik und Kunst*. München 2021

## Vielfalt sichtbarer machen

**Gendergerechte Sprache**

Sternchen, Doppelpunkt, kurze Sprechpause, neu erfundene Partizipien – nach und nach entwickelt man eine Präferenz für eine Form des Genderns. Doch Gendern ist viel mehr als Sternchen & Co. Es geht in erster Linie um eine bewussteren Auseinandersetzung mit der Sprache. Darum, wie männlich dominiert nicht nur die deutsche Sprache ist. Beim Gendern geht es darum, Frauen und genderqueere Menschen sprachlich sichtbarer zu machen. Ziel ist dabei vor allem, durch eine sich im Wandel befindende Sprache auch die Vielfalt einer Gesellschaft besser abzubilden und wahrzunehmen.

Mit der vom Journalistenbund e.V. initiierten Projektwebseite Genderleicht.de wurde 2019 eine Plattform geschaffen, um journalistischen Profis Anregungen und praktische Tipps für eine gendergerechtere Sprache zu geben. Im

Rahmen eines Textlabors wurde zu Fragestellungen rund um das Thema Gendern aufgerufen, um mithilfe der Antworten einen Weg zu mehr Diversität im Sprachgebrauch zu fördern. Mit dem Buch »Genderleicht: Wie Sprache für alle elegant gelingt« gibt die Projektleiterin Christine Olderdissen anhand verschiedenster Aspekte eine gute Möglichkeit, sich dem Thema gendergerechter Sprache zu nähern. Dabei soll niemandem etwas aufgezwungen werden. Vielmehr ist es das Ziel, »unseren Sprachgebrauch neu zu präzisieren, um den Menschen, über die wir sprechen und schreiben, besser gerecht zu werden«.

Das Buch macht neugierig und regt zum Ausprobieren neuer Sprach- und Schreibgewohnheiten an. Dabei muss man es, wie die Autorin selbst sagt, nicht gleich übertreiben: »Dinosaurier\*innen waren Vegetarier\*innen«. Viel Spaß beim Lesen und Entdecken!

Kristin Braband

Christine Olderdissen. *Genderleicht: Wie Sprache für alle elegant gelingt*. Berlin 2021

### PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.



# Politik & Kultur



Jüdisches Gymnasium Moses Mendelssohn, Berlin: Streifenpolizisten am Schutzzaun

THEMA

FOTO: OLAF ZIMMERMANN

## Der Antisemitismus ist noch längst nicht besiegt

Vorwort zum Heftschwerpunkt »Antisemitismus«

OLAF ZIMMERMANN

Seit 1700 Jahren leben Juden und Jüdinnen in Deutschland – oder wenn man es genau nehmen will, in dem Gebiet, das wir heute Deutschland nennen. Und wahrscheinlich ebenso lange besteht der Antisemitismus. Antisemitismus, und das wurde von verschiedenen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie Kommissionen herausgearbeitet, ist fester Bestandteil des Christentums. Oder anders gesagt: Das Christentum als historisch zweite der drei Buchreligionen ist einerseits dem Judentum besonders nahe, da es unter anderem die hebräische Bibel als Teil seiner eigenen Religion und Theologie sieht und versteht sich andererseits in Abgrenzung zum Judentum. Erst nach der Shoah wurde in der Evangelischen Kirche von den jüdischen Geschwistern gesprochen. Bis 1956 galt eine der Fürbitten in der katholischen Karfreitagliturgie den Juden, dass ihnen der Schleier vom Herzen genommen werden solle und sie Jesu Christi erkennen sollten. Mit dem 2. Vatikanischen Konzil (1962–1965) wurde diese Bitte aus der Karfreitagliturgie entfernt. Papst Benedikt XVI. ließ sie in etwas veränderter Form 2008 wieder zu. Insbesondere das Johannes-Evangelium durchzieht, wie der Judaist Peter Schäfer in seinem Buch »Kurze Geschichte des Antisemitismus« anschaulich zeigt, ein Antijudaismus und lieferte damit lange Zeit christliche Begründungen für Antisemitismus.

Antisemitismus ist alt und Antisemitismus ist – leider – alltäglich. Antisemitismus ist tief verankert in Klischees, Bildern und Vorstellungen. Und neben

dem subkutan vorhandenen Antisemitismus gibt es einen gewalttätigen Antisemitismus vor allem von rechts, der in Anschlägen seinen Ausdruck findet. Am 9. Oktober 2019 versuchte ein Rechtsextremist an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, in die Synagoge in Halle/Saale einzudringen und ein Blutbad anzurichten. Die massive Holztür verhinderte dies zum Glück. Der Täter tötete daraufhin willkürlich zwei Menschen außerhalb der Synagoge. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Der Verfassungsschutz benennt in seinem jüngsten, im April dieses Jahres vorgestellten Bericht für das Jahr 2020 2.351 antisemitische Straftaten. Das ist der höchste Wert, seit die Erfassung im Jahr 2001 begonnen hat. Von diesen Straftaten sind 57 Gewalttaten. Der weitaus größte Teil wird mit 2.224 antisemitischen Straftaten und 50 Gewalttaten von Rechten begangen.

Doch Antisemitismus beginnt aber nicht erst mit Gewalttaten. Der Verfassungsschutz unterscheidet sechs verschiedene Ausprägungen des Antisemitismus. Angefangen von latenten antisemitischen Einstellungen über verbalisierte Diffamierungen, politische Forderungen, diskriminierende Praktiken, Übergriffe auf Einrichtungen und Personen bis zu systematischer Vernichtung und Mord reicht das Spektrum. Straftat können bereits verbalisierte Diffamierungen sein. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine eindeutige polizeiliche Aufgabe, die mit deutlich mehr Nachdruck verfolgt werden muss.

Der Verfassungsschutz orientiert sich bei der Verfolgung von Antisemitismus an der Arbeitsdefinition, die die »International Holocaust Remembrance Alliance« (IHRA) veröffentlicht hat. Hier heißt es: »Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Ju-

den, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.« Mit Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus wird ausgeführt: »Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.«

Der in Deutschland grassierende Antisemitismus führt zu akuten Gefährdungen von Jüdinnen und Juden und ihren Einrichtungen in Deutschland. In den Fotografien zu diesem Schwerpunkt

### Dass Schutzmaßnahmen in Deutschland erforderlich sind, ist eine Schande

habe ich versucht, etwas von der Bedrückung durch die leider absolut notwendigen Schutzmaßnahmen der jüdischen Einrichtungen, also Synagogen, Gemeindehäuser, Kindergärten und Schulen, einzufangen.

Exponierte Vertreterinnen und Vertreter des Judentums in unserem Land müssen Personenschutz durch das Bundeskriminalamt erhalten. Jüdische Museen müssen bewacht werden. Allein, dass diese Schutzmaßnahmen in Deutschland erforderlich sind, ist eine Schande.

Die Bekämpfung des Antisemitismus, des offenen wie auch des subkutanen, ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Wir alle müssen uns entschieden gegen jede Form des Antisemitismus stellen. Dies gilt natürlich auch oder vielleicht sogar in besonderer Weise für den Kulturbereich. Antisemitismus, ob offen oder verdeckt, muss im Kulturbereich

benannt und unmissverständlich entgegengetreten werden. Wer für die Freiheit der Kunst, wer für Menschenrechte eintritt, muss hier, davon bin ich fest überzeugt, eine eindeutige Haltung zeigen. Dieses gilt sowohl mit Blick auf die Kunst, die ausgestellt, aufgeführt, gelesen und gezeigt wird als auch für die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern.

Wird der erste Teil der Antisemitismusdefinition der IRHA vielfach im Kulturbereich geteilt, sieht es mit dem zweiten Teil der Definition des israelbezogenen Antisemitismus anders aus. Als Gegenentwurf zur Antisemitismusdefinition der IRHA ist die Jerusalem-Declaration zu verstehen, die zwischen Antisemitismus und Antizionismus unterscheidet und eine Möglichkeit zu Israelkritik, speziell mit Blick auf das israelisch-palästinensische Verhältnis, bahnen will.

Die Jerusalem-Declaration öffnet zugleich den Weg in eine Erinnerungskultur, die die Shoah als nur ein Beispiel von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einordnet und damit die Singularität dieses Verbrechens relativiert. Insbesondere im postkolonialistischen Diskurs geht es teilweise darum, die Erinnerung an die Shoah und die Erinnerung an den Kolonialismus miteinander zu vergleichen und kolonialistische Verbrechen als Vorstufe der Shoah anzusehen. Der israelische Soziologe und regelmäßige Autor von Politik & Kultur, Natan Sznajder, setzt sich in seinem jüngsten Buch »Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus« mit dieser Fragestellung auseinander. Sznajder kommt zu dem Schluss, dass es darum gehen muss, das eigene Denken zu erweitern. Er schreibt: »Unser Denken ist in der Vielzahl von Bedeutungen eingeschlossen: weder westlich noch nicht-

westlich, sondern beides. Nicht Kolonialismus oder Holocaust, sondern beides. (...) Diese Ethik opfert weder die Besonderheit, noch geht sie von einer Illusion universeller Gleichheit aus. Universalismus und Partikularismus müssen gemeinsam gedacht und reflektiert werden.« Dieses weitergedacht, heißt, in Deutschland die spezifische Situation der Shoah zu bedenken und zu reflektieren, woraus eine besondere Verantwortung für Verantwortliche von Kultureinrichtungen, Festivals usw. resultiert. Das gilt umso mehr, wenn ausländische Künstlerinnen und Künstler in Deutschland für besondere Kulturereignisse verantwortlich sind. Was geschieht, wenn dies nicht reflektiert wird, ist an den aktuellen Debatten um die documenta fifteen zu sehen, die vom indonesischen Künstlerkollektiv ruangrupa kuratiert wurde. Sie haben bewusst israelische Künstlerinnen und Künstler nicht eingeladen, sondern palästinensischen Künstlerinnen und Künstlern Raum gegeben. Sie haben sich nicht von der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions), die dazu aufruft Israel bzw. israelische Produkte oder Künstler zu boykottieren, distanziert, sondern sind vielmehr mit ihrer Einladungspolitik Teil davon. Wenn Mitte Juni die documenta fifteen ihre Türen öffnet, werden wir sehen, ob es ruangrupa gelungen ist, die spezifische deutsche Situation adäquat zu reflektieren und sich deutlich und unmissverständlich von jeder Form des Antisemitismus zu distanzieren.

Auch nach 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland ist das Leben für Jüdinnen und Juden in unserem Land alles andere als sicher – leider, der Antisemitismus ist noch längst nicht besiegt.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

# Geschichte des Antisemitismus

## Gideon Botsch im Gespräch

Über die begriffliche Unterscheidung von Antijudaismus und Antisemitismus, die Herkunft antisemitischer Vorurteile, Antisemitismus in der DDR und vieles mehr spricht Sven Scherz-Schade mit dem Professor für Politikwissenschaft und Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien Gideon Botsch.

**Sven Scherz-Schade: Herr Botsch, Einstiegsfragen in journalistische Interviews sollen einer Faustregel nach als so genannte »Eisbrecher« nicht allzu schwer und mit den großen Problemen gleich am Interviewanfang daherkommen. Es fällt mir schwer, diese Regel bei unserem Thema »Geschichte des Antisemitismus« zu beherzigen. Sie forschen als Historiker dazu, befassen sich also als Wissenschaftler hauptberuflich mit den düstersten Angelegenheiten der Menschheit. Deshalb frage ich mal als Einstieg aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel: Wann ist Ihnen in Ihrer Forschung und Arbeit das letzte Mal etwas begegnet, das Sie froh und glücklich gestimmt hat?**

Gideon Botsch: Sie dürfen sich das nicht so vorstellen, als wäre mein Beruf ein Trauerlauf. Ich freue mich sehr über die Kontakte zu Studierenden und zum jüngeren Kollegium. Was mich besonders freut: In den letzten Jahren erleben wir im Post-Shoah-Deutschland eine Generation junger Jüdinnen und Juden, die mit gestiegenem Selbstbewusstsein und auch mit fröhlicher Frechheit an Themen herangeht, wie wir das in den Jahren meiner Jugend und davor nicht gehabt haben. Das finde ich eine schöne Situation.

**Antijudaismus gibt es seit der Antike. Von »Antisemitismus« spricht man erst in den letzten hundert, zweihundert Jahren. Warum wird hier begrifflich unterschieden?**

In der Geschichtswissenschaft gilt folgende methodologische Praxis: Wenn in der Geschichte ein neuer Begriff auftaucht, markiert er in der Regel auch einen Wandel. Form, Funktion oder sogar ganze Konstellationen können sich wandeln. Der Begriff »Antisemitismus« ist seit 1880 nachweisbar und er hat seine Vorgeschichte im Verlauf des 19. Jahrhunderts und davor. In dieser Zeit erst wurden die semitischen Sprachen beschrieben und klassifiziert. Es scheint offenkundig, dass sich im 19. Jahrhundert etwas an der Form der Judenfeindschaft ändert, was mit der Durchsetzung der Moderne zusammenhängt. Das Spezifische an dieser »modernen« Judenfeindschaft ist, dass sich die Feindschaft gegenüber Juden von ihren religiösen Wurzeln unabhängig macht. Die religiöse Konnotation taucht natürlich noch weiterhin auf, aber die Judenfeindschaft ist nicht mehr davon abhängig. Der heutige Antisemitismus lässt sich nichtreligiös begründen, oder sogar antireligiös. Die Judenfeindschaft als Antisemitismus bezieht sich auf Entwicklungen und Strukturen in der Moderne, die als negativ empfunden werden und damit wird auch eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte markiert. Die Erscheinungsform der Judenfeindschaft ändert sich. Deshalb sprechen die Geschichtswissenschaften von »Antisemitismus«. Man kann »Antisemitismus« beispielsweise in den Sozialwissenschaften auch anders de-

finieren, so dass man sich auf ältere Epochen zu beziehen hat. Es gibt da ja keine verbindlichen Absprachen.

**Haben speziell die Geschichtswissenschaften eine Definition für den Terminus »Antisemitismus«? Eine historische Herangehensweise wäre kurz gesagt: Moderne Judenfeindschaft, die den Prozess der Modernisierung und der Säkularisierung mitgegangen ist.**

**Antisemitische Vorurteile werden über Generationen kolportiert, mal mehr, mal weniger im Wissen und Bewusstsein derer, die die Vor-**

**urteile kolportieren. Ein antisemitisches Vorurteil etwa schiebt den Juden Reichtum und Gier zu. Kann man die Herkunft solcher antisemitischen Vorurteile zurückverfolgen?** können wir ziemlich klar im Geldhandel des Mittelalters bestimmen. Wo bei es gibt auch hier Vorläufer. Auch schon im Römischen Reich gehörte die jüdische Diaspora – also die Juden, die nicht in Judäa lebten – zu denjenigen Gruppen, die wie etwa die Phönizier eine besondere Rolle im Handel gespielt haben. Dass es aber zu einem aggressiven Vorurteil wird, ist meines Erachtens eine Angelegenheit des Mittelalters.

**Auch der staatlich angeordnete Antisemitismus, der im antisemitischen Staatsterror 1933 bis 1945 gipfelte, hat seine Vorgeschichte.**

ber geführt. Dort kann man Ursprünge der späteren Entwicklung schon feststellen. Wir haben in den Jahren bis zur Reichsgründung Regionen in Deutschland, wo Juden systematisch von Staatsämtern ausgeschlossen werden. Strukturell bleibt diese staatliche Diskriminierung als Problem während des gesamten Kaiserreichs bestehen.

**Die antisemitischen Vorurteile waren damals schon so falsch wie sie es noch heute sind. Trotzdem wird aber heute z. B. dem Antisemitismus des 19. Jahrhunderts häufig ein gewisses Verständnis entgegen-**

te im postkolonialen Kontext andere außereuropäische Menschen immer durch eine bestimmte Brille sieht. Wobei es hier einen Unterschied gibt: Die Funktionen negativer Zuschreibungen sind gegenüber Juden viel breiter. Denn einerseits können sie als arm, minderwertig, schmutzig, ungebildet oder ähnliches abgewertet werden. Andererseits kann das Judentum aber auch als eine gewaltige, gefährliche, weltbeherrschende Macht gesehen werden und das geht in seiner negativen Zuschreibung weit über das hinaus, was wir als bloße Vorurteile oder als Rassismus bezeichnen. Das Phänomen des Antisemitismus reicht weiter.

**Die sozialistischen Staaten hatten sich den Antifaschismus auf die Fahnen geschrieben. Wie war es um den Antisemitismus in der DDR bestellt?**

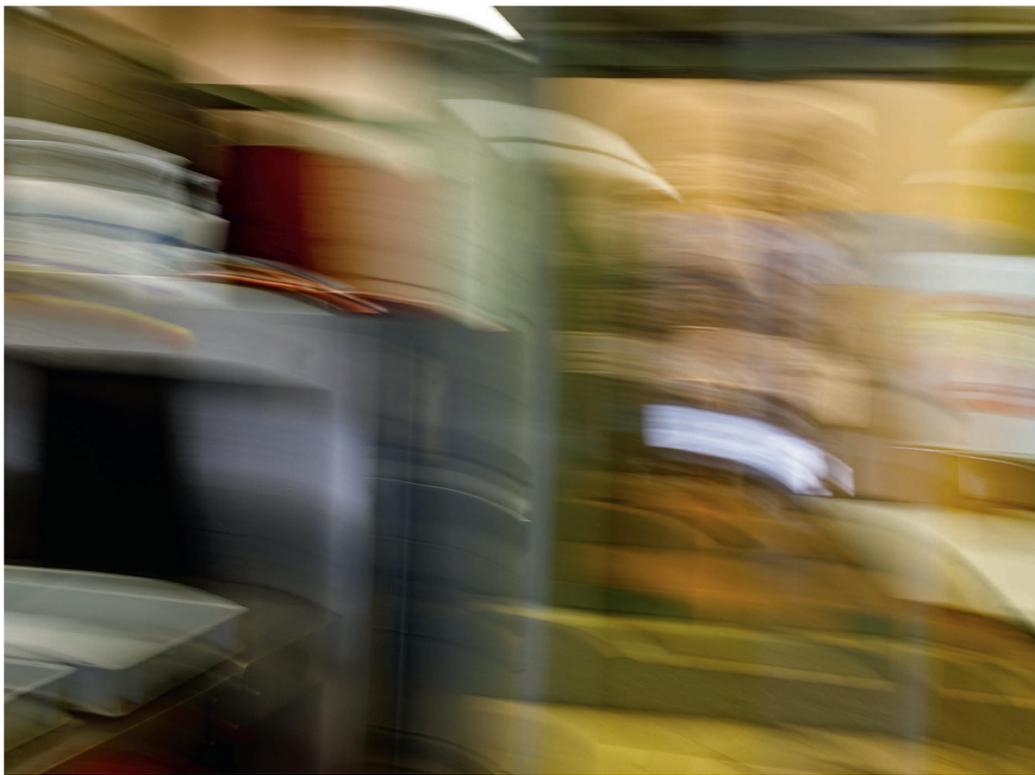
Unter den Ostblockstaaten im Kalten Krieg ist die DDR sicherlich nicht dasjenige Land, in dem sich Antisemitismus am dramatischsten auswirkte. Nach dem antisemitisch motivierten Slánský-Prozess 1952 in Prag verlassen viele Juden die DDR. Das ist ein großer Aderlass. Wir haben auch in der DDR antisemitische Vorurteile, Stereotypen und Verhaltensweisen seitens Partei und Staatsorganen. Und natürlich gibt es die antizionistische Haltung zu Israel. Guckt man sich die Dokumente dieser Zeit an, sieht man in der Propaganda sehr deutlich, dass die DDR in ihrer Feindschaft gegenüber Israel auch antijüdische und antisemitische Vorurteile bemüht.

**In Westdeutschland hingegen wurde der Antisemitismus lange ausschließlich dem rechtsradikalen Lager zugeschoben. Aber war er nicht genauso in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen? Was wissen wir heute darüber?**

Wir können mit Sicherheit sagen, dass Antisemitismus ein Querschnittsproblem ist. Der Antisemitismus im Rechtsextremismus unterscheidet sich davon insofern, weil er dort konstitutiver Bestandteil rechtsextremer Ideologien ist, dort fest dazugehört und auch aggressiv propagiert wird. Im anderen Teil der Gesellschaft hingegen ist der Antisemitismus mal mehr, mal weniger stark anzutreffen, aber er durchzieht die Gesellschaft. Aufgrund der messbaren Daten aus Einstellungsbefragungen kann man generell sagen, dass antisemitische Vorurteile tendenziell leicht rückläufig sind. Wir haben auch Phänomene der Menschenfeindlichkeit, die deutlich ausgeprägter sind. Dazu etwa gehören die immer noch stabilsten, massivsten Vorurteile, die wir messen können, gegen Sinti und Roma, was wir als »Antiziganismus« bezeichnen. Der Antisemitismus jedoch verläuft leicht rückläufig, allerdings mit markanten Ausschlägen, die mit bestimmten Mobilisierungswellen zu tun haben. Sie treten insbesondere nach bestimmten Ereignissen im Nahost-Konflikt auf. Dann stellen wir auch Verstärkungen der antisemitischen Einstellungen fest.

**Vielen Dank.**

**Gideon Botsch ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam. Sven Scherz-Schade ist freier Journalist**



Neue Synagoge, Berlin: Sicherheitskontrolle Gepäckscanner

FOTO: OLAF ZIMMERMANN

**Methodisch muss man immer fragen, wo und in welchem Kontext uns bestimmte Motive der Judenfeindschaft oder Antisemitismus zum ersten Mal begegnen. Welche Ursprünge gibt es, welche weitere Entwicklung und welchen Wandlungsprozess? Das kann man versuchen herauszufinden und in manchen Fällen gelangt man vielleicht auch an den Ursprung zurück. Das Vorurteil »reich« und »gierig« ist historisch sicherlich gut zu verorten. Die Existenz der Juden wird in der nichtjüdischen, christlichen Umwelt durch bestimmte Verfahren der Diskriminierung und Gesetzgebung darauf begrenzt, eine Funktion im Geldverleih wahrzunehmen. Funktionen, die wiederum Christen verboten sind. In der muslimischen Welt läuft das parallel, aber nicht mit der gleichen Aggressivität. So haben wir phasenweise im Handel mit Geld und Zins in Europa eine jüdische Präsenz, während andere Berufsgruppen für Juden sehr beschränkt sind. Kaufmännische oder handwerkliche Berufe sind ihnen verwehrt, sie dürfen kein Land erwerben. Der Blick auf die reale Erscheinungsform zeigt, dass die Konditionen des Zinses für den Kreditnehmer oftmals gar nicht so schlecht sind. Das hängt damit zusammen, dass Juden als Kreditgeber auch besonders vorsichtig sein müssen, weil sie Anfeindungen ausgesetzt sind. Stereotyp und Vorurteil aber lassen sich durch diese Konstellationen sehr leicht mobilisieren. Die Wurzel davon**

**Kann man auch hier Ursprünge und Wurzeln ausmachen?**

Die Rechtsposition der Juden im alten Heiligen Römischen Reich ist, dass sie persönliches Eigentum des Kaisers sind. Er kann sie, salopp gesagt, wie Sklaven an seine Vasallen verleihen, die dann wiederum ihren Nutzen aus den Juden ziehen können. Das ist die alte Situation. Diese besondere weltliche Rechtsprechung wird ein bisschen durch die kirchliche Rechtsprechung konterkariert, die die Juden ja ausgrenzt. Hier wird das Spannungsverhältnis zwischen Welt und Kirche, dem Reich auf Erden und dem Reich Gottes, deutlich. Der Historiker und Holocaustforscher Raul Hilberg und auch der Soziologe und Politikwissenschaftler Daniel Jonah Goldhagen, beide haben eine Parallelisierung der kirchenrechtlichen Ausgrenzung der Juden seit der Spätantike und im Mittelalter mit den NS-Rassegesetzen beschrieben. Was man auch vergleichen kann, ist das spanische Ausnahmerecht seit dem 14. Jahrhundert, das tatsächlich der späteren Rassegesetzgebung vorzugreifen scheint. Hier zeigt sich eine Reihe von Parallelen. Zu berücksichtigen gilt: Der Staat im Übergang zum modernen Nationalstaat damals definiert sich als ein christlicher Staat. Und die Debatte, die um diesen christlichen Staat etwa in Deutschland im ausgehenden 18. Jahrhundert an Fahrt aufnimmt, richtet sich auch auf die Frage, welche Rechte die Juden im Staat haben. Können sie z. B. das Lehramt ausüben, Beamte oder Offiziere werden? Nach dem Emanzipationsedikt von 1812 in Preußen werden in ganz Deutschland, also in allen deutschen Teilstaaten, heftige Debatten darü-

**gebracht mit der Argumentation, diese oder jene antisemitische Haltung sei damals eben gesellschaftsfähig bis üblich gewesen. Schreibt man damit die Geschichte des Antisemitismus fort in die Zukunft?**

Wenn wir diese rechtfertigende Haltung einnehmen, kommen wir nicht an die schmerzlichen Debatten heran, die wir führen müssen. Selbstverständlich muss man erklären und kontextualisieren. Und selbstverständlich muss man unterscheiden zwischen Personen, die sich in öffentlichen Debatten – oder gar durch Organisationen, Politik und Gewalt – judenfeindlich geäußert haben und Personen, die in privaten Briefen judenfeindlich geschrieben haben, etwa wie bei Wilhelm von Humboldt und seiner Frau Caroline. Da darf man nicht alles über einen Kamm scheren. Man muss wissen, dass das gesellschaftliche Vorurteil gegen Juden in dieser Zeit weit verbreitet ist. Was wir uns klar machen sollten, ist, wie stark der gesamte Bereich unserer Kultur und Zivilisation von antijüdischen Wirklichkeitswahrnehmungen durchzogen ist und wie tief das geht. Wir bauen auf einer Kultur auf, die – wie es der Historiker David Nirenberg in einer glänzenden Übersichtsstudie versucht hat zu zeigen – daran gewöhnt ist, dass es bestimmte Positionen, Verhaltensweisen und -muster gibt, die gesellschaftlich abgelehnt und mit dem Begriff des »Judaisierens« gefasst oder als »jüdisch« oder »den Juden ähnlich« dargestellt werden. Und diese Ansichten schleichen sich in unsere Köpfe und Gedanken, wo wir uns dessen gar nicht bewusst sind. Das geschieht ganz parallel auch bei der Wirklichkeitswahrnehmung, die heu-

# »Alle Lager müssen miteinander reden«

Felix Klein im Gespräch

Seit Mai 2018 ist Felix Klein Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Mit Ludwig Greven spricht er über die Debatte um die diesjährige Documenta, BDS und vieles mehr.

**Ludwig Greven: Was halten Sie als Antisemitismus-Beauftragter von »Anti-Antisemitismus«?**

Felix Klein: Wir wollen Antisemitismus in jeder Form bekämpfen, auch den israelbezogenen. Deshalb finde ich diesen Begriff gut, der sich vor allem im Kulturbereich etabliert hat. Er muss aber noch deutlicher ausgefüllt werden.

**Das indonesische Veranstalterkollektiv ruangrupa wollte über ihn auf der diesjährigen Documenta »im postkolonialen Kontext« diskutieren, nachdem dem Kollektiv selbst Judenfeindlichkeit vorgeworfen wurde. Allerdings ohne die Vertretung der Opfer, dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Nun haben sie die Diskussion abgesagt. Aus Angst vor Kritik an ihnen selbst?**

Die Diskussion ist dringend notwendig. Das zeigt ja auch wieder die Debatte, die sich an der Absage entsponnen hat. Alle Lager müssen miteinander reden. Es war ein großer Fehler, den Zentralrat der Juden nicht einzubinden, obwohl er dazu bereit war und es Kontakte gab. Dass plötzlich auch über »anti-palästinensischen Rassismus« gesprochen werden sollte, war mindestens seltsam. Ich kannte den Begriff bis dahin gar nicht. Es sollte doch in erster Linie um Antisemitismus gehen. Deshalb ist die Absage nur konsequent. Ich bin wie Kulturstaatsministerin Claudia Roth der Ansicht, dass nun Vertrauen wiederhergestellt werden muss. Wichtig wäre aus meiner Sicht, auch jüdische Künstlerinnen oder Künstler aus Israel zur Documenta einzuladen. Das ist bislang nicht vorgesehen.

**Fällt das nicht in die künstlerische Freiheit der Veranstalter?**

Ja sicher, aber die Aussage der Kuratoren, dass sie nicht auf die nationale Herkunft schauen, halte ich für unbefriedigend. Dass Kunst auch politisch sein kann und es hier auch sein sollte, im Sinne von ruangrupas eigenem Anspruch, das zeigen ja gerade die aufgeheizten Vorgänge.

**Bestätigt die Nicht-Einladung jüdischer und israelischer Künstler den Vorwurf an die Ausstellungsmacher, dass sie BDS nahestehen? Denn der Boykott gilt ja auch Künstlern.**

Diese Annahme liegt zumindest nahe. Das Kuratorenteam sollte glaubwürdig darlegen, dass es niemanden boykottiert.

**Eingeladen wurden stattdessen palästinensische Künstler, die sich klar antisemitisch äußern.**

Auch da wären Erklärungen der Veranstalter notwendig. Man kann ja nun wirklich nicht sagen, dass in Deutschland postkoloniale Stimmen und solche des globalen Südens nicht genug gehört würden. Das hat ja schon die breite Debatte um die Ausführungen von Achille Mbembe gezeigt. Es gäbe immer noch die Chance, dass man postkolonialistische Positionen mit der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit zusammenbringt. Die-

se Chance wurde im Vorfeld der Documenta leider verpasst.

**Hätte Kulturstaatsministerin Roth früher eingreifen müssen?**

Das hat sie. Sie ist nach Kassel gefahren und hat versucht, die verschiedenen Seiten in einen Dialog zu bringen. Dass ihre Gesprächsangebote ausgeschlagen wurden, ist schwer verständlich.

**Öffentlich hat sie aber erst Stellung bezogen, als sich der Zentralrat der Juden beschwerte. Und sie hat 2019 auch nicht die Anti-BDS-Resolution des Bundestags mitgetragen.**

Weil sie das nicht getan hat, wird ihr Handeln jetzt von vielen jüdischen Organisationen besonders kritisch begleitet. Aber bei der Documenta war sie schon im Vorfeld aktiv, weil sie die Problematik gesehen hat.

**Ist BDS insgesamt antisemitisch? Oder nur in Teilen, wie Claudia Roth damals argumentiert hat und wie es auch Künstler und Wissenschaftler sagen?**

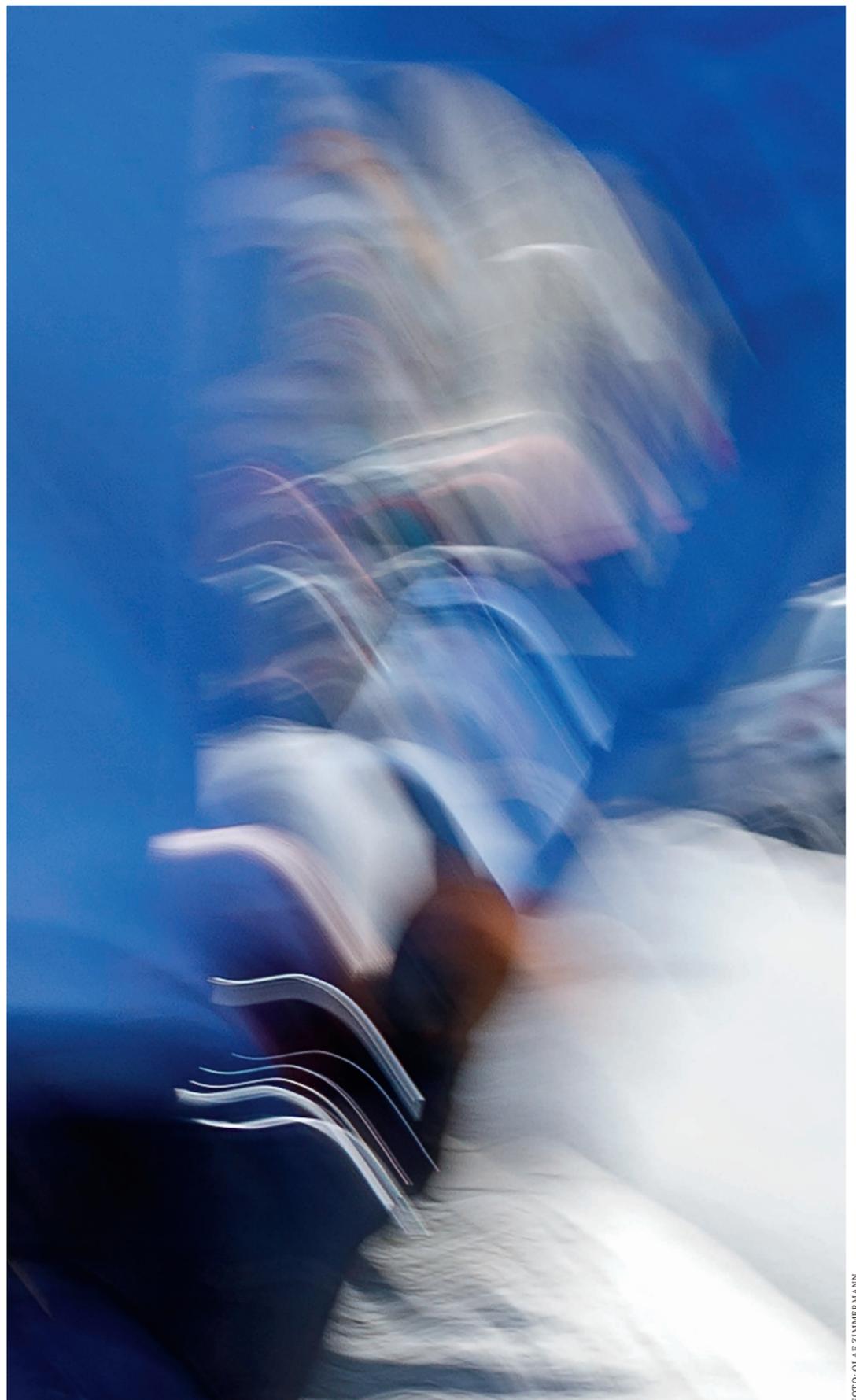
BDS ist ein loser Verbund, keine feste Organisation. Darin gibt es sehr viele Radikale insbesondere in der arabischen Welt, die das Existenzrecht Israels negieren und auch sonst eindeutig antisemitische Narrative bedienen. Auch in Deutschland sagen etliche, das gehöre dazu, oder sie lassen es sich selbst zurechnen. Deswegen kann man sagen, dass BDS in Bezug auf Ziele und Methoden antisemitisch agiert. Die große Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft – nicht nur in Deutschland – empfindet die Boykottbewegung als Bedrohung. Diese Rückmeldung bekomme ich immer wieder. Diesen Befund sollte die Politik ernst nehmen und entsprechend handeln. Ein Ausdruck war die Resolution des Deutschen Bundestags. Das Parlament hat ein Zeichen der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft und mit Israel gesetzt.

**Manche Künstler betrachten die BDS-Resolution jedoch als Eingriff in ihre künstlerische Freiheit.**

Der Beschluss hat keine unmittelbare, gesetzliche Wirkung. Er drückt die Haltung einer breiten Mehrheit des Bundestags und der Gesellschaft aus. Den Boykottaufruf an die Staatsangehörigkeit zu knüpfen, nicht an ein konkretes, individuelles Handeln, und insbesondere Juden mit Israel gleichzusetzen, halte ich für antisemitisch. Eine solche Kollektivhaftung tritt die Rechte von Minderheiten mit Füßen. Künstlerinnen und Künstler können – wie alle – selbstverständlich die israelische Politik kritisieren. Aber Antisemitismus, auch israelbezogener, darf bei uns, im Land der Täter, keinen Raum haben, auch nicht in der künstlerischen Auseinandersetzung. Sobald Steuergelder eingesetzt werden wie bei der Documenta, darf sich niemand wundern, wenn Vertreter des Staates und große Teile der Öffentlichkeit dann Einspruch einlegen. Auch das ist ein normaler Teil des Diskurses.

**Weshalb äußern viele Künstler pauschale Kritik an Israel?**

Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Weltöffentlichkeit und die Medien sehr auf den Nahost-Konflikt konzentrieren, obwohl es andere Konflikte gibt, die oftmals viel härter geführt werden. Davon sind Künstler



Jüdisches Gymnasium Moses Mendelssohn, Berlin: Schusswaffe eines Polizisten

nicht frei. An Israel werden Maßstäbe angelegt wie an keine andere Demokratie. Wo sind die Künstler, die sich für die Frauenrechte in Afghanistan einsetzen oder für die Menschenrechte in Tibet? Manche gehen auch schlicht antisemitischen Erzählungen auf den Leim. Ein Merkmal des israelbezogenen Antisemitismus ist gerade, dass er den Betroffenen oft nicht bewusst ist. Künstler sollten sehen, dass in Israel jetzt Vertreter der arabischen Minderheit mitregieren – ein Akt der Emanzipation von der palästinensischen Führung in Ramallah. Auch die Annäherung einiger arabischer Staaten an Israel mit ihren positiven Auswirkungen zeigt, dass der Weg der totalen Blockade dieses Landes der falsche ist.

**Sie sind von der neuen Bundesregierung in ihrem Amt bestätigt worden. Antisemitismus nimmt in Deutschland trotz aller Bemühungen auch von ihnen in allen Schichten von rechts bis links zu.**

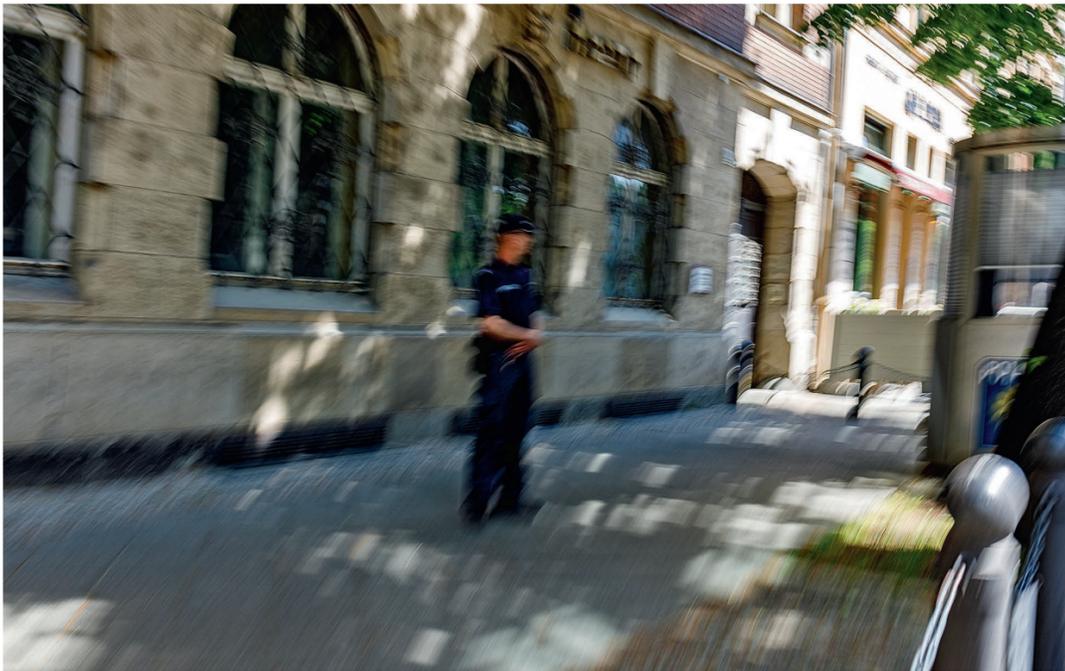
**Sind sie manchmal frustriert, wie wenig sie letztlich bewirken können?**

Ich könnte dieses Amt nicht ausüben, wenn ich nicht optimistisch wäre. Und wir haben in den letzten Jahren ja einiges erreichen können: Bei meinem Amtsantritt etwa waren nur ca. 20 Prozent der Ansicht, dass Antisemitismus ein gravierendes Problem in der deutschen Gesellschaft ist, heute sind es fast zwei Drittel. Das Bewusstsein dafür ist sehr gewachsen. Die jüdische Gemeinschaft fühlt sich dadurch besser, solidarischer aufgehoben. Dass wir ein Allzeithoch antisemitischer Straftaten haben, ist auch darin begründet, dass das Dunkelfeld stärker ausgeleuchtet wird. Betroffene, die das vorher gescheut haben, gehen nun zur Polizei, weil die Rechtslage verbessert wurde und das Vertrauen in die Behörden gewachsen ist. Das Verbrennen ausländischer Fahnen wurde unter Strafe gestellt. Und wir haben einen neuen Straftatbestand der verhetzenden Beleidigung,

der bis dahin bestehende Strafbarkeitslücken geschlossen hat. Das waren beides Anregungen von mir. Gut ist auch, dass die Justiz schärfer vorgeht, etwa gegen das Zeigen von sogenannten Judensternen mit der Aufschrift »Ungeimpft« bei den Corona-Demonstrationen. Holocaust-Leugnung und -Relativierung sind schon lange verboten, aber jetzt wird dies endlich konsequent verfolgt. Auch in der Antisemitismusprävention haben wir einige Erfolge zu verzeichnen. Dennoch haben wir immer wieder schreckliche Rückschläge. Das Attentat von Halle war der schlimmste Tag in meiner Amtszeit. Solche Ereignisse dürfen aber nicht dazu führen, dass wir aufgeben.

**Vielen Dank.**

**Felix Klein ist Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Ludwig Greven ist freier Publizist**



Neue Synagoge, Berlin: Polizeistreife

## Importierter Antisemitismus?

Dialog suchen, aufklären, erklären, Begegnung schaffen

AHMAD MANSOUR

Antisemitismus in Deutschland ist alltäglich geworden. Er agiert brutaler und selbstsicherer, einerlei, ob es um den klassisch-rechtsradikalen oder den linken Antisemitismus geht. Die Judenfeindlichkeit findet sich auch offen bei den Coronaleugnern, in der Wissenschaft und in der Mitte der Gesellschaft, aber auch unter Muslimen. Neuen Studien zufolge hat die Hälfte der muslimischen Menschen eine antisemitische Einstellung. Eine traurige Realität!

### Der Versuch einer Erklärung

Bei muslimischen Jugendlichen in Deutschland sind vielfältige antisemitische Stereotypen zu finden. So zirkulieren seit einigen Jahren bei Jugendlichen verstärkt Verschwörungstheorien, die sich um die Herrschaft der Juden in der Finanz- und Weltpolitik drehen. Juden seien Kriegstreiber, hätten den 11. September geplant und durchgeführt, seien verantwortlich für die Coronapandemie und den Ukraine-Krieg, Juden seien ausgefuchst, geldgierig und beherrschten die Medien. Die Hip-Hop-Szene und emotionalisierte Bilder und Videos in den sozialen Medien propagieren solche Stereotypen zusätzlich, mal unterschwellig, mal sehr deutlich. Dieses Phänomen ist keineswegs ein rein muslimisches. Viele solcher Verschwörungsnarrative sind auch in der Mehrheitsgesellschaft weit verbreitet und seit dem Ausbruch der Coronapandemie sichtbarer geworden.

Noch zentraler für die Erstarkung des Antisemitismus unter Jugendlichen ist aber der Nahostkonflikt: ein regionaler Konflikt, der seit der Gründung Israels in den Erzählungen, den Narrativen sowie im Alltag der meisten Menschen im Nahen Osten bis heute präsent ist. Einst brauchte die neu geschaffene Idee des Panarabismus eine gemeinsame Aufgabe und ein gemeinsames Feindbild. Israel wurde über Jahrzehnte in Syrien, im Libanon, in Jordanien, im Irak, in Ägypten und vielen anderen arabischen Ländern mit Ablehnung und Hass bedacht. Dies führte zu einer emotionalisierten Wahrnehmung des Konflikts in Schwarz-Weiß-Bildern. Es wird kaum zwischen Israelis und Juden unterschieden. Die Stimmung gegenüber

Juden ist oft sehr aggressiv und die Klischees sind deutlicher ausgeprägt. In den Medien, in den Schulbüchern und im Alltag ist die Ablehnung gegenüber Israel weiter verbreitet, als man denkt

Die neo-osmanische Außenpolitik der Regierung Erdogans und ihre in den vergangenen Jahren verstärkte Orientierung an den arabischen Ländern führte dazu, dass auch unter türkischstämmigen Menschen in Deutschland der Staat Israel zunehmend feindlich wahrgenommen und als Feindbild dargestellt wird. All dies befördert einen unreflektierten Israel-Hass türkischer Jugendlicher, auch hier in Deutschland. Darüber hinaus ist auch ein islamistisch argumentierender Antisemitismus auf dem Vormarsch. Radikale islamistische Gruppierungen sprechen oft von Juden als Feinde des Islams. In seinen ersten Jahren als Prophet versuchten Mohammed und der Koran, die Juden durch Anwerbung an sich zu binden. In dieser Zeit klangen die koranischen Verse, welche die Juden ansprachen oder ihre Geschichte darstellten, sehr versöhnend. Sowohl der Koran als auch Mohammed betonten immer wieder die Ähnlichkeiten zwischen Judentum und Islam. Als die Muslime aber die Stadt Medina eroberten und 627 n. Chr. den ersten islamischen Staat unter der Herrschaft Mohammeds gründeten, änderte sich die Beziehung und die Ansprache des Propheten zu den dort lebenden jüdischen Stämmen. Die Sprache war nun aggressiver, anklagender, enttäuschter. Es kam schließlich zu militärischen Auseinandersetzungen, weil Mohammed den in Medina ansässigen Juden vorwarf, sich mit feindlichen arabischen Gruppen verbündet zu haben. Er vertrieb einen Großteil der Juden, ließ die verbliebenen mehreren hundert jüdischen Männer töten und versklavte ihre Frauen

Auch wenn es nur wenige gesicherte Belege dafür gibt, dass die Auseinandersetzung zwischen Muslimen und Juden tatsächlich so verlief wie in der muslimischen Überlieferung beschrieben, ist dieses Narrativ bis heute theologisch wie gesellschaftlich sehr präsent geblieben.

Doch mit der Gründung des Staates Israel und der zunehmenden Islamisierung des Nahostkonflikts durch Akteure des politischen Islam kippte die Stimmung, und alte religiöse Argumentationen lebten wieder auf. So schrieb Sayyid

Qutb, der moderne Gründervater des islamischen Terrors, mehrfach von »unserem Kampf gegen die Juden«. In unterschiedlichen Artikeln begründete er Anfang der 1950er Jahre ausführlich, warum es einen theologischen Kampf zwischen Muslimen und Juden geben müsse. Es folgten regionale sowie nationale Konflikte zwischen den säkularen arabischen Staaten, die sich durch die Ideologie des Panarabismus versuchten zu definieren, und Israel wurde allmählich zu einer Grundsatzfrage der arabischen Regimes. Diese machten ihre eigene Existenz von der Fähigkeit, Israel zu besiegen, abhängig. Doch spätestens 1967 mit der erneuten Niederlage der arabischen Länder und der Eroberung von Ost-Jerusalem – einem der aufgrund der Al-Aqsa-Moschee heiligsten Orte der Muslime – durch israelische Kräfte scheiterte der Panarabismus. Er konnte nicht liefern, was er versprochen hatte. Diese Krise nutzten die islamistischen Kräfte, um im Kampf gegen Israel die Führung zu übernehmen, und so machten sie aus dem Nahostkonflikt eine Angelegenheit des Islam überhaupt, stilisiert zu einem seit Jahrtausenden ausgefochtenen Kampf zwischen Muslimen und Juden.

Wer heute in historischen Ansprüchen, in Korantexten oder Hadithen Stellen finden möchte, die sich als Kampfansage gegen die Juden deuten lassen können, wird fündig. Auf israelfeindlichen Demonstrationen werden dann Parolen gerufen, wie »Khair, Khaibar ya Yahud, jaysh Muhammad sawfa ya'ud!« – auf Deutsch: »Oh Juden, die Armee Mohammeds wird zurückkehren«. Die Demonstrationen beziehen sich damit auf die bereits erwähnte militärische Auseinandersetzung zwischen der Armee Mohammeds und den jüdischen Stämmen im 7. Jahrhundert und liefern so eine Rechtfertigung für den aktuellen Hass auf Juden.

Dieser Hass ist heilbar. Das lässt sich an den Friedensabkommen mehrerer muslimischer Länder mit Israel ablesen. In den letzten Jahren haben mehrere muslimische Gruppen freiwillig Auschwitz besucht und versuchen, über Antisemitismus aufzuklären. Auch hier in Deutschland merke ich in meiner Arbeit: Die Jugendlichen sind zu erreichen, wenn man den Dialog sucht, wenn man aufklärt und erklärt und vor allem, wenn man Begegnung schafft. Denn viele Muslime haben noch nie mit Juden gesprochen. Sie emotional zu erreichen, um die Komplexität des Nahostkonflikts darzustellen, kann einen Beitrag zu Überwindung des Judenhasses leisten.

Ahmad Mansour ist Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention

## »Wir treten diesen Anschuldigungen entgegen«

Über Antisemitismus in der politischen Linken

TOM UHLIG

Im Rahmen der documenta fifteen wurden zu keinem Zeitpunkt antisemitische Äußerungen gemacht. Wir treten diesen Anschuldigungen entschieden entgegen und kritisieren den Versuch, Künstlerinnen und Künstler zu delegitimieren und sie auf Basis ihrer Herkunft und ihrer vermuteten politischen Einstellungen präventiv zu zensieren«, heißt es in einem offenen Brief des Künstlerkollektivs ruangrupa vom Mai 2022. Die Gruppe wurde unter anderem kritisiert, weil sie Künstlerinnen und Künstler zur Documenta eingeladen hatte, die der antiisraelischen Boykottbewegung Boycott, Divestment & Sanctions (BDS) nahestehen sollen. So dünn belegt die Vorwürfe zunächst auch waren, so sehr schien sich ruangrupa zu bemühen, ihnen Recht zu geben. Eine eilig zusammengestellte Diskussionsreihe unter dem Titel »Wir müssen reden« sollte den Antisemitismusvorwurf zum Gegenstand machen. Etwa die Hälfte der angekündigten Sprecherinnen und Sprecher unterstützt entweder aktiv die BDS-Kampagne oder argumentierte für ihre Verharmlosung. Der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisierte die Reihe aufgrund ihrer »eindeutigen Schlagseite zugunsten des Antisemitismus«, sodass sie wieder abgesagt wurde.

Der Streit um die Documenta spiegelt eine gewisse Ratlosigkeit im Umgang mit Antisemitismus in der politischen Linken. Der Antisemitismusvorwurf wird häufig als überempfindlicher Versuch interpretiert, linksradikale oder antirassistische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Die Diskussion verlagert sich vom Inhalt des Vorwurfs auf diesen selbst. Antisemitismus wird zum »Streitfall« erklärt, die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden wird diskutabel gemacht, anstatt ihr entgegenzutreten. Nicht selten wähen sich dann die Kritisierten selbst als Opfer eine Kampagne. Mit dieser Verschiebung wird auch für Unbeteiligte immer schlechter, um was es denn eigentlich geht. Das ist wenig verwunderlich, äußert sich Antisemitismus in der politischen Linken doch wesentlich verdeckter als z. B. bei Neonazis oder im Islamismus. Antisemitismus in der Linken richtet sich selten direkt gegen Jüdinnen und Juden, sondern setzt Chiffren an ihre Stelle. Es geht dann gegen die »Zinsgeldknechtschaft«, Israel oder eine vermeintlich obsessive Beschäftigung Deutschlands mit der Schoah. Diese Argumentationsweisen sind nicht offen antisemitisch, sie sind es strukturell. Das Resentiment gegen Jüdinnen und Juden bricht sich historisch wie aktuell in mindestens drei Aktionsfeldern linker Politiken immer wieder Bahn: Kapitalismuskritik, Antiimperialismus und Erinnerungspolitik.

Im Falle der sogenannten regressiven Kapitalismuskritik wird das Kapitalverhältnis, in das alle verstrickt sind, verdinglicht, das heißt einigen wenigen Personen angelastet. Als Gesellschaftsform durchdringt der Kapitalismus sämtliche Lebensbereiche und ist nicht voluntaristisch aufzuheben. Man steht dem Kapitalismus gewissermaßen ohnmächtig gegenüber, was eine kränkende Einsicht sein kann. Diese Kränkung wird umgangen, indem man die Mehrheit der Menschen, vor allem

aber sich selbst, davon ausklammert: Alles wäre in Ordnung, wenn da nicht die »gierigen Blutsauger« und »Parasiten« wären. Diese Personalisierungen sind anschlussfähig an historisch tradierte antisemitische Bilder, nach denen Juden mit dem Kapitalverhältnis assoziiert werden. Der klassische Antisemitismus nimmt ebenfalls eine verzerrte Vereinfachung vor, nämlich der internationalen Beziehungen. Es werden globale Interventionen mächtiger Staaten kritisiert, die dann der vermeintlichen Ursprünglichkeit autochthoner Gemeinschaften entgegengestellt werden. Allerdings hat diese Interpretationsschablone eine eindeutige Schlagseite: Zumeist wird ein Manichäismus bedient, nachdem allein die USA und Israel für kriegerische Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht werden. Die USA und Israel werden als »künstliche« Gesellschaften den »natürlichen« Gemeinschaften gegenübergestellt. Im Falle Israels geht das so weit, dass dem Staat grundsätzlich die Legitimität abgesprochen wird. Nicht das Handeln des Staates soll das Problem sein, sondern dessen bloße Existenz. Die BDS-Kampagne ist derzeit eine der weltweit populärsten Erscheinungsweisen dieser Denkform.

Über das dritte Aktionsfeld, die Erinnerungspolitik, wird gegenwärtig verstärkt diskutiert. Es wird behauptet, Deutschland sei einseitig auf die Schoah fixiert und wogegen ein »multiperspektivisches Erinnern« vorgeschlagen wird, dass andere Völkermorde wie beispielsweise die deutsche Kolonialgeschichte integriert. Der Anspruch, Erinnerung auszuweiten und vergessenen Opfern einen Platz im öffentlichen Gedenken zu geben, läuft allerdings bisweilen darauf hinaus, die Singularität der Schoah in Abrede zu stellen. Wenn die Schoah in eine Universalgeschichte des Genozids eingereiht wird, kann das entlastend wirken. Die Schoah wird dann nicht mehr als Zivilisationsbruch verstanden, sondern als Verbrechen, wie andere sie auch begangen haben. Zum Verständnis der Kolonialgeschichte trägt das wenig bei. Besonders unheimlich wird diese Entkonkretisierung, wenn sie sich dem begrifflichen Baukasten bedient, den auch die völkische Rechte nutzt. So hat z. B. Dirk A. Moses jüngst von einem »Katechismus der Deutschen« gesprochen, was beinahe identisch mit der neonazistischen Rede von einer »Holocaust-Religion« ist.

Die Selbstkritik von Antisemitismus in der Linken ist eine notwendige Voraussetzung, überhaupt progressive linke Politiken machen zu können. Wo das Kapitalverhältnis personalisiert wird, verfehlt die Kritik ihren Gegenstand. Wenn allein Israel und die USA für internationale Konflikte verantwortlich gemacht werden, bleibt eine grundlegende Staatskritik auf der Strecke. Wer die Erinnerung an die Schoah in einer allgemeinen Geschichte der Gewalt auflösen möchte, verliert das historisch Konkrete aus dem Blick. Linker Antisemitismus konterkariert linke Politik und gefährdet vor allem das Leben von Jüdinnen und Juden. Obgleich wahrscheinlich viele derer, die aus einer linkspolitischen Position heraus antisemitische Ressentiments verbreiten, Angriffe gegen Jüdinnen und Juden verurteilen würden, nähren sie doch die ideologischen Grundlagen für solche Angriffe.

Tom David Uhlig ist politischer Referent in Frankfurt

# Konstitutives Element

## Antisemitismus im Rechtsextremismus

GABRIELE SCHULZ

**A**ntisemitismus gehört zu den konstitutiven Elementen des Rechtsextremismus. Dies gilt sowohl für das rechtsextremistische Parteienspektrum als auch rechtsextremistische Bewegungen. Der Antisemitismus ist das einigende Band der unterschiedlichen Ausprägungen des Rechtsextremismus. Er gehört zu den zentralen gemeinsamen ideologischen Grundsätzen. Zum rechtsextremen Antisemitismus zählt neben Judenfeindschaft auch der Geschichtsrevisionismus, d. h. die Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust.

fung des politisch motivierten Antisemitismus muss es daher darum gehen, insbesondere das rechte Spektrum in den Blick zu nehmen.

### Rechtsextreme Parteien

Von den rechtsextremen Parteien ist zuerst die 1964 gegründete NPD zu nennen. Sie verfügt über ein festes antisemitisches Grundgerüst, hetzt gegen Juden und Ausländer und verbreitet gängige Verschwörungstheorien. Die Partei ist offen israelfeindlich. Nachdem die Terrorserie des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) 2011 aufgedeckt wurde, wurde im Jahr 2012 ein Verbotsvor-

rechten Parteien den Antisemitismus am offensivsten. Dazu gehören unter anderem Wahlplakate mit Aufschriften »Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!« usw. Die Partei nimmt nationalsozialistische Parolen auf, so z. B. »die Imagination ›des Juden‹ als Herrscher über das Finanzkapital und damit als Sündenbock für vermeintlich negative ökonomische Prozesse«, so der oben genannte Verfassungsschutzbericht.

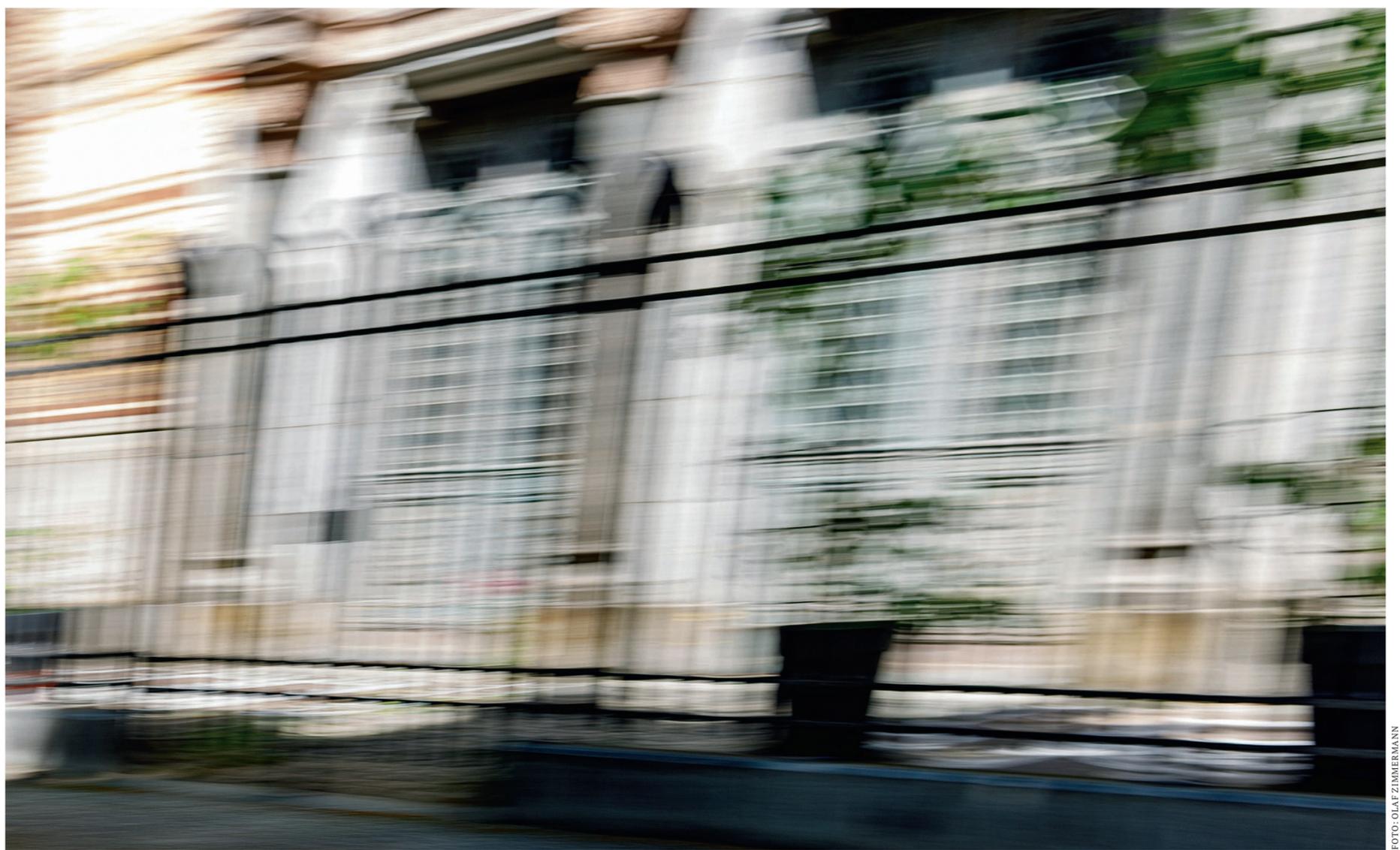
Auch die Partei Der III. Weg ist in der Neonazi-Szene zu verorten. Ihr Antisemitismus ist teils verdeckter und konzentriert sich vor allem auf Israelfeindschaft. Dabei werden teilweise israelfeindliche und palästinensische Symbo-

entiert. So gehörte der Attentäter auf die Synagoge in Halle/Saale am 9. Oktober 2019 zum rechtsextremen Spektrum. Gewalttaten wie der erwähnte Anschlag in Halle sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs antisemitischer Straf- und Gewalttaten.

Eine wichtige Rolle im Rechtsextremismus nimmt rechte Musik ein. Der Verfassungsschutz schreibt hierzu in seinem oben genannten Bericht: »Die rechtsextremistische Musikszene ist grundlegend von der Verbreitung von ›fremden‹-feindlichem, rassistischem, antisemitischem, den Nationalsozialismus verherrlichendem und den Holocaust leugnenden Gedankengut geprägt.« Rechtsextremistische Musik ist in der Szene ein Mobilisierungsmedium. Um Indizierungen oder Verboten zu entgehen, werden die Tonträger, so der Verfassungsschutz, teilweise auf Rechtsverstöße im Vorfeld juristisch geprüft.

auch bei Jugendlichen beliebt, die keine antisemitische Grundeinstellung haben. Das bedeutet, dass antisemitische Inhalte insbesondere über den Gangsta-Rap, aber auch durch andere Musikstile Jugendliche erreichen. Dabei ist, so Grimm und Baier, die Fähigkeit von Jugendlichen Antisemitismus zu erkennen bzw. zu dechiffrieren schwach ausgebildet. Sie empfehlen medienpädagogische Präventionsmaßnahmen.

Darüber hinaus gilt es sicherlich auch, innerhalb des Musikbereiches das Thema rechtsextreme bzw. antisemitische Musik intensiver zu diskutieren und sich mit diesem Marktsegment auseinanderzusetzen. In keinem anderen künstlerischen Genre spielen rechtsextreme bzw. antisemitische Inhalte eine so große Rolle bzw. haben eine so große Verbreitung wie in der Musik. So haben beispielsweise im Gegensatz zu Musik Druckerzeugnisse, also Zeitun-



Neue Synagoge, Berlin: Schutzgitter

Werden antisemitische Straf- und Gewalttaten in den Blick genommen, wird offenkundig, dass der größte Teil von rechts stammt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist in seinem im April 2022 erschienenen »Lagebild Antisemitismus 2020/21« für das Jahr 2020 2.351 antisemitische Straf- und Gewalttaten aus, darunter 50 Gewalttaten. Im

### 95 Prozent der antisemitischen Straf- und Gewalttaten wurden von rechts begangen

Jahr 2017 waren es noch 1.504 Straf- und Gewalttaten, davon 29 Gewalttaten. In Prozentzahlen ausgedrückt wurden im Jahr 2020 95 Prozent der antisemitischen Straf- und Gewalttaten von rechts begangen, von den verbleibenden fünf Prozent entfallen zwei Prozent auf ausländische Ideologien, weitere zwei Prozent sind nicht zuzuordnen, ein Prozent werden aus religiöser Ideologie begangen, antisemitische Straf- und Gewalttaten von links haben einen Anteil von unter einem Prozent. Bei der Bekämp-

fahren der NPD beim Bundesverfassungsgericht angestrengt. Dieses Verbotverfahren scheiterte schließlich 2017. Zwar wurde die Verfassungsfeindlichkeit der NPD vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, ihr aber zugleich bescheinigt, dass sie im politischen Geschehen bedeutungslos und daher ein Verbot nicht zu rechtfertigen sei.

Seit dem Verbotverfahren camoufliert die NPD ihre antisemitische Haltung teilweise, um erneuten Verbotverfahren zu entgehen. So wird nicht offen gegen Juden gehetzt oder der Begriff jüdisch genutzt, sondern es werden Chiffren wie »Ostküste« genutzt, um jüdische Bankiers an der Wall Street zu bezeichnen. Israelkritik der NPD versteigt sich darin zu behaupten, dass Israel ein krimineller Staat sei, der Terror gegenüber der palästinensischen Bevölkerung verübe.

Die Partei DIE RECHTE, die der Neonazi-Szene zuzurechnen ist, unterscheidet sich mit Blick auf das antisemitische Grundverständnis wenig von der NPD. Sie propagiert, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz im oben genannten Bericht schreibt, unter den

le und Motive miteinander verbunden. Ein wichtiges politisches Handlungsfeld ist der Aufruf zum Boykott israelischer Produkte. Weiter wendet sich die Partei gegen den Schutz jüdischer Einrichtungen und verunglimpft diesen leider erforderlichen Schutz als Kostenfaktor für den Staat.

So unerträglich diese rechtsextremen Parteien sind, so sind sie glücklicherweise aktuell in den Landtagen und im Deutschen Bundestag derzeit nicht vertreten. Nicht von der Hand zu weisen, ist allerdings, dass Begriffe aus dem antisemitischen Kontext dieser Parteien teilweise Eingang in die AfD gefunden haben, wenn z. B. von »Schuldskult« im Zusammenhang mit der Shoah die Rede ist. Nicht umsonst stehen einige Landesverbände der AfD unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

### Rechtsextreme Musik

Neben den rechtsextremen Parteien besteht eine rechtsextreme Szene, die zu den unerfreulichen Teilen der Zivilgesellschaft in Deutschland zählt. Dieser Rechtsextremismus ist teils gewaltori-

Teilweise werden sie im Ausland hergestellt oder nur in sehr begrenzter Stückzahl und dann auch nur szenintern vertrieben. Ferner werden sie über soziale Netzwerke, szeneeigene Foren oder Portale vertrieben. Offener Antisemitismus, Aufrufe zu Gewalt gegen Juden oder jüdische Einrichtungen gehören zum Repertoire rechtsextremistischer Musik.

Neben Tonträgern spielen vor allem Konzerte von rechtsextremen Musikgruppen eine wichtige Rolle. Hier werden zum Teil offen antisemitische Texte verbreitet. Antisemitische Musik findet sich in den verschiedenen Musikgenres. Eine wichtige Rolle spielen allerdings Rockmusik sowie Rap und Hip-Hop. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem Gangsta-Rap zu. In der Ausgabe Dezember 2020/Januar 2021 von Politik & Kultur haben Marc Grimm und Jakob Baier formuliert, dass »antisemitische Motive in keinem anderen Genre populärer Musik so offen in Erscheinung treten« wie im Gangsta-Rap. Sie führen weiter aus, dass in der Gruppe der antisemitisch eingestellten Jugendlichen 81,4 Prozent gerne oder sehr gerne Gangsta-Rap hören. Dieses Genre ist mit 48,9 Prozent aber

gen, Zeitschriften und Bücher, im Buch- und Zeitschriftenmarkt eine untergeordnete Bedeutung.

### Fazit

Auch wenn rechtsextreme Parteien im Gegensatz zu rechtspopulistischen Parteien wie z. B. der AfD bei Wahlen in Deutschland keine nennenswerten Erfolge erzielen, darf die Bedrohung durch Rechtsextremismus nicht unterschätzt werden. Offener und auch chiffrierter Antisemitismus gehören wesentlich zur rechtsextremistischen Ideologie. Diese Ideologie wird auch über Musik verbreitet und findet damit Zugang insbesondere zu Kindern und Jugendlichen. Hier ist die Branche gefragt, um ähnlich Filmen oder Computerspielen über Modelle der Selbstregulierung nachzudenken, damit möglicherweise schon vor der Indizierung als jugendgefährdende Musik Maßnahmen eingeführt werden können, um diesen Markt auszutrocknen.

**Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates**

# Antisemitismus ist Alltag in der deutschen Gesellschaft

Dervis Hızarcı im Gespräch

Dervis Hızarcı war der Antidiskriminierungsbeauftragte der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und ist Experte für Rassismus und Antisemitismus. Mit Sandra Winzer spricht er über Ungleichbehandlung in der Schule, die Reaktion von Politikerinnen und Politikern auf antisemitische Vorfälle und darüber, wie wichtig die Sprache ist, die wir verwenden.

**Sandra Winzer: »Wir haben ein Antisemitismusproblem« – das haben Sie 2018 ganz klar in einem Artikel so formuliert. Ein Jahr später titelten Sie: »Wir haben ein Diskriminierungsproblem« – wie äußern sich diese Probleme?**

Dervis Hızarcı: Diese Artikel sind in der Regel anlassbezogen; ich schreibe sie etwa nach aktuellen antisemitischen Vorkommnissen. Hier braucht es klare Aussagen, die deutlich vermitteln, dass man zu diesen Themen nicht schweigen kann. Es braucht eine klare Benennung der Lage, ohne dabei zu reißerisch zu wirken. Fakt ist: Antisemitismus und Diskriminierung sind in der deutschen Gesellschaft Alltag. Wir erleben sie überall.

**Wie genau äußert sich das?**

Antisemitismus und Diskriminierung muss man von einzelnen Fällen hin zur strukturellen Dimension denken. Ein Beispiel ist etwa Ungleichbehandlung in der Schule. Aus meinen Erfahrungen als Schüler, als Lehrer und auch als ehemaliger Antidiskriminierungsbeauftragter des Berliner Bildungssenats kann ich sagen, dass es Lehrerinnen und Lehrer gibt, die mit einem vorurteilsbeladenen Blick auf Kinder und Jugendliche und deren Familien schauen. Nicht immer, aber leider oft führt das dazu, dass z. B. muslimische Kinder seltener Empfehlungen für weiterführende Schulen oder schlechtere Noten für gleiche Leistungen bekommen. Passiert das in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und über mehrere Generationen hinweg, führt das zu einer gesellschaftlichen Verankerung von Ungerechtigkeit und Diskriminierung.

Auch bei Antisemitismus erleben wir, dass einige Ausprägungen sich in Richtung Mainstream bewegen. Immer und immer wieder verwenden Menschen – oft auch Jugendliche – das Wort »Jude« als Schimpfwort. Manchmal wollen junge Menschen die Grenzen des Sagbaren austesten; gleichzeitig stecken aber auch Resentiments dahinter, die nicht ignoriert werden dürfen.

**Wie reagieren deutsche Politikerinnen und Politiker auf antisemitische Vorfälle aus Ihrer Sicht?**

Ich glaube, dass viele Politikerinnen und Politiker über solche Vorfälle in der Tat erschüttert sind, die Reaktionen jedoch oft der Wiedergabe von etwas Abrufbarem gleichen. Manche Aussagen wirken auf mich beinahe auswendig gelernt. Wenn ich mich als Politikerin oder Politiker z. B. auf Twitter über Rassismus empöre und dadurch Likes generiere, kann ich leicht glauben, dass es damit getan ist. Eine öffentliche Positionierung ist richtig und wichtig, doch Politik muss verstehen, dass Tweets nicht reichen. Es braucht Präventions- und Interventionsmaßnahmen, und das auf einer stabilen Grundlage, die sich nicht nach Push-Nachrichten richtet.

**Wie äußert sich für Sie das »Auswendiggeleert-Sein«? Welche Reaktionen halten Sie für sinnvoller, um eine solche Gebetsmühlenartigkeit zu vermeiden?**

Die Erfahrung zeigt, dass etwa Eskalation der Gewalt im Nahen Osten oft zu antisemitischen Vorkommnissen auf deutschen Straßen führt. Als Reaktion folgen Tweets und Statements von Politikerinnen und Politikern zu diesem Thema, drei Tage später ist das Ganze aus den Schlagzeilen verschwunden und das Karussell dreht sich weiter. Warum nutzen wir unsere Erfahrungen nicht konstruktiv und bringen Menschen zusammen, die sich konkret mit Lösungsansätzen für Deutschland beschäftigen? Das können Menschen aus der Politik, der Wissenschaft, dem Bildungsbereich und Communities sein. Vielleicht braucht es auch eine differenzierte, betont demokratische und antisemitismuskritische Bewegung, die alle Konfliktparteien und Sichtweisen einbezieht.

**Aus Ihrer Sicht reicht es nicht »nur« Gedenkstätten mit Schulklassen zu besuchen oder Anne Frank zu lesen ... Was brauchen wir zusätzlich, um auch junge Menschen mit dem Thema Antisemitismus zu erreichen?**

Junge Menschen projizieren ihre Frustration – etwa über die eigene Lebenssituation und Diskriminierungserfahrungen – und die Sehnsucht nach Zugehörigkeit oft auf andere Themen und Konflikte. Es sind meist Themen, die Jugendliche emotional erreichen und ihren Gerechtigkeitsinn beschäftigen. Der Israel-Palästina-Konflikt ist ein solches Thema, aber auch Türkei-bezogene Konflikte wie der Genozid an Armeniern oder der Umgang mit Kurden. Viele Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen sind, identifizieren sich in diesem Moment nicht mehr mit Deutschland, sondern mit den genannten Ländern oder Gruppen. Selbstverständlich dürfen Russland-Ukraine- oder Israel-Palästina-Konflikte nicht auf dem Schulhof in Deutschland ausgetragen werden. Zivilgesellschaft und Bildung müssen hier ansetzen und Schülerinnen und Schülern helfen, ihre nachvollziehbare emotionale Betroffenheit nicht in Wut zu kanalisieren. Wichtiger wäre, sich mit der Komplexität der Themen zu beschäftigen. Narrative und Perspektiven aus eigenen Familiengeschichten dürfen dabei nicht klein geredet werden. Wir müssen vermitteln, dass auch Jugendliche mit Migrationsgeschichte ein selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft sind. Schließlich sind die meisten hier aufgewachsen und sozialisiert. Hierfür brauchen wir gute Integration.

**Im Tagesspiegel sagten Sie: »Wir sind ganz klar eine Einwanderungsgesellschaft« – Was verstehen Sie unter dem Begriff – die braucht ja auch gute Integration?**

Viele haben es in den letzten Jahrzehnten verpasst, zu verstehen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. So richtig ist das bei einem Teil der Bevölkerung noch immer nicht ganz angekommen. Das hat auch mit gesetzlichen Anpassungen zu tun, die notwendig wären. In den 2000er-Jahren haben wir es immerhin geschafft, vermehrt über Zuwanderung zu sprechen. Hierbei ging es aber zu wenig

darum, die Menschen auch als Teil der deutschen Gesellschaft zu integrieren – zu häufig ging es noch um ein »Wiederloswerden«. So kann eine multiverse Gesellschaft nicht zusammenwachsen.

Unter »Einwanderungsgesellschaft« verstehe ich eine Gesellschaft, die das Phänomen »Migration« klar anerkennt und einen selbstverständlichen Umgang damit findet. Menschen mit Fluchterfahrung etwa sind ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft. Menschen, die in dritter oder vierter Generation eine Gastarbeiter-Migrationsgeschichte haben, gehören selbstverständlich dazu. In einer solchen Gesellschaft bezeichnet man Juden nicht als »Mitbürger«. Sie sind kein »Add-On«, sondern fester Bestandteil der Community. Deswegen müssen sie alle auch bei Themen, die unsere Gesellschaft betreffen, selbstverständlich mitreden dürfen. Niemand darf sich in einer Bittsteller-Position wiederfinden müssen.

Gleichzeitig brauchen wir die Einsicht, dass heterogene Klassen in Schulen selbstverständlich sind. Es ist nicht Realität der deutschen Gesellschaft, dass Mütter und Väter mit bildungssicherem Hintergrund ihren Kindern abends bei den Hausaufgaben helfen. In den Schulklassen findet sich eine andere deutsche Gesellschaft wieder: »Mahmuds, Fatimas, Leonies und Kevins« lernen alle gemeinsam in einer Klasse. Manche kommen aus sozial schwachen Familien oder werden mit weniger Büchern groß. Trotzdem müssen wir alle gleich behandeln und individuell fördern. Wenn einzelne Kinder überfordert sind, darf das nicht zu einer Überforderung der Lehrkräfte führen. Aussagen wie »Die sind eben so. Da kann man nichts machen« sind eine Bankrotterklärung und dürfen nicht Teil des Schulalltags sein.

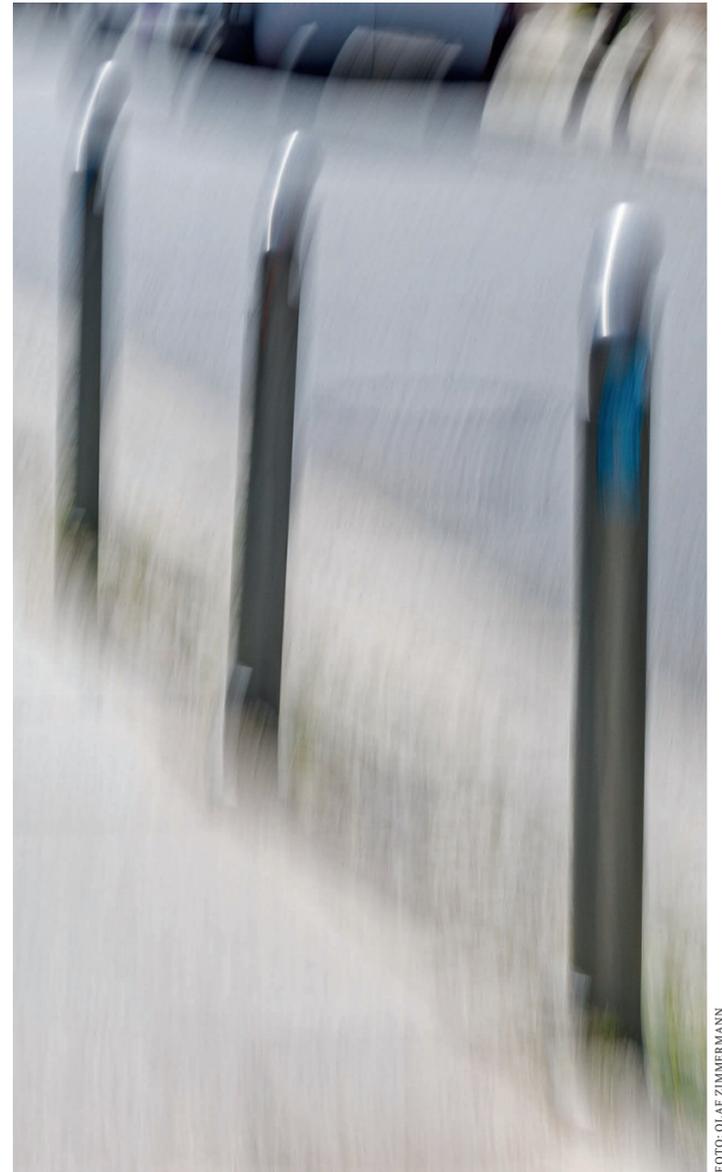
**Ich habe den Eindruck, dass gerade die Sprache, die wir verwenden, bei diesem Thema eine der zentralsten Rollen spielt.**

Absolut. Durch Sprache drücken wir Haltung aus. Wir müssen Begriffe finden, die zusammenführen und inkludieren. Sprache ist ein Mittel im Prozess, sie darf keine Schranke sein, die Menschen, die in Deutschland leben, für Zugehörigkeit erst überwinden müssen. Wählen wir exkludierende Begriffe, kann es keine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft geben. Wollen wir das Beste aus dem Zusammenleben machen, müssen wir wertschätzende Ausdrücke wählen. Dieser Prozess kann über Generationen hinweg dauern.

**Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Antisemitismus und Verschwörungstheorien?**

Ein Großteil der aktuellen Verschwörungsideologien haben antisemitische Grundstrukturen – in Querdenker-Szenen, bei Reichsbürgern oder in den sozialen Medien. Das beginnt bei Coronaimpfungen und angeblich implantierten Chips und endet bei Erzählungen über den »Great Exchange«, der angeblich eine »weiße Rasse« vernichten soll. Egal, wie verrückt die Fantastereien sind – mir fällt keine Verschwörungsideologie ein, die nicht auch antisemitische Züge hat.

**Was können wir tun, um dem entgegenzutreten? Was ist aus Ihrer Sicht als Nächstes zu tun?**



Jüdisches Gymnasium Moses Mendelssohn, Berlin: Parkpoller

Ich wünsche mir eine stärkere Antisemitismus- und Rassismus-kritische Bildungsarbeit – im staatlichen System »Schule«, bei der Lehrkräfte-Ausbildung, in Lehrplänen aber auch bei außerschulischen Bildungsangeboten. Außerdem möchte ich, dass andere Kulturformate noch aktiver werden. In der Kreuzberger Initiative für Antisemitismus in Berlin (KIgA) haben wir Angebote geschaffen, mit denen wir jüdisches Leben sichtbar und selbstverständlich machen wollen. Jüdinnen und Juden sprechen hier über Identitätsfragen, über ihren Alltag; hier geht es vor allem darum, sich gegenseitig kennenzulernen. Integration findet durch Verstehen, Kennenlernen und Respekt statt. Hieraus kann schließlich Zusammenhalt und vielleicht sogar Liebe wachsen.

Wir müssen die so genannte »Mitte« stärken und mit Vorverurteilungen und Pauschalisierungen sparsam umgehen. In einer aufgeklär-

ten Gesellschaft braucht es das nicht. Ich selbst bin gläubiger Moslem und habe, wie eigentlich alle Menschen hier, in Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen eine große Sehnsucht, Teil von Deutschland zu sein. Ansätze in der Pädagogik, der Sprache, im Bildungssystem und in der Kultur sind der Schlüssel zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.

**Vielen Dank.**

Dervis Hızarcı war der Antidiskriminierungsbeauftragte der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und ist Experte für Rassismus und Antisemitismus. Er ist im Beraterkreis der Beauftragten für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Deutschland und seit vielen Jahren ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus »KIgA«. Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk

## ZU DEN BILDERN

Die Fotografien von Olaf Zimmermann zeigen Sicherungsmaßnahmen an der Neuen Synagoge und am Jüdischen Gymnasium Moses Mendelssohn in Berlin. Beide Gebäude liegen nur wenige hundert Meter voneinander entfernt, in der Mitte von Berlin.

Die Neue Synagoge an der Oranienburger Straße ist ein Gebäude von zentraler Bedeutung für die Geschichte der Juden in Berlin. Sie wurde 1866 eingeweiht. Während der Pogrome in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurde die Synagoge von Angehörigen der SA schwer beschädigt. Sie wurde nach Restaurierungen 1995 wiedereröffnet.

Das Jüdische Gymnasium Moses Mendelssohn befindet sich seit 1862

in der Großen Hamburger Straße 27. Im Jahr 1942 wurde die Schule von den Nationalsozialisten geschlossen. 1993 wurde mit der Neugründung der Jüdischen Oberschule im historischen Gebäude der Schulbetrieb wieder aufgenommen. Seit Sommer 2012 trägt die Schule den Namen Jüdisches Gymnasium Moses Mendelssohn.

Beide Gebäude werden wegen der leider absolut berechtigten Furcht vor Anschlägen durch umfangreiche Sicherungssysteme, Zäune, Überwachungsanlagen, Polizeistreifen und penible Einlasskontrollen gesichert.

In den Fotografien von Olaf Zimmermann wird dieser bedrückende Teil des jüdischen Alltags in Deutschland sichtbar gemacht.

# Vier Formen des Antisemitismus

Richard C. Schneider im Gespräch über die Dokuserie  
»Die Sache mit den Juden«

Über zehn Jahre leitete Richard C. Schneider das ARD-Fernsehstudio in Tel Aviv. Nun hat er die Dokuserie »Die Sache mit den Juden« veröffentlicht. Dabei skizziert er in vier Teilen à 20 Minuten vier verschiedene Ausprägungen antijüdischer Ressentiments und erklärt gewollte und ungewollte antisemitische Mechanismen. Im Gespräch mit Theresa Brüheim gibt er einen Einblick in Idee und Hintergründe der Dokuserie.

Aspekte des Antisemitismus zu behandeln. Dann ist das entstanden, was man heute sehen kann.

**Die Doku besteht aus vier Teilen. Diese behandeln unterschiedliche Phänomenbereiche des Antisemitismus: »Von links«, »Unter Muslimen«, »Von rechts« und »Im Alltag«. Was erwartet die Zuschauerinnen und Zuschauer in den jeweiligen Folgen?**

ten nicht angenehm sind, schauen sich meistens diejenigen diese Filme an, die eh schon besten Willens sind.

**Welche Reaktionen haben Sie bisher erhalten?**

Es gab viele Reaktionen vor allem zum sogenannten linken Antisemitismus. Viele wussten nicht, wie der sich manifestiert. Es gab natürlich auch etliche Linke, die wahnsinnig wütend reagierten und

**Wir Juden sind immer ein bisschen die Kanarienvögel unter Tage. Wenn es gegen uns geht, dann geht es am Schluss immer gegen alle. Antisemitismus ist immer ein leider sehr gut funktionierendes Vorzeichen dafür, dass in einer Gesellschaft plötzlich etwas nicht mehr stimmt. Und dann sind die Juden natürlich immer die Allerersten, auf die man einhackt, aber es bleibt nicht dabei. Das geht viel tiefer und viel weiter**

Kurz zu diesem etwas sperrigen Untertitel: Antisemitismus ist im Grunde genommen kein Vorurteil, Antisemitismus ist eine Weltanschauung. Es gab einige Wissenschaftler, die auch in diesem Film zu Wort kommen, die mir den Vorwurf gemacht haben, dass ich im Untertitel den Begriff »Vorurteil« nutze. Ich habe ihn aber nach Rücksprache mit Juristen und Kollegen trotzdem verwendet. Denn wir versuchen gewollte und eben auch ungewollte Formen des Antisemitismus darzustellen. Es gibt viele Leute, die sind eigentlich guten Willens und merken gar nicht, dass das, was sie tun, antisemitisch ist. Darum habe ich das etwas neutralere Wort »Vorurteil« gewählt und darum eben auch »gewollt und ungewollt«.

Was die Mechanismen betrifft, war für mich nichts davon neu – absolut nichts. Neu waren für mich die ebenfalls neuen Gefäße, in die dieses uralte Ding Antisemitismus hineingeschüttet wird: Am Schluss sind es bei der ganzen QAnon- und Coronaleugner-Nummer nur »die guten alten« Weltverschwörungstheorien. Die sind ja nicht neu, nur ihre Darstellung ist es.

Seit vielen Jahren lebe ich in Israel und auch, wenn ich normalerweise ständig in Deutschland bin, ging das anfangs während der Pandemie nicht so einfach und ich habe diese ganze Coronaleugnungsgeschichte primär aus den Medien mitbekommen. Hier in Israel gibt es diese Auseinandersetzungen nicht und die Impfbereitschaft war auch sehr, sehr viel höher als in Deutschland. Als ich dann gesehen habe, dass sich wirklich von Yogalehrern bis zu Reichsbürgern alle gegen die Coronamaßnahmen versammeln, war es interessant zu sehen, wie das neu tickt. Ebenso die Vorgehensweise der Initiative GG 5.3 Welt-offenheit – ich unterstelle den Leuten nicht, dass sie im Einzelnen antisemitisch sind, doch im Gesamten ist die Initiative problematisch. Im Interview für die Doku arbeitet der Jurist und Journalist Ronen Steinke sehr klar heraus, dass auch da wieder ein ganz klassisches antisemitisches Narrativ hervorgezaubert wird: Es gibt diese eine kleine Gruppe, die ist so mächtig, dass man aufpassen muss, sonst kriegt man Probleme. Da sind wir ganz schnell wieder bei der jüdischen Weltverschwörung und den Protokollen der Weisen von Zion. Und das ist gar nicht die Intention dieser Leute. Das ist mir völlig klar. Aber es passiert trotzdem.

In dem größeren Zusammenhang der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland macht das auch deutlich, dass ganz vieles überhaupt nicht aufgearbeitet wurde, dass dieses »Nie wieder« überhaupt nicht durchdacht war, sondern sich immer nur auf die Vergangenheit bezog, aber nie auf die Frage, was heißt das denn wirklich in der Konsequenz für die Zukunft – und zwar nicht nur, was das jüdische Thema anbelangt, sondern auch für die Verteidigung von Freiheit, für die Verteidigung von Demokratie. Insofern sehe ich da auch Antisemitismus – übrigens wie immer in der Geschichte: Wir Juden sind immer ein bisschen die Kanarienvögel unter Tage. Wenn es gegen uns geht, dann geht es am Schluss immer gegen alle. Antisemitismus ist immer ein leider sehr gut funktionierendes Vorzeichen dafür, dass in einer Gesellschaft plötzlich etwas nicht mehr stimmt. Und dann sind die Juden natürlich immer die Allerersten, auf die man einhackt, aber es bleibt nicht dabei. Das geht viel tiefer und viel weiter.

**Vielen Dank.**

**Richard C. Schneider ist Editor-at-Large beim BR/ARD, Journalist und Dokumentarfilmer. Als freier Autor berichtet er für den »Spiegel« aus Israel. Seine Dokuserie »Die Sache mit den Juden« ist in der ARD-Mediathek abrufbar. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**



Neue Synagoge, Berlin: Drei Wachpolizisten am Haupteingang

**Theresa Brüheim: In Ihrer Dokuserie »Die Sache mit den Juden«, die aktuell in der ARD-Mediathek verfügbar ist, erklären Sie gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlerinnen und Betroffenen Hintergründe und Phänomenbereiche von Antisemitismus. Wie kam es zur Dokuserie?**

Richard C. Schneider: Die Idee ist nach dem Anschlag von Halle entstanden. Es war ursprünglich aber anders gedacht: Ich wollte zuerst eine vierteilige Dokumentationsreihe à 45 Minuten für das lineare Fernsehen über Antisemitismus in Europa machen. Jede Folge sollte ein Land beinhalten: Frankreich, Großbritannien, Ungarn und Deutschland. Anhand des jeweiligen Landes hätte ich eine bestimmte Form von Antisemitismus behandelt, z. B. Antisemitismus unter Muslimen in Frankreich. Gleichzeitig wollte ich angesichts des wachsenden Antisemitismus in Europa die übergeordnete Frage stellen: Was ist los mit dem Liberalismus in der europäischen Demokratie?

Dann kam Corona. Wir mussten uns auf eine neue Form und ein neues Konzept einlassen, denn Reisen waren ja nicht möglich. Ich habe dann versucht, innerhalb Deutschlands diese vier

Für die Fernsehproduktion beleuchten wir vier größere Formen von Antisemitismus: Das ist natürlich der Antisemitismus, den jeder kennt, von rechts außen. Es gibt mittlerweile einen auch in der Öffentlichkeit bekannteren muslimischen Antisemitismus. Und es gibt, was viele nicht wissen oder nicht wissen wollen, einen linken Antisemitismus. Dazu kommt der sogenannte Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft, der rein von der Darstellung her sehr schwierig ist, denn dieser Antisemitismus spiegelt sich nicht groß in Situationen wider, sondern oft sind es nur Sätze oder kleine Geschichten. Wir haben uns dafür Elemente des alltäglichen Antisemitismus rausgesucht. Beispielsweise beschäftigt diese Folge sich auch mit Antisemitismus in der Unterhaltungsbranche und im Internet – das sind auch alltägliche Vorkommnisse.

**Unter welches Ziel haben Sie die Dokuserie gestellt?**

Im besten Sinne versucht man, ein Stück aufklärerische Arbeit zu leisten. Inwiefern das funktioniert und ankommt, da darf man so seine Zweifel haben. Gerade bei umstrittenen Themen, die den Leu-

mich beschimpften. Es gibt einen sehr bekannten deutschen Intellektuellen, der sich durch diesen Film angesprochen fühlte – wenngleich nicht namentlich, aber inhaltlich – und dann in einem Artikel in einer deutschen Zeitung den ganzen Film als eine Verirrung bezeichnete.

Bei den anderen Folgen war manches bekannt, aber vielen waren die Strukturen und die Funktionsweisen nicht klar. Natürlich sind die Reaktionen, die wir erhalten haben, nicht repräsentativ, aber sie waren doch mutmachend. Es war schön, zu sehen, dass es Leute gibt, die aus der Dokumentation einen Erkenntnisgewinn gezogen haben.

Es ist natürlich auch völlig in Ordnung, eine fachliche Kritik zu erhalten. Leute haben auch die Dinge anders bewertet bzw. eingeordnet. Solange es nicht wüste antisemitische Beschimpfungen sind ... aber die habe ich natürlich auch bekommen, ist ja klar.

**Der Untertitel der Dokuserie lautet: »Gewollt oder Ungewollt: Über Mechanismen eines Vorurteils«. Welche Vorurteilsmechanismen wurden Ihnen beim Dreh nochmal besonders deutlich?**

# »Es fehlt an Verständnis für lebendige Juden in Deutschland«

Daniel Donskoy im Gespräch zu Antisemitismus und jüdischem Leben – und der Rolle der Medien

Daniel Donskoy ist Schauspieler, Regisseur und Musiker – und seit letztem Jahr auch Kopf und Gesicht der mit dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichneten Talkshow »Freitagnacht Jews«. Nun ging diese in Form eines Podcasts in die zweite Runde. Theresa Brüheim spricht mit Donskoy über den Formatwechsel, antisemitische Strukturen, deutsche Erinnerungskultur – und die Verantwortung der Medien dabei.

**Theresa Brüheim: Im Titelsong von »Freitagnacht Jews« rappen Sie: »Habt ihr Fragen an den Juden, herzlich willkommen.« Welche Frage wird Ihnen am häufigsten gestellt?**

Daniel Donskoy: Es kommt auf das Umfeld an, in dem ich mich gerade bewege. »Ältere«, belebte Personen fragen mich gern zum kulturellen Hintergrund von Tel Aviv. In linken Kreisen heißt es dann: »Wie stehst du zur israelischen Siedlungspolitik?« Es ist sehr adaptierbar und immer bezogen auf die Person, die gerade fragt. Zum Judentum selbst erhalte ich nicht viele Fragen – aber ich bin auch kein gläubiger Jude, deswegen lohnt es sich nicht, mich danach zu fragen.

**»Jüdisch« ist natürlich nur ein Teil Ihrer Identität. Inwieweit werden Sie dennoch darauf reduziert?**

Ich werde nicht darauf reduziert. Die einzigen, die es wirklich machen, sind die Medien. Und im Endeffekt obliegt es mir zu entscheiden. Ich gebe die Deutungshoheit auch keinem anderen ab. Wenn Menschen so kategorisieren, dann ist das deren Problem und nicht meins. Denn ich lebe mein Leben in einem freien demokratischen Land und kann entscheiden, wie und als was und ob ich mich kategorisiere – zum Glück.

**»Freitagnacht Jews« startete im vergangenen Jahr als WDR-Talkformat, erst in der Mediathek und auf YouTube, dann auch im Fernsehen. Neben sehr großem Lob für die Sendung gab es leider auch antisemitische Hetze. Wie sind Sie damit umgegangen?**

Ich wünschte, es hätte mich überrascht. Durch die Radikalisierung der gesamten Gesellschaft in den letzten Jahren haben wir gesehen, dass es immer wieder zu Peaks kommt – insbesondere in den »Dunkelkammern« im Internet. Es gab leider viele, viele Konklaven, in denen sich Menschen kongregieren haben, die gemeinsam Hass geschürt haben. Das sehen wir in vielerlei Hinsicht. Glücklicherweise ist die AfD jetzt aus dem Landtag in Schleswig-Holstein raus. Das freut mich sehr.

Dennoch haben wir ein großes Problem mit Gedankengut, das hassdurchdrungen ist. Ich bin ein relativ robuster Mensch, ich kann damit umgehen, aber ganz kalt lässt es einen natürlich nicht.

**Jetzt folgte die Fortsetzung von »Freitagnacht Jews« als Podcast. Wieso wurde das Medium gewechselt – vom TV-Talkformat zum Podcast?**

Ich glaube sehr, sehr an Weiterentwicklung. Und ein zähes Thema wie Medienkritik im Fernsehen, das wäre sehr schwierig gewesen. Außerdem war es mir sehr wichtig, dass die Leute wirklich zuhören. Den Zuhörenden sollte Meinungspluralismus angeboten werden. Das ist etwas, mit dem

sich sehr viele Menschen brüsten, aber es kommt doch nicht oft vor. Dadurch, dass wir mit sehr wortgewandten Menschen gesprochen haben, war es wichtig, es auf das Audio, auf das Hörerlebnis zu reduzieren. Generell erreichen Podcasts nochmal eine andere, jüngere Zielgruppe. Sagen wir es mal so, die Zielgruppe, die WDR um 23:30 Uhr am Abend guckt, ist doch etwas älter als ich.

**Das heißt, Sie wollten spezifisch eine jüngere Zielgruppe erreichen? Wir wollten eine politisch interessierte Zielgruppe erreichen. Menschen,**

sprochen werden. Das heißt, wenn man z. B. über den deutschen Geschichtsrevisionismus berichtet und eine neue Erinnerungskultur fordert, muss man immer miteinbeziehen, dass man damit etwas in z. B. jüdischen Menschen auslöst.

Und akademische Debatten sind sehr wichtig. Aber in den letzten Wochen haben wir auch immer wieder gesehen, dass auch Akademikerinnen und Akademiker in unserem Land manchmal sehr hart am Thema vorbei argumentieren. Es obliegt den Chefredakteurinnen und den Ressortleitern dieses Landes, wirklich zu schau-

Perspektiven anbieten. Ob das Antisemitismus langfristig bekämpft, wage ich zu bezweifeln. Das ist ein erster Schritt und mit dem können dann Leute etwas anfangen.

**Sie sagten, Sie fordern nicht, Sie formulieren Wünsche. Was wünschen Sie sich von Politik und Gesellschaft, um stärker Antisemitismus zu bekämpfen?**

Ich wünsche mir nichts von der Gesellschaft. Gesellschaft insgesamt ist ein sehr schwieriges Konstrukt. Und von der Politik wünsche ich mir schon gar nichts.

Westerland starb juristisch unbelangt am 7. Mai 1979. Das ist deutsche Geschichte. Und das ist deutsche Erinnerungskultur.

**Sie sind in der früheren Sowjetunion geboren, in Deutschland und Israel aufgewachsen und haben dann in London studiert. Entsprechend bezeichnen Sie sich selbst auch als multinational. Was kann Deutschland von anderen Ländern im Umgang mit der jüdischen Community lernen?**

Also von Russland zurzeit wirklich nichts. Auch bei Israel wird es sehr, sehr schwierig. Denn dort gibt es ein jüdisches Selbstverständnis, weil es eine Mehrheit gibt.

In der nächsten Staffel von »Freitagnacht Jews« sind wir auf der Welt unterwegs, um zu schauen, was Deutschland lernen kann – auch an Selbstverständnis. Aber das Problem ist, möchte man ein Selbstverständnis in Deutschland? Das Selbstverständnis basiert ja auf der Aufarbeitung der Geschichte und auf der Erkenntnis, dass 90 Prozent der jüdischen Gemeinde hier eine zugewanderte Gemeinde ist und dass es überhaupt ein Wunder ist, dass wir in Deutschland langsam wieder eine florierende jüdische Vielfalt kriegen.

Ich wünsche mir, wie gesagt, ein empathisches Auseinandersetzen und auch dass man Minderheiten zuhört und gewillt ist – wirklich gewillt ist – die Geschichte zu verstehen und sich nicht in Symbolpolitik zu flüchten.

Aber das machen andere Länder auch nicht viel besser. Dementsprechend ist es sehr, sehr schwierig zu sagen: »Ich wünsche mir, Deutschland soll so sein wie England.« In England gibt es einen riesengroßen Antisemitismus in der Politik, z. B. in der Labour-Partei unter Jeremy Corbyn.

Wir sehen, dass in den letzten Jahren antisemitische Straftaten in die Höhe schnellen. Das ist aber nicht nur in Deutschland der Fall, sondern überall auf der Welt. Ich weiß nicht, von welchem Land man lernen kann. Das ist eine sehr, sehr schwierige Debatte.

**Zum Abschluss: Wo steht Deutschland heute, ein Jahr nach dem Festjahr »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«?**

Die Medien zumindest mussten damit umgehen, dass es Jüdinnen und Juden gibt, die laut sind, die zum Teil auch angry sind, die ihren Mund aufmachen. Das ist ein wichtiger Punkt: Es gibt lebendiges Judentum in Deutschland. Es gibt Menschen, die sprechen können, die Emotionen haben, die sich Sachen wünschen – manche fordern auch. Ich glaube nicht, dass wir mit dem Festjahr den Antisemitismus bekämpfen konnten. Und dennoch hat dieses Jahr dazu beigetragen, dass es Momente gab, in denen jüdisches Leben auf eine neue, moderne, innovative Art und Weise gezeigt wurde, und dass deutlich wurde, dass Jüdischsein viele Sachen beinhaltet – und eben nicht nur tote Juden in Auschwitz.

**Vielen Dank.**

**Daniel Donskoy ist Schauspieler, Musiker sowie Host und Creative Producer von »Freitagnacht Jews«. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**



Neue Synagoge, Berlin: Sicherheitsschleuse mit Gepäck- und Körperscanner

die sich gesellschaftskritische Podcasts anhören, gehören einer Gruppe an, die schon gefestigter im Leben stehen und dennoch politisch interessiert ist. Wir wollten die Menschen erreichen, die Veränderung wollen und in den nächsten Jahren die Zukunft dieses Landes auch mitbestimmen und mitgestalten. Da war es mir umso wichtiger, auch Medienschaffende mit anzusprechen. Inhaltlich ging es unter anderem um falsche Formulierungen, um Ignoranz in öffentlich-rechtlichen Medien und generell in den Medien gegenüber dem Thema Jüdischsein. Aber es ging auch um Falschinformation bzw. unkonkretes, undifferenziertes Berichten über Israel und Palästina. Und da ist das Medium Podcast genau das Richtige.

**Was fordern Sie, was Medien in der Berichterstattung zu den genannten Themen besser machen können?**

Ich bin kein Mensch, der gerne Forderungen stellt. Ich wünsche mir zum einen, dass, wenn Journalistinnen und Reporter sich mit dem Thema beschäftigen, dass sie nicht auf Clickbaiting gehen. Das ist natürlich sehr einfach. Worte wie Antisemitismus, Israelkritik, Krieg sind Reizbegriffe. Und ich wünsche mir, dass diese Begriffe konkret und richtig in ihrer Art und Weise dargestellt und be-

en, wenn ihnen das Thema am Herzen liegt. Und wenn wir 1.700 Jahre jüdisches Leben und jüdische Vielfalt in Deutschland feiern, obliegt es auch ihnen, nicht in tiefsitzende Ressentiments zu verfallen, die im Gesamtdeutschen leider verfestigt sind – ob man möchte oder nicht, das ist so.

Zum anderen wünsche ich mir, dass man nicht über Minderheiten, sondern mit Minderheiten spricht. Es gibt nicht wirklich viele Formate dafür. Es fehlt ganz viel an Verständnis von und für lebendige Juden in Deutschland.

**Wie können darüber hinaus antisemitische Strukturen, die in Deutschland sehr, sehr tief verankert sind, weiter aufgebrochen werden?**

Das weiß ich nicht. Da müssten Sie Felix Klein, den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus fragen. Ich sehe mich nicht als Kämpfer gegen Antisemitismus ... wirklich nicht. Das ist nicht meine Aufgabe im Leben. Es müssen nicht die Minderheiten immer aufstehen, um der Mehrheitsgesellschaft zu sagen: »Hey, ihr habt ein Problem.« Das muss aus der Mehrheitsgesellschaft heraus kommen. Und das ist natürlich eine Utopie, das weiß ich. Ich sehe mich als jemanden, der neue

Wenn dann, wünsche ich mir mehr Empathie von Individuen. Außerdem wünsche ich mir die Anerkennung, dass wir wirklich in einer Demokratie leben. Ich wünsche mir eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dieses Landes. Es wird sehr viel gesprochen und sehr viel symbolisch geprägt – Stichwort »Nie wieder«. Aber neuen Studien zufolge glaubt ein riesengroßer Teil der Deutschen nicht, dass ihre Vorfahren mit den Verbrechen der NS-Zeit etwas zu tun hatten. What the fuck?

**Sie wünschen sich eine wirkliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, mit dem Holocaust. Wie ist es Ihres Erachtens aktuell um die deutsche Erinnerungskultur bestellt?**

Es ist schwierig. Wir hängen in Mustern fest. Im Podcast »Freitagnacht Jews« sprechen wir mit dem Juristen und Journalisten Ronen Steinke sehr viel über die deutsche Justiz – und wie sie die NS-Verbrechen oft nicht aufgearbeitet hat. Gestern habe ich wieder einen Tweet gesehen, der es auf den Punkt bringt: Der SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Heinz Reinefarth ließ den Warschauer Aufstand niederschlagen. Auf seinen Befehl hin wurden mehrere 10.000 zivile Personen erschossen. Der spätere Bürgermeister von

# Antisemitismus bei ARD und ZDF?

Antisemitismus-Vorwürfe an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Haben die Sender ein strukturelles Problem?

ANDREJ REISIN

Auf dem Höhepunkt des Gaza-Konflikts zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas im Juli 2014 gab es in ganz Deutschland pro-palästinensische Kundgebungen, die zum Teil in Israel-feindlichkeit, offenem Antisemitismus und Gewalt mündeten. In Essen beteiligte sich unter anderem der Rapper Sinan-G, der in eine Kamera sagte: »Es ist nicht gut, wenn hier Stress passiert, aber die Juden wollen Stress.« Er posiert im Netz unter anderem mit den Symbolen der pro-iranischen Hisbolah, die in Deutschland als Terrororganisation gilt. Im ZDF wirkte er kürzlich in der Doku »Was ist deutsch?« mit, in der sechs Menschen ihre Migrationsgeschichte erzählen.

In Berlin sollte die Teilnahme der damals 20-jährigen Nemi El-Hassan ihr sieben Jahre später zum Verhängnis werden. Eigentlich hätte die studierte Medizinerin und Journalistin im November 2021 die Moderation des Wissenschaftsmagazins »Quarks« im WDR übernehmen sollen. Nachdem »Bild« über ihre Teilnahme sowie Likes in sozialen Medien für anti-israelische Posts berichtet hatte, legte der WDR den geplanten Moderationsstart auf Eis. Später kritisierte El-Hassan das Vorgehen des Senders öffentlich. Am Ende zog sie sich vorerst aus dem Journalismus zurück und will als Ärztin arbeiten.

Die Slam-Poetry-Künstlerin und Comedian Yasmin Poesy hielt 2015 eine Rede, in der sie Israel das Existenzrecht absprach. Zudem bezeichnete sie später den »Großteil« der deutschen Medien als »von Zionisten finanziert« und teilte auf Instagram einen Comic, der einen Israeli mit Hakennase zeigte. Sie gehört heute zum Autorinnenteam der ZDF-Sitcom »Barrys Barbershop«.

Gemeinsam ist all diesen Personalien allerdings, dass es zu keinerlei antisemitischen Äußerungen im Programm der Sender kam. »Was ist deutsch?« ist eine sehenswerte Doku, in der Sinan-G seine Rolle als Rapper und Krimineller selbstkritisch reflektiert und kein Wort über Israel oder Juden verliert. Nemi El-Hassans Beiträge für das junge ARD/ZDF-Angebot »funk« und den WDR waren nicht nur frei von Antise-

mitismus, sie thematisierten ihn sogar, wenngleich vor allem bei Rechtsradikalen. Und kein Jota der Comedy-Dialoge in »Barrys Barbershop« hat irgendwas mit Antisemitismus zu tun.

Anders gelagert ist der Fall des staatlichen Auslandssenders Deutsche Welle (DW): Hier äußerten sich Mitglieder

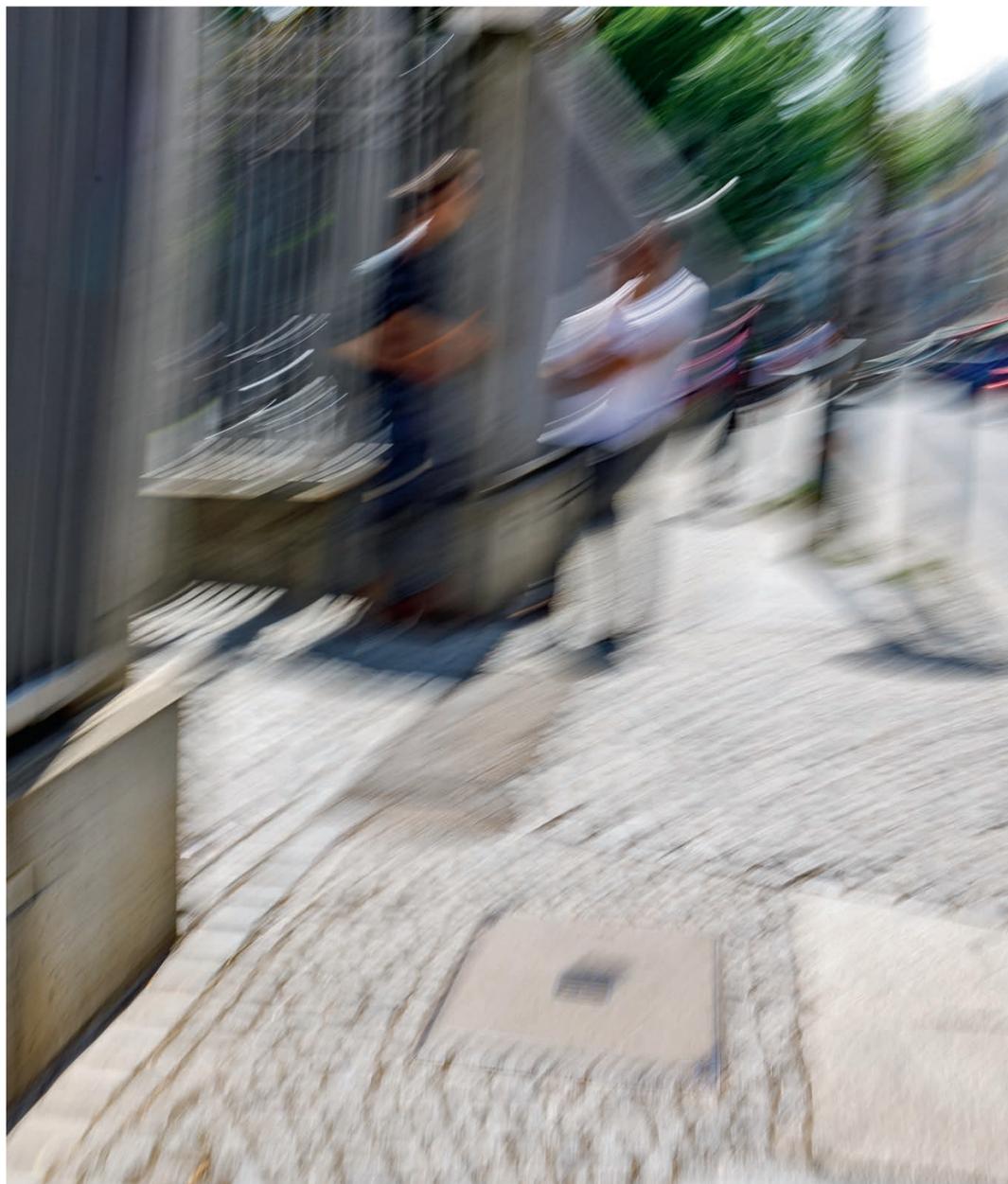
## Zwischen kritischer Haltung und Antisemitismus

der arabischen Redaktion offen antisemitisch, wobei unter anderem der Holocaust gelehrt wurde. Auch Kooperationspartner des Senders verbreiteten antisemitische Kommentare und Karikaturen. Die DW trennte sich im Februar 2022 schließlich von fünf nicht namentlich genannten Mitarbeitern.

Für Kritiker ist dies keine Anhäufung von Einzelfällen, sondern verweist auf ein grundsätzliches Problem, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit Antisemitismus habe: Zum einen seien die Programme in Teilen eh von »Israelkritik« geprägt, weswegen zu wenig Sensibilität für Inhalte herrsche, die die Schwelle von einer kritischen Haltung gegenüber israelischer Politik zu offenem Antisemitismus überschritten.

ARD und ZDF seien daher in ihrem Bemühen »diverser« zu werden, besonders anfällig für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die »einem Milieu entstammen, in dem der Hass auf Juden sowie den jüdischen Staat groß und die Distanz zum Islamismus klein oder gar nicht vorhanden ist«, meint beispielsweise der Publizist Alex Feuerherdt.

Doch dabei werden zu viele Dinge ohne echte Belege in einen Topf geworfen: Wie bereits gesagt, gibt es jenseits der Deutschen Welle keine prominenten Fälle von Antisemitismus im Programm. Viel mehr werden Argumente »ad Hominem« vorgetragen, die sich gegen die Personen bzw. deren Haltungen richten, die zum Teil allerdings weit in der Vergangenheit liegen – und von denen sich z. B. Nemi El-Hassan distanziert hat.



Jüdisches Gymnasium Moses Mendelssohn, Berlin: Bewaffnetes ziviles Wachpersonal vor dem Haupteingang

Nach wie vor aber sind ARD und ZDF viel homogener als die Gesellschaft, die sie medial repräsentieren sollen. Wer blinde Flecken, Stereotype und mangelhafte Repräsentation von Muslimen, People of Color, LGBT-Personen oder auch Jüdinnen und Juden in der Berichterstattung vermeiden will, wird um Angehörige dieser Gruppen als Programm-Machende aber kaum umhinkommen.

Nun können beispielsweise Palästinenserinnen, die eine Flucht- und Leidensgeschichte mit dem israelischen Staat verbindet, aber nicht dieselbe »Solidarität« mit diesem haben, die in der Bundesrepublik zur Staatsräson ge-

hört. Was wiederum nicht heißt, dass man anti-israelische und antisemitische Tradierungen in diesen Milieus nicht kritisieren sollte. Doch die genannten Fälle verweisen auf grund-

## Blinde Flecken vermeiden

gende Konflikte der Migrationsgesellschaft und nicht auf ein strukturelles Antisemitismus-Problem der Sender.

Debatten um mögliche antisemitische Einstellungen müssen geführt werden, am besten im demokratischen Dialog auf Augenhöhe im Programm. Dazu müssen die Sender allerdings auch bereit sein – sowohl intern, als auch extern. Sich bei Kritik wegduckend und gleichzeitig den eigenen Nachwuchs verbrennen, ist langfristig keine Option.

Andrej Reisin arbeitet als freier Journalist, unter anderem für den NDR, und schreibt regelmäßig für das Medienportal »Übermedien« und den »Spiegel«

# Wir sind alle nur Menschen

Drei Fragen an Fanny Kleinmann

Der Instagram-Kanal @juedisch.und.deutsch informiert über jüdische Feiertage und Persönlichkeiten und will damit so einige Vorurteile aus dem Weg räumen. Politik & Kultur fragt bei Gründerin Fanny Kleinmann nach.

**Sie haben den Instagram-Kanal @juedisch.und.deutsch ins Leben gerufen? Wie kam es dazu? Und was passiert auf dem Kanal?**

Die Idee für mein Projekt @juedisch.und.deutsch kam mir während meines Journalismus-Studiums. Ich wollte aufzeigen, wie vielfältig das Judentum in Deutschland ist und habe dazu einige jüdische Freundinnen und Freunde von mir für einen Beitrag interviewt. Als ich dann 2019 für meine Bachelor-Arbeit zur Medienrepräsentation des Judentums in Deutsch-

land recherchierte, fiel mir auf, dass das Bild des Judentums in den Medien sehr einseitig war. Thematisiert wurden entweder tote Juden bzw. der Holocaust oder Orthodoxie. Was ist mit all den lebenden Jüdinnen und Juden in Deutschland, die ihr Judentum ganz anders ausleben? Ihnen wird immer noch viel zu selten eine Bühne geboten. Auch in Spielfilmen oder TV-Serien ist das Judentum meist unsichtbar oder komplett klischeebelastet dargestellt. 2020 habe ich @juedisch.und.deutsch offiziell ins Leben gerufen – mit dem Ziel, die Vielfalt jüdischen Lebens zu zeigen. Auf @juedisch.und.deutsch stelle ich jüdisch-deutsche Menschen und deren Meinungen vor und kläre über jüdisches Leben und Traditionen auf. Wöchentlich teile ich Porträts, Wissenswertes und Biografien jüdisch-deutscher Personen der Zeitgeschichte auf meinem Instagram-Kanal.

**Wie ist die Resonanz auf die Inhalte von @juedisch.und.deutsch? Welche Themen stoßen auf besonders großes Interesse?**

Die Resonanz auf die Inhalte ist zu einem großen Teil sehr positiv. Vor allem die Porträts und Fakten über jüdische Traditionen kommen sehr gut an. Dass fast 5.000 Menschen sich dafür interessieren, hätte ich nie gedacht!

Ich bin unglaublich stolz darauf, dass die meisten sich die Zeit nehmen, um die langen Posts, die ich schreibe, tatsächlich durchzulesen! Gerade auf Instagram ist so etwas seltener.

**Die sozialen Medien haben leider nicht nur positive Effekte, sondern auch negative Seiten. Wie gehen Sie persönlich mit Hate Speech im Netz um?**

Das stimmt leider. Zu oft bekomme ich grauenhafte Hass-Nachrichten,

unangebrachte Kommentare und tatsächlich sogar antisemitische Memes zugeschickt. Von persönlichen Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen ist da alles dabei. Doch diesen Menschen gebe ich keine Aufmerksamkeit, keine Antwort und einfach nicht die Genußtuung, dass sie mich damit vielleicht getroffen haben. Ich gehe mit Hass ganz einfach um: blockieren, löschen, anzeigen. Das einzige Problem dabei sind leider die Regelungen von Instagram. Von all den antisemitischen Kommentaren, Accounts und Nachrichten, die ich als »Hass-Rede« bei Instagram angezeigt habe, wurde vielleicht einer als solche eingestuft. Da muss sich definitiv noch einiges verbessern.

Andererseits gibt es Menschen, die vielleicht etwas Antisemitisches kommentieren oder unangebrachte Fragen stellen, weil sie es einfach nicht besser wissen. Mir ist es

wichtig, da zu unterscheiden und diese Menschen nicht sofort auszuschließen.

Im Endeffekt habe ich meinen Account unter anderem ins Leben gerufen, damit Menschen ihren Horizont erweitern und Neues dazu lernen können. Manchmal ist es also total wichtig ins Gespräch zu kommen und zu hinterfragen, wieso der Mensch diese – ggf. antisemitischen – Gedanken hat. Es ist immer wieder schön, wenn ich dadurch die Meinungen Anderer ändern kann. Schließlich sind wir alle nur Menschen! Und das ist der Kern meines Projekts: zu zeigen, dass wir alle Gemeinsamkeiten haben und man sich nicht vor dem Unbekannten fürchten sollte.

Fanny Kleinmann ist Autorin und betreibt den Instagram-Kanal @juedisch.und.deutsch

# documenta fifteen

Über die Kunstfreiheit und ihre Grenzen

EUGEN EL

Es war eine irritierende Erfahrung. Vor sechs Jahren zeigte Lawrence Abu Hamdan in der Frankfurter Kunsthalle »Portikus« seine Installation »Earshot«. Darin ging es um zwei palästinensische Jugendliche, die laut Abu Hamdan von der israelischen Armee erschossen wurden – und zwar, so will es der britisch-libanesischer Künstler in seiner Untersuchung einer Tonaufzeichnung der Schüsse herausgefunden haben, illegalerweise mit scharfer Munition. Auf die Frage eines Journalisten antwortete Abu Hamdan damals, der israelischen Armee glaube er kein Wort. Der eigentlich weltläufig und eloquent wirkende Künstler erschien dabei verbissen und kühl.

Die Recherche führte er in Zusammenarbeit mit dem Londoner Kollektiv »Forensic Architecture« durch, das die Ergebnisse seiner Untersuchungen, ebenso wie Abu Hamdan, oft in Museen und Kunsthallen präsentiert – derzeit widmet der Frankfurter Kunstverein dem Kollektiv eine Einzelausstellung. Gegründet wurde das Kollektiv von dem in Israel geborenen Architekten Eyal Weizman. Unter anderem untersucht es Vorfälle, die dem jüdischen Staat als Menschenrechtsverletzungen angelastet werden. Dabei erhebt das Kollektiv einen Anspruch auf Evidenz.

»Lawrence Abu Hamdan, Artist, Beirut/Dubai« lautete der erste Eintrag auf der Unterschriftenliste zu einem im Dezember 2020 publizierten offenen Brief von über 250 teils namhaften internationalen Künstlern, Kuratoren und Theoretikern. Das Schreiben begrüßte die umstrittene »Initiative GG 5.3. Weltoffenheit« mehrerer deutscher Kulturinstitute und forderte zugleich den Deutschen Bundestag auf, seinen – rechtlich unverbindlichen – Beschluss vom 17. Mai 2019 zurückzunehmen. Dieser stuft die Israel-Boykottbewegung »Boycott, Divestment and Sanctions«, kurz BDS als antisemitisch ein und fordert den Entzug öffentlicher Fördergelder für BDS-Unterstützerprojekte. »Wir lehnen ihn ab, weil er für öffentliche Institutionen genau in dem Moment praktisch ein Klima der Zensur geschaffen hat«, heißt es in dem Brief. Auch Eyal Weizman war unter den Unterzeichnern.

Wenn man herausfinden möchte, ob es Antisemitismus in der zeitgenössischen Kunst gibt, lohnt sich ein Blick auf Akteure wie Lawrence Abu Hamdan und »Forensic Architecture«. Denn sie stehen exemplarisch für zwei problematische Entwicklungen, die sich in den jüngsten Turbulenzen rund um die »documenta fifteen« widerspiegeln. Zum einen geht es um

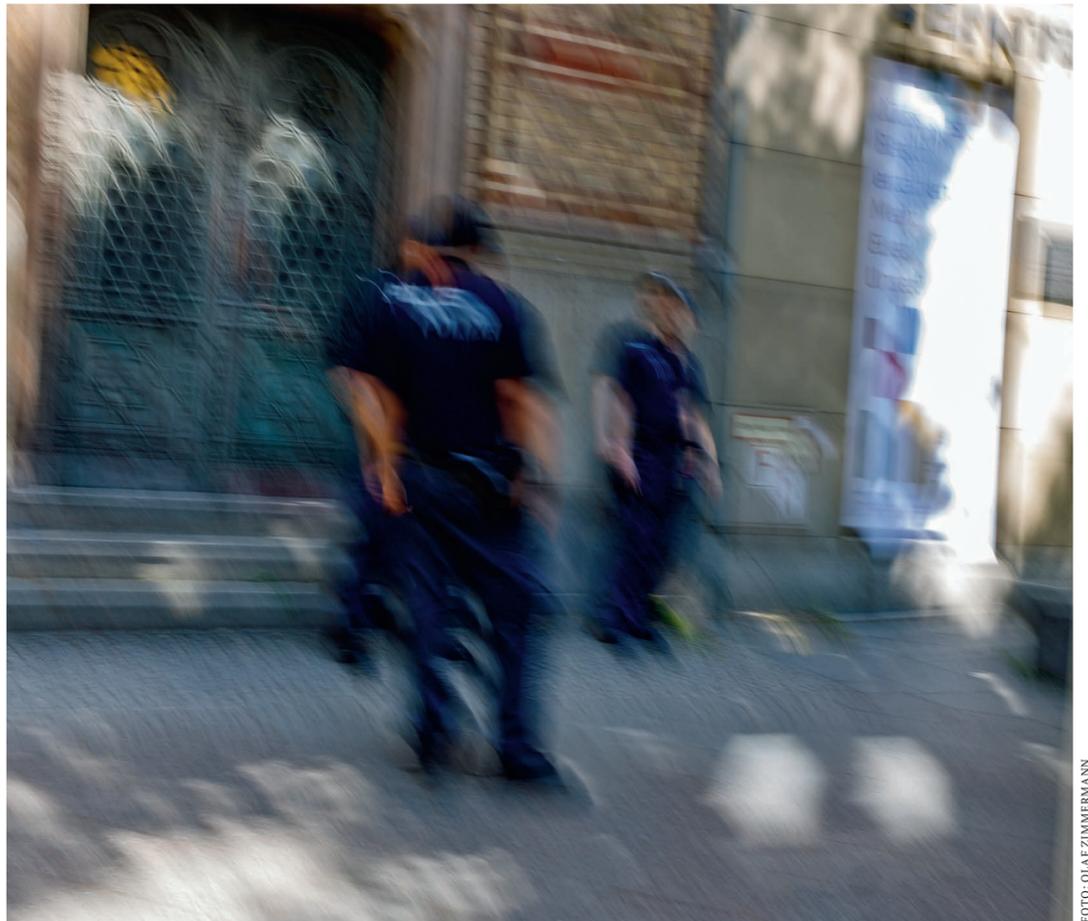
Das widerfuhr etwa den Machern der im September 2020 unter dem Titel »Anti-Antisemitismus« erschienenen Ausgabe des renommierten Magazins »Texte zur Kunst«.

## Brandbeschleuniger für israelfeindliche Einstellungen

Zum anderen stehen Lawrence Abu Hamdan und »Forensic Architecture« stellvertretend für ein Kunstverständnis, das den ästhetischen Raum des Unscharfen und Ungefährlichen zugunsten vermeintlich evidenzbasierter Recherchen mit politisch-aktivistischem Anspruch aufgibt. Wer, wie Abu Hamdan, seine Untersuchungsergebnisse dem US-Kongress vorlegt, um seine Vorwürfe und Behauptungen zu belegen, betritt den realen politischen Raum. Wer sich bewusst in diesen Raum begibt, sollte die Kunstfreiheit nicht als Schutzschild einsetzen, sondern politischen Druck und Widerspruch aushalten können und wollen. Stattdessen gerieren sich aktivistisch auftretende Akteure, wie auch das für die »documenta fifteen« inhaltlich verantwortliche Kollektiv »ruangrupa«, als Opfer. Auch sie greifen zum Zensurvorwurf. In einem am 9. Mai in der »Berliner Zeitung« veröffentlichten Brief sprechen »ruangrupa, das künstlerische Team der documenta fifteen und einige der Kurator\*innen des gescheiterten Forums« von einem »Versuch, Künstler\*innen zu delegitimieren und sie auf Basis ihrer Herkunft und ihren vermuteten politischen Einstellungen präventiv zu zensieren«.

Der Skandal um die hier angesprochene, »ausgesetzte« Diskussionsreihe »We need to talk« und die bisherige Krisenkommunikation der »documenta«-Verantwortlichen zeigen vor allem eins: Die »documenta fifteen« könnte sich in eine seit Jahren offenkundige Tendenz der Kunstwelt zur Dämonisierung Israels und Viktimisierung von BDS-Unterstützern einreihen. Da jede »documenta« bislang auf Jahre hin den Ausstellungsbetrieb personell und inhaltlich prägte, könnte sich ihre diesjährige Ausgabe zu einem Brandbeschleuniger für israelfeindliche Einstellungen entwickeln. Wie lässt sich diese Entwicklung aufhalten? Einen möglichen ersten Schritt skizzierte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, jüngst in einem Interview mit der »Jüdischen Allgemeinen«: »Gerade angesichts zunehmender antisemitischen und israelfeindlichen Tendenzen in der Kunstszene wäre eine Debatte über Kunstfreiheit und ihre Grenzen dringend notwendig.« »Kunst- und Meinungsfreiheit sind wertvolle Grundrechte unserer Verfassung, aber sie sind kein Freibrief für Antisemitismus«, betonte Schuster im Nachgang zu einem Treffen mit Kulturstaatsministerin Claudia Roth.

Eugen El ist Redakteur der Wochenzeitung »Jüdische Allgemeine«



Neue Synagoge, Berlin: Wachpolizisten

FOTO: OLAF ZIMMERMANN

# Eine philologisch präzise Lektüre ist gefragt

Antisemitismus in der Literatur

NIKE THURN

»Kurz die Hose, lang der Rock,  
krumm die Nase und der Stock,  
Augen schwarz und Seele grau,  
Hut nach hinten, Miene schlau –  
So ist Schmulchen Schievelbeiner.  
(Schöner ist doch unsereiner!)«

Wilhelm Buschs Bildergeschichte »Plich und Plum«, 1882, begleitet die titelgebenden Hunde dabei, wie sie das Leben der Familie Fittig durcheinanderbringen. Zwischen vielem anderen Tumult, springen sie den gerade am Haus vorbei spazierenden und mit den zitierten Sätzen zweifelsfrei als Jude markierten Schievelbeiner an und zerbeißen seine Kleider. Er trickst sie aus, indem er selbst auf alle Viere geht und sich auf diese Weise rückwärts von ihnen fortbewegt. Versehentlich bringt er dabei die Hausherrin zu Fall – sich zu entschuldigen, kommt ihm jedoch nicht in den Sinn:

»Wai! – rief Schmul – ich bin entzwei!  
Zahlt der Herr von Fittig nicht,  
Werd ich klagen bei's Gericht!«

Die Episode enthält auf knappem Raum derart viele Stereotype, dass man kaum weiß, wo anfangen. Bei der Beschreibung der unpassenden Kleidung, durch die Schievelbeiner gleich zu Beginn als verschrobene Figur erscheint? Bei der allzu klischeehaft gebogenen Nase und den mit ihrer Dunkelheit gleich auch als fremd markierten Augen? Bei dem Vornamen, der seinen Träger – einen erwachsenen Mann – klein macht, und dem Nachnamen, der körperliche Defizite anklingen lässt? Oder doch eher bei der grammatikalisch fehlerhaften Sprache, der Versessenheit aufs Geld und der sofortigen Drohung, das Gegenüber zu verklagen – was man sich bei der grauen Seele auch gleich hätte denken können? Beruhigend jedenfalls,

dass in Klammern gegenüber – und damit klargestellt wird: Das hier ist keiner von »uns«. (Und »wir« sind besser!)

Für literarische Texte gelten andere Regeln als für journalistische, politische oder wissenschaftliche. Das entbindet sie jedoch nicht von einer genauen Analyse, Einordnung und Interpretation, wenn es um den Gebrauch antisemitischer Stereotype und Strukturen geht – denn gerade über künstlerische Werke werden Bilder und Vorstellungen konstruiert und popularisiert, bevor sie auch außerhalb dieses geschützten Raumes Wirkung entfalten, nicht selten gewaltvolle.

So notwendig und wichtig eine literaturwissenschaftliche Antisemitismusforschung daher ist, bleibt sie dennoch umstritten. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte sie eine »zur Ungeisteraustreibung bestellte Wissenschaft« mit »exorzistische[m] Gestus, der mehr verstellt als sichtbar macht«; die Süddeutsche Zeitung sah gar eine nur »vermeintliche Wissenschaft, die Literatur nicht erhellt und erhält, sondern vernichtet«: Es handle sich um eine »eher sportive germanistische Disziplin«, um »Pranger-Philologie«. Der Tenor der Kritik ist deutlich: Wer die Frage nach dem literarischen Antisemitismus eines Textes stellt, führt eine Gesinnungsprüfung durch und missachtet die – gesetzlich geschützte – Eigenlogik künstlerischer Werke.

Es geht jedoch weder darum, Kunst zu reglementieren, noch darum festzustellen, ob ein Autor oder eine Autorin antisemitisch ist. Das ist weder Zweck noch Zuständigkeit der Literaturwissenschaft. Gefragt ist vielmehr ihre Kernkompetenz: Eine philologisch präzise Lektüre, die gerade keine voreiligen Schlüsse zieht, sondern widerstreitenden Sinnangeboten nachgeht, dem ästhetischen Charakter der Texte gerecht wird und diese nicht trotz, sondern gerade deshalb nicht leichtfertig

aus der Verantwortung entlässt. Den einen Weg, einem literarischen Text eindeutig und zweifelsfrei Antisemitismus zu attestieren, kann es daher nicht geben. Der Nachweis bestimmter Stereotype – wie zu Beginn dieses Artikels –, sprachlicher Stilmittel oder textueller Strukturen etwa kann lediglich als Indikator dienen; entscheidend ist eine Untersuchung ihrer Funktion und ihres Kontextes. Wird dem Erzähler von anderen Figuren oder dem Aufbau des Textes widersprochen – oder werden seine Aussagen beglaubigt und bekräftigt? Werden antisemitische Klischees auch auf Ebene der Form des Textes fortgeschrieben und diskursfähig gemacht – oder im Gegenteil ausgestellt und entlarvt?

Nach Beantwortung dieser und weiterer Fragen ist die Forschung bei »Plich und Plum« recht einig, dass es sich um ein Beispiel für literarischen Antisemitismus handelt. Der Text steht damit in einer langen und unrühmlichen Tradition, in der sich vor und nach ihm unter anderem Achim von Arnims »Die Majoratsherren«, Gustav Freytags »Soll und Haben« und Wilhelm Raabes »Der Hungerpastor« sowie Thomas Manns »Walsungenblut«, Martin Mosebachs »Das Bett« oder Uwe Tellkamps »Der Eisvogel« nennen ließen. Keine abseitigen Werke, sondern solche, die sich im germanistischen Kanon und auf Bestsellerlisten, in Lehrplänen und auf Shortlists für Buchpreise wiederfinden. Eine häufig vorgebrachte Sorge ist daher unbegründet: Auch Wilhelm Busch wird nicht »gencancelt«. Man könnte jedoch fragen, warum man sich darum mehr Gedanken macht als um antisemitische Klischees in deutschen Kinderzimmern.

Nike Thurn ist Autorin des Buchs »Falsche Juden. Performative Identitäten in der deutschsprachigen Literatur von Lessing bis Walser«, Wallstein 2015

## Zum Zensurvorwurf greifen

eine antizionistische Grundstimmung, die sich seit einigen Jahren im Kunstbetrieb und der avancierten Kunstpublizistik beobachten lässt. Landauf, landab werden BDS-Unterstützungsaufrufe verbreitet; Künstler und Kuratoren, die sich kritisch mit der Israel-Boykottbewegung auseinandersetzen, werden an den Pranger gestellt.

# Antisemitismus im Museum

Liliane Weissberg im Gespräch

Wie können antisemitische Objekte im Museum ausgestellt werden und welcher Kontext ist dafür notwendig? Was wird in der Praxis bereits getan? Über diese Fragen und mehr spricht die Literaturwissenschaftlerin und Kuratorin der Ausstellung »Juden. Geld. Eine Vorstellung« Liliane Weissberg mit Maïke Karnebogen.

**Maïke Karnebogen: Erlauben Sie zu Beginn eine grundlegende Frage, wie wird Antisemitismus im Museum deutlich? Welche beispielhaften Zeugnisse des Antisemitismus im Museum gibt es?**

Liliane Weissberg: Vielleicht kann ich die Frage etwas umformulieren. Es geht nicht darum, ob Antisemitismus im Museum behandelt wird, sondern wie und wo und vor allem in welchem Kontext antisemitische Objekte oder Objekte, die eine Diskussion über den Antisemitismus fördern oder veranlassen, gezeigt werden können. Dazu gibt es im Allgemeinen zwei Möglichkeiten. Die eine ist das Ausstellen von Sammlungen. Es gibt Sammler – und das sind interessanterweise vor allem jüdische Sammler – die antisemitische Objekte zusammengetragen haben, um einerseits ihre eigene Familiengeschichte und die Ereignisse der Vergangenheit zu verstehen, und andererseits der nächsten Generation verdeutlichen wollen, was geschehen war. Eine Sammlung, mit der ich näher bekannt bin, ist z. B. jene von Martin Schlaff, die dem Jüdischen Museum in Wien 1993 übergeben wurde. Es ist eine Sammlung von Alltagsobjekten, z. B. Spazierstöcke oder Spardosen, die Spottbilder von Juden zeigen. Die Wiener Kuratorin Felicitas Heimann-Jelinek hatte eine sehr interessante Lösung für das Zeigen dieser Sammlung geschaffen. Die Objekte wurden in einem Schaudapot des Museums untergebracht. Sie stehen in Vitrinen mit dem Rücken zum Betrachter, aber vor einem Spiegel, so dass der Betrachter die Objekte sozusagen indirekt sehen kann. Eine andere Möglichkeit ist natürlich, die Objekte direkt zu zeigen, aber in einen pädagogischen Kontext zu setzen. Dieser Kontext ist oft nicht durch die Sammlungen selbst gegeben, sondern durch ihre Integration in thematische Ausstellungen.

Die Sammlung Wolfgang Haney, die jüngst mithilfe öffentlicher Mittel vom Deutschen Historischen Museum angekauft wurde, ist eine extensive Sammlung, die sich auf die Judenverfolgung konzentriert. Sie enthält antisemitisches Material wie auch historische Dokumente. Der Schwerpunkt hier ist das Dritte Reich, aber die Zeitspanne reicht vom späten 19. Jahrhundert fast bis in die Gegenwart. Die antisemitischen Objekte sind vor allem nicht, wie bei der Sammlung Schlaff, dreidimensional, sondern Druckmaterial, das wir als Ephemera bezeichnen: Flugblätter, Klebezettel, Broschüren, die in sehr großer Stückzahl meist billig produziert wurden. Viele Bildpostkarten sind dabei, die oft in Deutschland gedruckt, aber auch international verschickt wurden. Es sind Dinge, die angesehen, gelesen, aber dann sehr oft auch weggeworfen wurden. Die Sammlung ist nicht nur interessant, weil sie eine recht problematische deutsche Alltagswelt zeigt, sondern auch, weil hier ein recht fragiles Material gerettet wurde. Ich bin sehr glücklich, dass die Sammlung an das Deutsche Historische Museum gegangen ist. Dort gehen der Art des Materials idealerweise hin.

**Müssen Sammlungen insgesamt neu befragt werden? Wie kann oder muss mit den Sammlungen gearbeitet werden?**

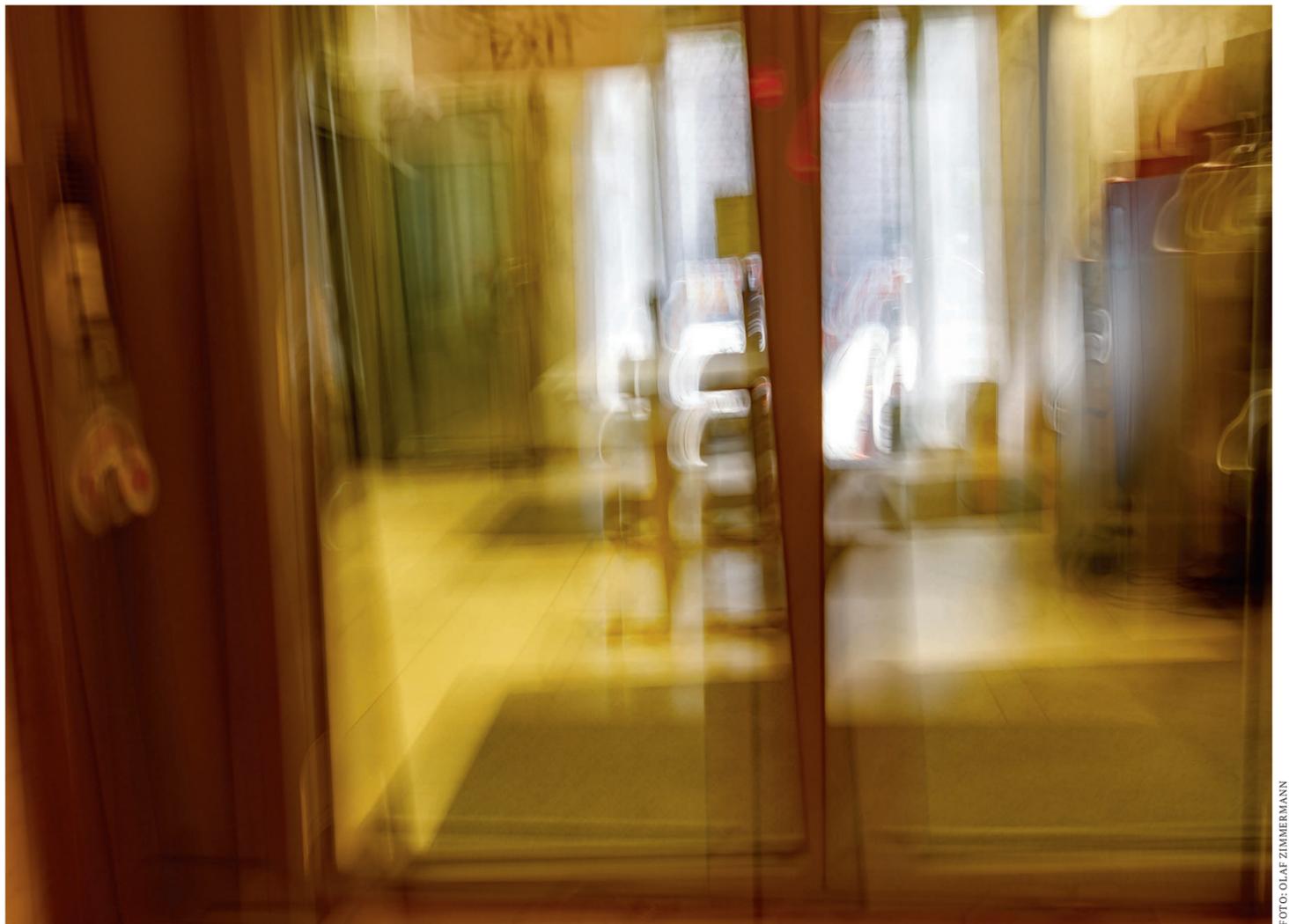
Man muss mit den Sammlungen arbeiten. Aber die Sammlungen, die ich kenne, sind alle sehr unterschiedlich aufgearbeitet worden. Um noch mal zurückzugehen zur Sammlung Schlaff: Nachdem sie dem Jüdischen Museum Wien übergeben wurde, wurde ein Teil der Objekte in einer Ausstellung im Rathaus Wien gezeigt, es gab ein Symposium und einen Band, »Die Macht der Bilder«. Die Sammlung Haney erreicht das Deutsche

welchem Kontext Fragen des Antisemitismus behandeln sollte. Viele Leiter jüdischer Museen sagen in etwa: »Das ist eigentlich nicht unsere Aufgabe. Wir sind dazu da, jüdische Geschichte und Kultur zu zeigen und zu reflektieren, keine Geschichte des Antisemitismus.« Das Deutsche Historische Museum etwa kann sicherlich einen komplexeren Kontext bieten, weil es nicht nur um die Frage jüdischer Sammler geht oder die Frage der jüdischen Reaktion auf antisemitische Schriften und Objekte, sondern auch über die Geschichte der Entstehung von Vorurteilen. Der deutsche Anti-

**im Umgang mit Antisemitismus müssen eventuell noch geschult werden?**

Es gab sehr lange eine große Berühungsangst diesen Objekten gegenüber, vielleicht auch eine gewisse Verdrängung. Sie wurden entweder gar nicht oder eher zufällig gezeigt. Aber diese Objekte existieren und dürfen nicht geleugnet werden; antisemitische Bilder zirkulieren noch heute außerhalb von Museen in Zeitungen, Zeitschriften und sozialen Medien. Ich glaube, dass es gerade für die aktuelle politische Situation und die jetzige Generation wichtig ist, die

im jüdischen Besitz waren, und die Deutsche Bank war daran interessiert, über ihre Geschichte nachzudenken. Gleichzeitig gab es aktuell eine Finanzkrise und die Occupy-Bewegung. Da waren nun wieder Karikaturen und Redewendungen aufgetaucht, die eine antisemitische Tradition hatten; es gab daher auch eine aktuelle politische Situation, auf die man reagieren musste. Ich möchte aber gleich sagen: »Juden. Geld. Eine Vorstellung« sollte keine Ausstellung über den Antisemitismus sein. Es sollte eine Ausstellung sein, die versuchte, von der europäisch-jüdischen



Neue Synagoge, Berlin: Blick in die Sicherheitsschleuse

Historische Museum dagegen zu einem Zeitpunkt, an dem die wissenschaftliche Aufarbeitung bereits begonnen hatte. Es gab bereits eine Ausstellung, »Abgestempelt«, welche Teile der Postkartensammlung zeigte, sowie eine weitere über Klebezettel, »Angezettelt«; beide wurden in verschiedenen Museen gezeigt. Zu diesen Ausstellungen gab es Kataloge, aber es sind auch wissenschaftliche Bücher und DVDs erhältlich, die Wolfgang Haney ganz proaktiv veranlasst hatte, um seine Objekte der Öffentlichkeit vorzustellen. Das heißt, nach der Übergabe der Sammlung Haney an das Museum muss mit einer Bearbeitung nicht begonnen, sondern kann mit ihr fortgefahren werden.

Die Frage hinsichtlich des Ausstellens ist nicht nur eine des »Wie«, sondern auch des »Wo«. Es sind ja auch drei sehr unterschiedlich museale Kontexte, die ich bisher erwähnt habe. Einerseits Sonderausstellungen wie »Abgestempelt«, die z. B. auch in einem Museum für Kommunikation gezeigt wurde. Dann gibt es das Jüdische Museum als möglichen Aufbewahrungsort. Die Sammlung Haney wurde von einem Historischen Museum erworben. Dabei drängt sich natürlich die Frage auf, welches Museum in

semitismus ist deutsche Geschichte und bisweilen kommt er bei seiner Produktion von Stereotypen sogar gut ohne Juden aus.

**Wie kann Antisemitismus im Museum thematisiert werden, ohne dabei bestehende Stereotypen und Vorurteile weiterzutragen?**

Das ist eine wissenschaftliche und vor allen Dingen auch pädagogische Frage. Man muss vor allem auch umgekehrt bedenken: Was passiert, wenn man solche Bilder und Objekte nicht zeigt? Da wird es natürlich auch gefährlich, weil Betrachter denken können, es gibt sie nicht, oder erkennen nicht ihre Tradition. Wenn man die Objekte in einem öffentlichen Raum zeigt, dann nimmt man sie ernst und fragt danach, was sie politisch aussagen wollen. Ernstnehmen bedeutet auch, ihre potenzielle Gefahr zu erkennen, die von ihnen – noch heute – ausgeht. Und da ist es natürlich ausgesprochen wichtig, dass die Geschichte der Objekte erzählt wird und dass sie nicht einfach in einen Glaskasten gelegt oder auf ein Regal gestellt werden.

**Was wird in der Praxis bereits getan? Welche visuellen Fähigkeiten**

Geschichte dieser Bilder zu verstehen und die Gefahr, die von ihnen ausgeht. Deutschland ist ein Land von Bürgerinnen und Bürgern mit vielfältigen Kulturtraditionen. Und antisemitische Objekte versuchen ja gerade, jegliche Vielfalt zu leugnen bzw. Menschen als andersartig zu erklären, um sie dann auszugrenzen und abzuwerten.

**Im Jahr 2013 haben Sie die Ausstellung »Juden. Geld. Eine Vorstellung« am Jüdischen Museum Frankfurt kuratiert, die sich der oft als selbstverständlich angenommenen Verbindung von Reichtum und Judentum widmet. Wie kam es zu der Ausstellung und wie sind Sie mit Stereotypen und Vorurteilen in diesem Zusammenhang umgegangen?**

Die Ausstellung als Idee existierte bereits. Raphael Gross, der damalige Direktor des Jüdischen Museums in Frankfurt und jetzige Direktor des Deutschen Historischen Museums, hatte mir dann vorgeschlagen, die Ausstellung zu kuratieren. Die Deutsche Bank, die ihre Zentrale in Frankfurt hat, war an ihn herangetreten. Viele große deutsche Banken waren aus Privatbanken entstanden, die

Geschichte seit dem Mittelalter her über das Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur Geldwirtschaft nachzudenken und damit auch die Auslöser für Reaktionen, die zu antisemitischen Bildern geführt haben, zu begreifen. Als Leitfiguren für die Ausstellung hatte ich auch zwei fiktive Gestalten gewählt. Die eine war Shylock aus dem »Kaufmann von Venedig«. Die andere war Nathan aus »Nathan der Weise«. Im üblichen Denken war der eine Geldverleiher der böse Jude und der andere der gute Jude. Es ist auch so, dass im Dritten Reich natürlich besonders Shylock populär war und in der Nachkriegszeit wurde dann sofort Nathan auf die Bühne gesetzt. Wenn man sich beide Figuren aber genauer anschaut, so verbindet sie eine verblüffende Ähnlichkeit. Ein Museum und eine Ausstellung muss nicht nur Neues zeigen, sondern auch Manches, was wir zu kennen glauben, infrage stellen und weniger selbstverständlich machen.

**Vielen Dank.**

**Liliane Weissberg ist Literaturwissenschaftlerin an der University of Pennsylvania. Maïke Karnebogen ist Redakteurin von Politik & Kultur**

# Leisten Bilder Antisemitismus Vorschub?

Sabrina Habel im Gespräch mit Yael Kupferberg

**Sabrina Habel:** Frau Kupferberg, Sie forschen zu Bildern. Was haben Bilder mit »gesellschaftlichem Zusammenhalt« zu tun?

Yael Kupferberg: Der Zusammenhang von Bildern und gesellschaftlichem Zusammenhalt stellt sich über die Beobachtung her, dass das »Bild« als Gattung in unserer digitalen Kommunikation domi-

Sie forschen auch zur Verbindung von Bildlichkeit und Religionsgeschichte. Was hat das Bild mit Religion zu tun? Die »westliche«, durch das Christentum geprägte Kulturgeschichte kann, freilich nicht ausschließlich, als eine Kult-Geschichte des Bildes gelesen werden. Der religiöse Bildgebrauch, der sich vom jüdischen Bilderverbot absetzte, setzte im

sondern auch eine religionsgeschichtliche. Nun forschen Sie nicht nur zum Bild, sondern auch zum Antisemitismus. Sie sprachen davon, dass im Christentum das Bild gegen die Schrift ausgespielt wird und das dieser Vorgang von anti-jüdischer Polemik begleitet war. Gibt es also eine Tradition des christlichen Antisemi-

**»Im Mittelpunkt meiner Forschung steht insofern das philosophische Nachdenken über ein bestimmtes Verhältnis zum Bild«**

Rezeption und Perzeption der bildhaften Formsprache, weil die Gesellschaft seit etwa gut zwanzig Jahren von einem neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit (Jürgen Habermas) – und zwar von Digitalisierung – geprägt ist. Die Kommunikativität ist auf der einen Seite abstrakter auf der anderen Seite bildhafter – beides kann Frustration erzeugen und diese im Antisemitismus ausagiert werden, weil er in fataler Weise Lustgewinn und soziale Anerkennung, überhaupt »Erfahrung« verspricht. Damit aber gefährdet Antisemitismus den gesellschaftlichen »Zusammenhalt« nicht nur, er kann diesen auch selbst – und hier würde ich von »Gemeinschaft« sprechen – erzeugen. Dies ist nicht allein eine historische Erfahrung, sondern diese Möglichkeit ist selbst in der Dynamik des Antisemitismus angelegt, und zwar dadurch, als dass er für den Einzelnen sowohl sozialen als auch psychologischen Gewinn verspricht. Dies ist nun die problematische Seite des Zusammenhalts; hier wird er über Diskriminierung, Ressentiment und Profilierung hergestellt. Der Begriff »Zusammenhalt« unterliegt einer potenziellen konflikthaften Valenz.

**Sie haben beschrieben, wie für den Betrachtenden aus den Bildern Wirklichkeit wird. Können aus den antisemitischen Bildern auch antisemitische Taten werden?**

Die ästhetische Aneignung der Welt durch das Bild berührt die Dimension der Erfahrung: Das Bild zeigt, was vermeintlich »so ist« und macht es für Rezipientinnen und Rezipienten erfahrbar, das Gezeigte wird zum Geteilten und Selbsterfahrenen. Als Erfahrung beansprucht die Wahrnehmung Geltung. Das antisemitische Bild verhärtet sich zur Wirklichkeit, die beglaubigt und reproduziert wird.

In einer Zeit, in der Kommunikation vermehrt bildhaft ist, und dies kann von dem 21. Jahrhundert mit der digitalen Wende nachvollzogen werden, besteht also nicht nur die Gefahr, dass die Sehgewohnheit dem Bild als Zeugnis und als Erfahrung Wahrheit zuspricht, sondern auch, dass man an diesen Bildern nachahmendes Verhalten einübt.

**Eine letzte Frage: Sie haben das »richtige Sehen«, das Aufklären über die Bilder, das Hinterfragen von Sehgewohnheiten und Einüben von Kritik vorhin als gesellschaftlichen Auftrag entworfen. Wäre das also gleichzeitig auch ein Mittel zur Bekämpfung des Antisemitismus?**

Ja, davon bin ich überzeugt. Ich meine, gerade weil die Formsprache des Bildes »affektiver« ist, gerade weil die Form scheinbar – in der Projektion der Betrachterinnen und Betrachter – binden kann, benötigen wir eine »visuelle Kompetenz« am Bild; einen distanzierten und emanzipierten Blick, der dem von uns produzierten »Begehren« des Bildes standhält und es als das liest, was es ist: Eine bestimmte Aneignung von Welt, die etwas über uns aussagen kann – und darin erkenntnisgewinnend ist.

Vielen Dank.

*Dieser Beitrag ist eine gekürzte und leicht veränderte Version. Er ist zuerst und in ganzer Länge auf dem Blog des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt fgz-risc.de erschienen*

Yael Kupferberg ist Leiterin des Teilprojekts »Das Bild in der digitalen Öffentlichkeit: Erfahrungs- und Beziehungsverluste in sprachloser Vergemeinschaftung« FGZ/Standort Berlin. Sabrina Habel ist Literaturwissenschaftlerin und freie Redakteurin

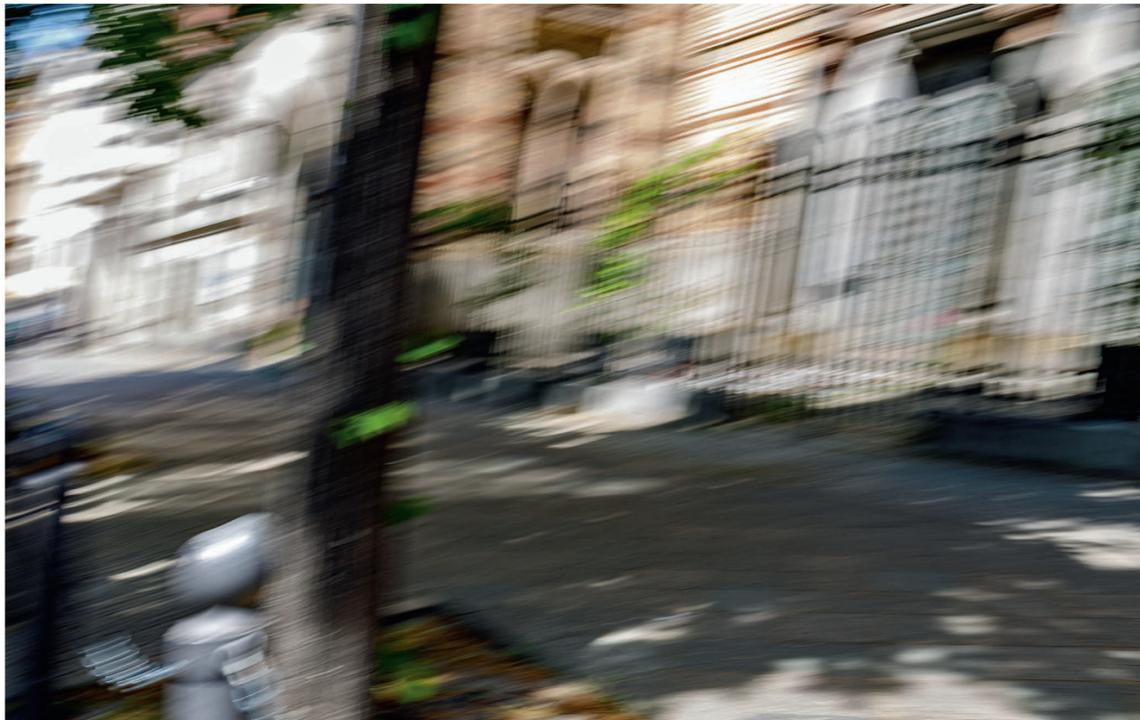


FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Neue Synagoge, Berlin: Schutzgitter

nierend ist. Insofern stellt sich die Frage, wie »Welt« angeeignet wird, welche ästhetischen Erfahrungen gemacht werden und wodurch »Gesellschaft« erzeugt wird. Darüber hinaus aber interessiert mich, wie und ob Antisemitismus – und dies ist die Hypothese – durch diese spezifische Erfahrung – Vorschub geleistet wird. Im Mittelpunkt meiner Forschung steht insofern das philosophische Nachdenken über ein bestimmtes Verhältnis zum Bild.

Das Bild, das in seiner Formsprache affektiver wirkt als die Schrift, stützt eher »Gemeinschaft«. »Gemeinschaft« kann als ein vor-politischer sozialer Zusammenhang gelten, der eher in affektiven, emotionalen und familial geprägten Beziehungen gründet. Das »Bild« eint seine Rezipienten scheinbar. Es zielt in der Projektion der Betrachter auf Affekte und stellt diese auch scheinbar her. Der projektive Blick des Betrachters empfindet ein bildhaftes Sendungsbewusstsein, das auf die Betrachtenden zurückwirken kann. Das affektiv Gesehene, die visuelle Erfahrung spiegelt die eigene Projektion. Und es begehrt die Bewertung – das »Like«, das Bekenntnis und das Teilen. Insofern übt das Bild einen projizierten und projektiven Druck aus: Es mobilisiert zur affektiven Teilnahme. Ob diese bildhaft erzeugte Öffentlichkeit tatsächlich den gewünschten, aufgeklärten »Zusammenhalt« fördert, den sich eine demokratische und differenzierte Gesellschaft wünscht, bleibt abzuwarten – um es vorsichtig zu formulieren.

Das Bild eint aber nicht nur durch Affekte. So unterschiedlich Bilder genutzt werden und sind, sie verwickeln die empfänglichen Betrachterinnen und Betrachter in eine Beziehung zur und in eine Anschauung von Welt. Das Bild zeigt, was vermeintlich »so ist« und macht es scheinbar erfahrbar. Es wird zum Medium von Weltanschauung, zum Tatsachenbeweis, den man mit einer Gruppe von Rezipientinnen und Rezipienten teilt. Walter Benjamin spricht in diesem Zusammenhang von »gefühltem Wissen«. Bilder dienen, so der Soziologe Emil Durkheim, der Identifikation und der Vergemeinschaftung.

christlichen Kontext im 3./4. Jahrhundert ein. Er stieß im noch jüdisch geprägten frühen Christentum eher auf Ablehnung, bis er dann zur kultischen und politischen Formsprache wurde und der kirchlichen Manifestation und Repräsentation diene.

Jesus Christus wurde – um es verkürzt zu sagen – zum kanonischen und ikonischen Bezugspunkt – neben der Heiligen Schrift. Mit Christus wurde das Wort »Fleisch«, der Körper zur Ikone, zum Ikon (Bild). Damit avancierte das Bildliche zu einer religiösen Gattung, die »Wahrheit« beherbergen konnte und diese auch beanspruchte. Diese religiöse Aufladung des Bildes förderte einen bestimmten Habitus: Die Betrachterinnen und Betrachter sollen das Bild beglaubigen und das Bild selbst beglaubigt in der Projektion das religiöse Dogma der Inkarnation. Mit der Aufweichung des jüdischen Bildverbots hin zu einem affirmativen, kultischen Verhältnis zum Bild wird also beglaubigt, dass »Sinn« und »Wahrheit« (und Gott) konkret und bildlich darstellbar sind, dass das Bild »Wahrheit« vermittelt.

**Heißt das, dass diese Religionsgeschichte des Bildes unser Sehen immer noch bestimmt? Ist die Weise, in der wir Bilder sehen, eine nicht-säkulare? Das ist ja eine Idee, auf die man gar nicht kommt, wenn man etwa ein Meme betrachtet.**

Ich meine, dass die Sehkultur von diesem christlichen Bilderkult beeinflusst ist. Philosophie, aber auch jüdisches Denken und Wissen, sind vom Wort geprägt und selbstverständlich gibt es auch Wortkulturen. Aber wo es um Bilder geht, wird diese Geschichte, die Anbetung des Sichtbaren im Christentum, mittransportiert. Diese Geschichte mag transformiert und säkularisiert sein, aber sie besteht als Habitus (Gewohnheit) und Sozialisierung im Verhalten zu Bildern.

**Dass wir Bildern »Glauben« schenken, dass sie uns durch ihre Evidenz glauben machen, ist also nicht nur eine medientheoretische Überlegung,**

**tismus, die explizit mit dem Bild verbunden ist und unsere Sehgewohnheiten ebenfalls beeinflusst? Gibt es eine Affinität von Antisemitismus und Bild?**

Diese affirmative, positivistische Qualität, die dem Bild innewohnt, ist für ein Verständnis des Antisemitismus bedeutsam: Das Bild wird kulturell nicht einfach als etwas gelesen, das auf etwas verweist, sondern als etwas, das zeigt und damit beglaubigt, was ist. Antisemitische Bilder werden also zu einer self-fulfilling prophecy, zur Weltanschauung.

Als instrumentelle Aneignung von Welt erweist sich Antisemitismus in seiner Form und in seinem Ausdruck vor allem auch als bildhaftes Denken. Als eingetübter Modus erscheinen daher nicht allein antisemitische Hassbilder virulent. Die Formsprache des Antisemitismus ruft den Glauben an Evidenz, das Zielen auf eine statische, einprägsame und repräsentative »Wahrheit«, die beglaubigende Haltung des Betrachters und Selbstbeglaubigung des Inhalts auf, die dem Bild bzw. unserer kulturellen Sehgewohnheit zu eigen ist.

**Verstehe ich das richtig: Der Antisemitismus ist also selbst bildlich strukturiert? Er operiert nicht nur mit Hassbildern, sondern folgt selbst einer bildlichen Logik? Er zielt deswegen auch aufs Körperliche und hat »den Juden« gleichsam zur »Anti-Ikone«. Das hieße, dass der Antisemitismus keine Traktate, Argumente und Schlussverfahren braucht, sondern die Kurzschlusslogik von Bildern reicht. Aber gibt es nicht auch – gerade in der Moderne – einen verwissenschaftlichten Antisemitismus, einen schriftlichen?**

Selbstverständlich existiert eine Vielzahl an verschriftlichten, pseudowissenschaftlichen und literarischen Dokumenten, die rezipiert wurden und werden. Darin drückt sich gleichermaßen Antisemitismus aus. Das Christentum – und ich verallgemeinere hier – hat auch über das Wort antijüdisch agiert. Ich interessiere mich jedoch vorrangig für die

# »Antisemitismus ist das Betriebssystem, auf dem viele Verschwörungserzählungen laufen«

## Vier Fragen an Tahera Ameer

Die Amadeu Antonio Stiftung schafft durch ihre Arbeit ein Bewusstsein für Verschwörungserzählungen und Antisemitismus in allen Erscheinungsformen. Tahera Ameer gibt Politik & Kultur einen Einblick in die Arbeit der Stiftung.

### In der Pandemie haben Verschwörungstheorien Hochkonjunktur. Welche Rolle spielt Antisemitismus in diesem Kontext?

Antisemitismus ist das Betriebssystem, auf dem viele Verschwörungserzählungen laufen. Antisemitismus selbst ist ja ein integrierender Verschwörungsglaube, der verschiedenste Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter einen Hut bringt. Verschwörungserzählungen haben die Funktion, die Weltgeschehnisse, ob im Nahfeld oder global, zu ordnen. Ambivalenzen, das Aushalten von Widersprüchen, das immer das Leben aller Menschen und Gesellschaften prägt, werden hier durch einfache Antworten ausgelöscht. Ob das die im Mittelalter unerklärlich auftretende Pestepidemie war, oder die Krisensituationen der heutigen Welt: Antisemitismus war immer schon eine bequeme Welterklärung, die eine Antwort bietet, die über die Auseinandersetzung mit der Realität hinwegspringen kann, die nicht nach der persönlichen oder gesellschaftlichen Verantwortung fragt, sondern konkrete Schuldige meint benennen zu können. Hierfür wird immer wieder auf tradierte antisemitische Stereotype und Erklärungsmuster zurückgegriffen. Deshalb haben so viele Verschwörungserzählungen einen antisemitischen Kern. Egal ob es sich dabei jetzt um Desinformationen zur Impfung, den »großen Austausch« oder die »wahren Gründe« für den Erfolg der israelischen Impfkampagne handelt. Die letzten Jahre haben noch einmal gezeigt, wie extrem

dynamisch das Feld ist. Das macht antisemitische Verschwörungserzählungen so gefährlich: Werden sie an dem einen Tag noch von Querdenkern genutzt, um gegen die Impfkampagne zu mobilisieren, finden sie sich wenige Wochen später auf prorussischen Demonstrationen oder in Reihen der extremen Rechten wieder, um den Angriffskrieg auf die Ukraine zu verherrlichen. Das Problem ist, dass selbst oftmals harmlos daher kommende Verschwörungserzählungen der Einstieg in einen längeren Radikalisierungsverlauf bilden können, die im schlimmsten Fall wie jüngst in Hanau oder Buffalo in rechtsterroristische Gewalt münden können.

### Was tut die Amadeu Antonio Stiftung konkret gegen Verschwörungstheorien und Antisemitismus?

In erster Linie schaffen wir durch unsere Arbeit ein Bewusstsein für Verschwörungserzählungen und Antisemitismus in allen Erscheinungsformen. Es geht darum, beides früh zu erkennen, klar zu benennen und dann auch zu ächten. Nur so kann man das Problem langfristig bearbeiten und eben auch pädagogische Antworten finden. Zum einen analysieren wir mittels unseres Monitorings verschwörungsideologische Trends: Welche Verschwörungserzählungen kursieren gerade? Wer bringt sie mit welcher Absicht in Umlauf? Zum anderen versuchen wir durch unsere Handreichungen, Workshops und Schulungen Betroffenen konkrete Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Verschwörungsgläubigen an die Hand zu geben. Hier fließt die gesamte Expertise der Stiftung zusammen.

### Welche Reaktion auf diese Verschwörungstheorien und -mythen ist angebracht?

Verschwörungserzählungen dürfen nicht unterschätzt oder verharmlost werden. Es gilt ihren demokratischen



Neue Synagoge, Berlin: Sicherheitsschleuse

tiefeindlichen und oftmals auch antisemitischen Kern zu benennen und herauszuarbeiten. Gegenrede, ob im persönlichen Nahfeld oder in den Kommentarspalten, kann da natürlich ein Anfang sein, hilft aber nur, wenn das Gegenüber noch kein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild vertritt. Verschwörungserzählungen und der darin transportierte Antisemitismus müssen so früh als möglich als solche benannt werden. Wenn sich Menschen, die an Verschwörungserzählungen glauben, erst im »Rabbit Hole« befinden, wird es immer schwieriger, sie mit Argumenten zu überzeugen. Schnell wittern sie hinter jeder Verschwörung dann gleich eine neue und werden sprichwörtlich immun gegen Fakten. Genau so entstehen demokratiefeindliche Milieus. Auch wenn die Pandemie vorbei sein sollte: der Verschwörungsglaube bleibt.

### Und wie widerspricht man deutlich Menschen, die antisemitische Verschwörungstheorien verbreiten?

In erster Linie muss man sich gut mit den Funktionsweisen von Antisemitismus und Verschwörungsmethoden auskennen. Nur, wer sich wirklich gut auskennt, kann differenziert entlarven. Wer lediglich versucht, mit Fakten zu kontern, läuft Gefahr das dualistische Weltbild des Gegenübers nur noch zu verstärken. Anstatt auf reine Gegenbehauptungen zu setzen, hilft es, wissenschaftlich anerkannte Fakten in eine größere valide Gegen-erzählung einzubetten.

Manchmal kann es helfen, kritische Gegenfragen zu stellen, doch auch dabei sollten die Grenzen des Sagbaren klar eingegrenzt werden: Antisemitische oder anders geartete menschenfeindliche Aussa-

gen dürfen niemals unwidersprochen bleiben! Man darf sich gar nicht erst auf Detailfragen einlassen und damit den selbstverstärkenden Effekt – »das sagst du nur, weil du noch nicht verstanden hast, wie es wirklich läuft« – noch fördern.

Daher geht es immer darum, die autoritären und antisemitischen Elemente von Verschwörungserzählungen zu benennen und deutlich zu machen, dass sie eine individuell sehr entlastende und damit eine gesellschaftlich enorm gefährliche Funktion haben. Demokratie lebt vom Konflikt, von Aushandlung und vom Aushalten von Widersprüchen – gerade dann, wenn etwas sehr schmerz- und krisenhaft ist. Dieses Bewusstsein gilt es zu stärken.

Tahera Ameer ist Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung

## Einheitliche Erfassung antisemitischer Vorfälle in ganz Deutschland

### Vier Fragen an Benjamin Steinitz vom Bundesverband RIAS

Am 31. Oktober 2018 wurde in Berlin der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus gegründet. Für Politik & Kultur beantwortet Geschäftsführer Benjamin Steinitz einige Fragen zur Arbeit des Bundesverbandes.

### Was tut der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus genau? Und welche Ziele verfolgt er damit?

Der Bundesverband RIAS ist der Dachverband zivilgesellschaftlicher Meldestellen für Antisemitismus in Deutschland. Wir qualifizieren regionale Meldestellen und unterstützen sie so, antisemitische Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze nach klaren Standards und aus Perspektive von Betroffenen zu dokumentieren. Das Ziel des Bundesverbandes ist, eine einheitliche Erfassung antisemitischer Vorfälle in ganz Deutschland zu etablieren. So soll mehr Licht ins Dunkel antisemitischer Handlungen gebracht werden. Für Jüdinnen

und Juden ist Antisemitismus Teil einer alltagsprägenden Erfahrung. Die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft kann das häufig nicht nachvollziehen, wir sprechen hier von einer Wahrnehmungsdiskrepanz. Die Sichtbarmachung konkreter Vorfälle soll dieser Diskrepanz entgegenwirken.

### Wie helfen Sie bei antisemitischen Vorfällen? Was ist in solchen Situationen zu tun?

Betroffene und Zeuginnen und Zeugen antisemitischer Vorfälle können diese unkompliziert und auf Wunsch auch anonym beispielsweise auf der Webseite report-antisemitism.de melden. Wir hören den Betroffenen zu und stellen ihre Erfahrungen nicht infrage. Nach einer Verifizierung im Austausch mit den Meldenden ordnen die RIAS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Vorfall fachlich ein. Bei Bedarf vermitteln sie passende Beratungsangebote oder veröffentlichen einzelne Vorfälle. Und schließlich fließt jede verifizierte Meldung

in eine Statistik ein: So hilft sie, ein genaueres Bild von Antisemitismus in Deutschland zu vermitteln. Medien und Politik greifen unsere Berichte und Analysen immer wieder auf.

### Es gibt den Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus seit 2018. Wie haben sich seitdem die Anzahl gemeldeter antisemitischer Vorfälle entwickelt?

Insgesamt bekommen wir als Bundesverband und durch die Arbeit von mehr und mehr Meldestellen in den Bundesländern natürlich mehr mit. Das liegt aber auch daran, dass das Angebot von RIAS bekannter wird und bei vielen die Hemmschwelle, antisemitische Erlebnisse auch zu melden, sinkt. In Bezug auf die antisemitischen Vorfälle gibt es keine einheitliche Entwicklung seit 2018. Wir gehen auf Basis der dokumentierten Sachverhalte davon aus, dass antisemitische Handlungen nicht einfach Jahr für Jahr zunehmen. Die RIAS-Meldestellen beobachten stattdessen,

dass es gewisse Anlässe gibt, die Menschen motivieren, ihre antisemitischen Einstellungen auch offen zu äußern und entsprechend zu handeln. Zuletzt waren das die Coronapandemie, aber auch Eskalationen im israelisch-arabischen Konflikt. Leider beobachten wir auch, dass besonders gewaltförmige Formen von Antisemitismus zunehmen. Der rechtsextreme Terroranschlag an Jom Kippur 2019 in Halle ist hierfür das drastischste Beispiel. Und auch wenn der Bundesverband RIAS beobachtet hat, dass das Spektrum des israelfeindlichen Aktivismus an Bedeutung gewann, kommen die meisten zuordenbaren Fälle doch aus rechtsextrem-rechtspopulistischen Milieus.

### Was fordern Sie diesbezüglich von der Politik?

Die Politik muss Polizei und Justiz in die Lage versetzen, Antisemitismus zu erkennen und antisemitische Straftaten zu verfolgen. Der Schutz von jüdischen Einrichtungen, die Unterstützung von Betroffenen antise-

mitischer Gewalt muss weiter verbessert werden. Aber es hilft nicht, nur auf die Politik zu schauen. Auch die Zivilgesellschaft ist gefordert: Antisemitismus ist in Deutschland zu oft lediglich der Antisemitismus der anderen. Die Arbeit von RIAS zeigt aber: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Gerade bei Kulturinstitutionen haben wir zuletzt beobachtet, wie schwer sich diese häufig tun, sich klar von antisemitischen Positionen gegenüber Israel zu distanzieren. Das ist aber dringend notwendig, auch um Jüdinnen und Juden den Zugang zu diesen Institutionen und ihren Angeboten zu ermöglichen. Es muss klar sein: Antisemitismus ist keine legitime Meinung. In all seinen Formen dient er der Legitimation von Gewalt und ist eine Bedrohung für Jüdinnen und Juden.

Benjamin Steinitz ist Geschäftsführer des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS)

# Kurz-Schluss

Wie ich endgültig all meine Hoffnungen, jemals wieder im cineastischen Bereich tätig zu werden, abschrieb

THEO GEISLER

Es war schon die dritte Redaktion (diesmal der Miesbacher Weltspiegel), aus der ich binnen zweier Tage rausflog: Schuld war nicht nur das allgemeine Schrumpfen aller Druckprodukte (nicht nur aus Papiermangel). Vielmehr hatten die elektronischen Medien jene langsame und ressourcenfressende Form von angeblich informativer Berichterstattung auf Papier »umwelt-schonend« verdrängt und dabei den Stromverbrauch ums Tausendfache gesteigert, sondern auch noch milliardenfache Blödguckerinnen und Blödgucker produziert.

Das war möglich geworden, weil eine Horde aus Spin-Doktoren, Psychologen und stark gealterten kurzsichtigen Bundeswehr-Generälen dafür gesorgt hatte, dass die eigentlich fürs Militär gedachten hundert Milliarden Euro im entschiedenen friedensstiftenderen Ablenkungspotenzial amerikanischer und koreanischer Spielfilm- und Werbeserien sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Zumeist bestand das Zeitungspersonal seitdem nur noch aus einem Bildschirmchecker im Schichtdienst, der rasch eingreifen konnte, wenn die Konkurrenz schneller an einen Superhotspot geraten sollte (was zu Zeiten der alles steuernden und prima vernetzten KI kaum noch vorkam), ferner aus zwei waffenmäßig bestausgerüsteten

Wachoffizieren, die Nachrichtenrüber oder heimtückisch-erpresserische Netz-Geschwindigkeitsbremsen zu vertreiben hatten.

Ich hatte nur noch vier Hühnerbrühwürfel zu essen (seit drei Tagen!) und war so erheblich vom Fleisch gefallen, dass mir die Hosen immer wieder um die Waden schlackerten und ich schon mehrfach wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses fast verhaftet worden wäre. Und beim krampfhaften Versuch (meinen Gürtel hatte ich gegen ein Brötchen eingetauscht), die Hosen hochzuziehen, ergriff einen von beiden (es war, glaube ich, gerade St. Martinstag) Mitleid. Und der flüsterte mir zu: »Versuchs doch mal bei Rosamundes Cinemax Rote Ritze, die hat ihren Gatekeeper grade rausgeschmissen.«

Ich gebe zu, dass dieses Lichtspielhaus nicht gerade den besten Ruf besaß. Dennoch frisst in der Not auch der Theo Fliegen. Ich klaute das Absperrband einer Baustelle, befestigte so meine Hose, um meinen trotz allen Darbens immer noch hundertzwanzig Zentimeter runden Bauch zu stabilisieren. Vor der Roten Ritze stand ein Bär von einem Mann mit einer Augenklappe. »Höre, Ihr sucht einen Einlasshelfer«, nälte ich freundlich. »Was willst denn Du fetter Zwerg«, röhre das Einauge. In diesem Moment flog ein spilleriger Jüngling durch die Tür, gefolgt von einer üppigen

rothaarigen Mittsechzigerin samt Besen. »Hau bloß ab, Du perverser Spargel. Unglaublich! Ich wundere mich, weshalb unser Laden so leer ist und stelle fest, dass dieser Kinderverderber statt »Swinger auf dem Nanga Parbat« pausenlos »Biene Maja« zeigt und unter den Bänken rumkrabbelt. Und was willst Du hier, Fettsack?«

»Ich bin diplomierter Bildschirmchecker und ein Freund von Dir hat mir gesagt, hier würde 'ne Stelle frei.« »Das muss wohl ein Hellscher gewesen sein«, fauchte mich die Rote an. »Aber einen Versuch ist es wert, drei Bitcoin unter Tarif die Stunde während der ersten zwei Jahre Probezeit, die von Fall zu Fall verlängert werden kann.« Selbstverständlich akzeptierte ich diesen großzügigen Vorschlag, erhielt Gummihandschuhe und eine covidähnliche Maske, die freilich billigster Natur war. Ich wurde in den Technikraum geschubst und stand vor der dürftigen Bildschirmleiste. Auf dem mittleren Schirm lief tatsächlich noch »Heidi in Frankfurt«. Ich war wie verzaubert von den satten Farben und der reizvollen Alpenlandschaft. Tja, eigentlich wirklich eine entzückende unschuldige Liebesgeschichte im Unterschied zu den Metzgerei-Großaufnahmen nebenan. Seufzend wollte ich »Heidi« stoppen, um ein etwas älteres Machwerk namens »Deap Throat« einzulegen, da sprang die Tür auf und der Einäugige stürmte auf mich zu und packte meinen Hals. »Bist Du auch so ein veganer Puritaner, Du verknotetes Pinkelstöckchen. Leg sofort »Das Ende der letzten Jungfrau ein« oder Du lernst fliegen!« Ich begann, in den hüllenlosen klebrigen DVDs zu kramen, da packte mich der Unhold und gab mir einen

Tritt ins Gesäß, sodass ich durch die Glastür auf den Bürgersteig knallte.

Als ich wieder aufwachte, saß die Rote neben mir mit einem Bündel blutig gefärbter Papiertaschentücher. »Sehr schönes Blut hast Du«, murmelte sie und wischte sich den Mund ab. »Wenn Du Lust hast, kannst Du mich gern mal abends besuchen – keine Arbeit – nur so.« »Ich brauche aber dringende Arbeit«, nuschelte ich dank geschwollener Lippen.

»Geh mal in den Zoo Palast. Da ist gerade Mitgliederversammlung des PEN. Die wollen sich weg vom rein Schriftlichen endlich in eine multimediale internationale Gemeinschaft umformen, schon aus monetären Gründen. Da findest Du bestimmt einen Job. Für die Arbeit hier bist Du doch ein wenig zu sensibel.« Ich warf ihr meinen zärtlichsten Blick zu und humpelte zum Zoo Palast. Da empfing mich ein Riesen-Geschrei. Einige Hiebe, die ich von offensichtlichen Freunden Werner Herzogs abbekam (Mützen mit Aufschrift), und einen Tritt von Wim Wenders später, der eigentlich Till Schweiger gepocht hatte, der sich mit Harry Hübchen in den Haaren lag, besser: diese schon in der Hand hielt, war ich im Vorführraum. Dort triellierten sich gerade Deniz Yüzel mit Josef Haslinger und

Thea Dorn, die gerade versuchte, mit den Absätzen ihrer Pumps den Männern gleichzeitig die Augen auszuwischen. Daneben stand Nele Neuhaus und machte eifrig Notizen und Bildchen mit einer Polaroid-Kamera. Als Sebastian Fitzek mit einem Krummsäbel auf mich zustürzte, ergriff ich die Flucht.

So schnell ich konnte, rannte ich zur »Roten Ritze«, hämmerte an die Tür. Es öffnete die Besitzerin. »Fein, dass Du da bist.« Da sah ich hinter ihr den Wachmann auf dem Boden liegen. Verknottet. »Denk Dir nix, das Ferkel hat versucht mich anzutatschen. Woll'n wir gemütlich einen Film gucken? Ich würd gern mal wieder »Sissi« sehen ...«



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

## NEWS AUS DER P&K-PRAWDA

**Cupertino:** Online-Kriminelle nutzen Sicherheitslücken in beliebten Programmen aus, um auf diese Weise Schädlinge aller Art einzuschleusen. Die Software-Hersteller stellen Sicherheits-Updates bereit, um bekannt gewordene Lücken zu schließen – die aber nix nützen. Überprüfen Sie trotzdem regelmäßig, ob Ihre installierten Programme auf dem neuesten Stand sind. Die angegebene Risikostufe ist ein Scherz, der mit dem aktuellen Update intensiviert worden ist. Wenn Sie eine ältere Version dieser Software installiert haben, kann es durchaus sein, dass deren Risiko höher ist als hier angegeben. Jedenfalls sollten Sie ab sofort weder Laptop noch Handy noch Computer (auch in der Firma) auch nur anschalten.

**Augsburg:** Um sieben Uhr in der Früh klingelt es an der Tür. Janika liegt zu dieser Zeit noch auf dem Bett, »halbnackt«, wie sie sagt. Wenige Momente später stehen sieben Ermittler im Zimmer der damals 15-jährigen, so berichten es die Jugendliche und ihre Mutter. Angeführt werden die Beamten vom Augsburger Staatsschutz – also jener Abteilung der Kripo, die für politische Delikte zuständig ist. Über Stunden wird das Haus der Familie durchsucht, berichtet Janika. »Erst stand ich noch halbnackt vor den Polizisten.« Die 15-Jährige aber schämt sich. »Die Nachbarn standen am Fenster und haben geglotzt«, sagt Janika. Das Erleb-

te beschäftigt das Mädchen, das sich leidenschaftlich für mehr Klimaschutz einsetzt, noch lange. Die Sittenpolizei hat vor den hundert Augsburger Peepshows jetzt Polizistinnen und Polizisten aufgestellt, die Kolleginnen und Kollegen, welche Eintritt suchen, jetzt die Brieftasche konfiszieren.

**Speyer:** Der frühere Generalvikar des Bistums Speyer, Andreas Sturm, macht den Missbrauch in der katholischen Kirche für seinen Austritt verantwortlich. Ganz fehlerlos sei er allerdings auch nicht. Sturm ist als Priester in die Altkatholische Kirche gewechselt. Außerdem hat der 47-Jährige nach eigener Aussage bereits Beziehungen gehabt und den Zölibat verletzt. Das alles sei für seinen Rücktritt nicht entscheidend gewesen, vielmehr die Lust, die Brunft. »Das würde ich für mich als etwas sehr Erfüllendes ansehen«, sagt der katholische Theologe.

**Regensburg:** Fürstin Gloria von Thurn und Tutnix, auch Schnackelqueen genannt, sorgt in ihrem Haus für klare Verhältnisse: Nach einem Zerwürfnis in abgründigen moraltheologischen Fragen, das mit abwechselnden Kreuzigungen endete, trennt sie sich von Prälat Wilhelm Imkamp und wendet sich Kardinal Gerhard Ludwig Müller zu, der aufgrund seiner erzkonservativen Konstitution einen strammeren, druckvolleren Halt verspricht. (thg)



KARIKATUR: KLAUS STÜTTMANN

## IMPRESSUM

**Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates**  
c/o Deutscher Kulturrat e.V.  
Markgrafendamm 24, Haus 16  
10245 Berlin  
Telefon: 030. 226 05 280  
Fax: 030. 226 05 2811  
www.politikundkultur.net  
info@politikundkultur.net

**HERAUSGEBER**  
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

**REDAKTION**  
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.),  
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),  
Theresa Brühem (Chefin vom Dienst),  
Barbara Haack, Maike Karnebogen,  
Andreas Kolb

**ANZEIGENREDAKTION**  
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH  
Martina Wagner  
Telefon: 0941. 945 93-35  
Fax: 0941. 945 93-50  
wagner@conbrio.de

**VERLAG**  
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH  
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg  
www.conbrio.de

**LAYOUT & SATZ**  
Birgit A. Rother  
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

**DRUCK**  
Freiburger Druck GmbH & Co. KG  
www.freiburger-druck.de

**GESTALTUNGSKONZEPT**  
4S, www.4s-design.de

**Politik & Kultur erscheint zehnmals im Jahr.**

**ABONNEMENT**  
30 Euro pro Jahr  
(inkl. Zustellung im Inland)

**ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE**  
25 Euro pro Jahr  
(inkl. Zustellung im Inland)

**BESTELLMÖGLICHKEIT**  
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat oder über  
info@politikundkultur.net und  
www.kulturrat-shop.de.

**VERKAUFSTELLEN**  
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

**HAFTUNG**  
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

**HINWEISE**  
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

**FÖRDERUNG**  
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.